

Sand im Getriebe 160

Der Newsletter „Sand im Getriebe“ ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.

Website: www.sand-im-getriebe.org

E-Mail: sand-im-getriebe@posteo.de

Globale Unruhen und Widerstände gegen die US-imperiale Macht

Völkerrecht verteidigen!3	Friedensnobelpreisträger <u>Adolfo Pérez Esquivel</u> : «Vergiss nicht, Corina ...».....23
Die Charta der Vereinten Nationen3	Solidarität.....24
<u>Markus Schall</u> : Regelbasierte Weltordnung und Völkerrecht3	<u>Helge Buttke</u> : Venezuela: „Überflüssiges Volk“?.....25
Imperiale Macht USA5	Iran27
«Nationale Sicherheitsstrategie».....5	<u>CETIM</u> : Solidarität mit den Kämpfen für Gerechtigkeit und Volkssouveränität.....27
<u>Werner Rügemeier</u> : Gottes mächtigstes Land – wieder und für immer!.....5	<u>PRO ASYL</u> : Abschiebepolitik über den Schutz von Menschenleben?.....28
Die Heritage Foundation9	Frieden!29
Minneapolis: Proteste gegen Trumps Politik 10	<u>IPPNW-Ärztinnen und -Ärzte</u> : Abkehr vom Feindbild Russland – für eine neue Entspannungspolitik!.....29
<u>German Foreign Policy</u> : Bruch in der Weltordnung.....11	Gegen Kriegstromele in Deutschland.....31
<u>Ben Müller, IMI</u> : Kalaallit Nunaat („Grönland“) im Fokus.....12	Orientierung auf eine Kriegswirtschaft31
<u>Malfred Gerig</u> : Imperium durch Unterwerfung: Neomerkantilismus,13	Rückblick: Proteste, Vertiefung der Analysen und konkrete Vereinbarungen.....32
<u>Gilbert Achcar</u> : Das Regime ändern oder unterjochen.....14	Charta von Paris und KSZE.....32
Anti-US-Imperialismus als Priorität, Ein Interview mit <u>Steve Ellner</u>15	Aktionen gegen Kriegstromele und Kriegswirtschaft.....33
Multipolare Welt.....16	Palästina34
<u>IALANA Deutschland e.V.</u> : Völkerrechtswidrige Totalblockade Kubas durchbrechen 16	Weiterhin Völkermord, Besatzung und Vertreibung.....34
Lateinamerika17	Kein Arbeitsverbot für Hilfsorganisationen im Gaza-Streifen und im Westjordanland!...35
<u>Prof. Jeffrey Sachs</u> : Was die US-Intervention in Venezuela für die Menschheit bedeutet...17	Deutschlands Verantwortung.....36
<u>Christophe Ventura</u> : US-Interventionen in Lateinamerika haben eine lange Geschichte. 19	Solidarität – EBI37
<u>Álvaro Verzi Rangel</u> , amerika21: Der koloniale Plan von Trump für Venezuela. 21	<u>Craig Mokhiber</u> : UN-Sicherheitsrat: Eine Resolution aus der Hölle.....38
Reaktionen von Regierungen und Parteien in Europa.....21	Gutes Leben für alle ... statt Überfluss für wenige!41
Die Strangulierung Venezuelas durch US- und auch EU-einseitige Zwangsmaßnahmen.....22	<u>Erwan Manac’h</u> : 10 wichtige Informationen über künstliche Intelligenz.....42

Vorwort: Stärke des Rechts oder Recht des Stärkeren?

Nach dem Überfall der USA auf Venezuela warnte der **Vertreter von Ghana** vor dem UN-Sicherheitsrat am 5. Januar 2026: „Koloniale Ambitionen sollten in der Ära nach dem Zweiten Weltkrieg keinen Platz mehr haben.“ (S. 24)

Jeffrey Sachs unterstrich: „Die Mitglieder des Rates sind nicht aufgefordert, über Nicolás Maduro zu urteilen. [...] Sie sind aufgefordert, das Völkerrecht und insbesondere die Charta der Vereinten Nationen zu verteidigen. [...]

Der Frieden und das Überleben der Menschheit hängen davon ab, ob die Charta der Vereinten Nationen ein lebendiges Instrument des Völkerrechts bleibt oder in Bedeutungslosigkeit versinkt.“ (S. 17) Hingegen ist eine „regelbasierte Weltordnung“ ein politischer Begriff. (S. 3) **IPPNW** warnt vor dem „Rückfall in die internationale Ordnung, als Großmächte [...] ihren Kampf um Einflussphären und Grenzen führten. Das endete bekanntlich in einem Weltkrieg, der heute atomar geführt werden könnte.“ (S. 24)

Es gilt also eine **starke Friedensbewegung** aufzubauen.

Dazu macht u.a. ein IPPNW-Arbeitskreis Vorschläge („Abkehr vom Feindbild Russland – für eine neue Entspannungspolitik“, S. 29)

US-Interventionen haben eine lange Geschichte, nicht nur in **Lateinamerika** (ab S. 17). „Wir Lateinamerikaner sind arm, weil der Boden, auf dem wir gehen, reich ist.“ (Eduardo Galeano). Sanktionen der USA erschweren das Leben dort (S. 22), insbesondere in **Kuba** (S. 16).

Leitfaden für die wirtschaftliche und militärische Aggressivität ist die **Trumpsche „Nationale Sicherheitsstrategie“** (S. 5): „Um unser nationales Interesse zu schützen, wollen wir das mächtigste, tödlichste und technologisch am höchsten entwickelte Militär der Welt.“ Mehrere Analysen über die US-Hegemonie und die geopolitischen Verschiebungen sind in diesem Heft zusammengefasst (ab S. 5).

„Vor allem die nicht-militärische, wirtschaftliche, kooperative, global sich schnell erweiternde und vertiefende **Multi-polarität** mit den Formaten BRICS, CELAC (Lateinamerika), FOCAC (Afrika), SCO (Asien), EEF (Ostasien) praktizieren eine Alternativ-Struktur, der die USA nichts mehr entgegensetzen haben – was sie aber gerade deshalb umso gefährlicher macht.“ (**Werner Rügemeier**, S. 8)

Die Herrschaftsambitionen der USA werden zunehmend unverblümt mit wirtschaftlichen oder geopolitischen Interessen gerechtfertigt (**IMI** über **Grönland**, S. 12 - Jagd auf Einwanderer, nicht nur in **Minneapolis**, S. 10), aber immer noch wird aus der Trickkiste das „Schutz“bedürfnis einer Bevölkerung vor Diktatur und Repression herausgeholt.

CETIM erklärt hingegen – konkret bezogen auf den **Iran**: „Die Vorstellung, dass Bomben oder Sanktionen Freiheit bringen können, ist ein Mythos, der den geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen imperialistischer Kräfte dient. [...] Wir teilen die Überzeugung von iranischen Frauenaktivistinnen, die im Evin-Gefängnis inhaftiert sind, dass Befreiung „durch Massenkämpfe und sich auf soziale Kräfte stützend möglich ist, nicht durch das Festhalten an fremden Mächten“. [...] Internationalistische Solidarität mit unabhängigen iranischen Sozialbewegungen“ sei also das Gebot der Stunde (S. 27), ebenfalls Asyl für Geflüchtete (S. 28)

Palästina braucht mehr denn je Solidarität: israelische Angriffe, Besatzung und Vertreibung werden fortgesetzt; wegen des Arbeitsverbots für Hilfsorganisationen verschärft sich die humanitäre Katastrophe – es ist ein „genozidales Vorgehen“ (S. 34). Der UN-Sicherheitsrat „versucht nicht nur, die Rechte der Palästinenser zu verweigern, sondern geht sogar so weit, die illegale israelische Präsenz zu stützen.“ (**Craig Mokhiber** zu der Resolution vom 17.11.2025, S. 38; „Ein Weg nach vorn“, S. 40); Vor über zwei Jahren wurde schon offen gelegt, dass die Vertreibung der gesamten Bevölkerung aus Gaza beabsichtigt ist (**SiG-SN, Dez. 2023**, S. 41 ff.); die Baupläne Trumps als selbsternannter Leiter des sog. „Friedensrats“ bestätigen solche Absichten.

Ein politisches Druckmittel dagegen: „Angesichts Israels Menschenrechtsverletzungen“ fordert eine **Europäische Bürgerinitiative** „die vollständige Aussetzung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel“. Sie hat in drei Wochen über 400 000 Unterschriften bekommen. (S. 37)

Widerstände gegen **Künstliche Intelligenz** nehmen zu, denn „sie entwickelt sich ungebremst und hat erhebliche ökologische und menschliche Auswirkungen.“ (S. 42)

Weltweit Bewegungen für die Durchsetzung des Rechts, die Verstärkung brauchen.



Der Newsletter **Sand im Getriebe (SiG)** informiert seit 2001 über internationale (**Attac-**) Bewegungen (**Ignacio Ramonet**: „Die Märkte entwaffnen“; **Attac-Charta vom Dezember 1998**). Der Titel "Sand im Getriebe" spielt auf den Text von Ignacio Ramonet und ein Gedicht von Günter Eich an. Er ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen.

Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Ansichten einen gemeinsamen Ort.

In eigener Sache: Die „Sand im Getriebe“-Seite wurde am 15. Juli 2023 von der Attac-DE-Website gelöscht – gegen den Willen der SiG-Redaktion und trotz vieler Proteste (Dokumentation auf unserer neuen Website: www.sand-im-getriebe.org)

Haftungshinweis: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links.

Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Gedruckte Exemplare von „Sand im Getriebe“ zum Selbstkostenpreis (2 € + Porto). Abonnement: 15 € für 5 Ausgaben.

Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen.

Vorschläge, Fragen, Kritiken, **Bestellung gedruckter Exemplare** per E-Mail an die **Redaktion:** sand-im-getriebe@posteo.de

Newsletter abonnieren: <https://listi.jpberlin.de/mailman/listinfo/sig-sandimgetriebe/>

Redaktion dieser Nummer: **Dani Dörper, Barbara Fuchs, Werner Horch, Martina Jäger, Ingeborg Schellmann, Marie-Dominique Vernhes, Christian Weber, Christel Wöhler** (Mitglieder von Attac Deutschland; diese Angabe dient nur zur Identifikation der Personen).

Danke an alle, die uns Hinweise und Anregungen gegeben haben. V. i. S. d. P.: **Marie-D. Vernhes**

Völkerrecht verteidigen!

Die Charta der Vereinten Nationen: <https://unric.org/de/charta/>

Michael von der Schulenburg: Die Charta der Vereinten Nationen

80 Seiten (ab Seite 52: Text der Charta)

"Die Unterzeichner, die sich 1945 in San Francisco zusammenfinden, sind sich einig: Nach zwei verheerenden Weltkriegen sollen nun die Würde des Menschen, freundschaftliche Beziehungen zwischen den Völkern und eine Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten im Mittelpunkt des politischen Handelns stehen.

Und vor allem soll es von nun an keine Kriege mehr geben – weder Präventivkriege noch Angriffskriege. Auch der über Jahrhunderte gültige Unterschied zwischen „gerechten“ und „ungerechten“ Kriegen wird von der Charta nicht mehr gemacht. Eben keine Kriege!

Alle Mitgliedstaaten stehen nun gleichermaßen in der Verpflichtung, ihre Streitigkeiten und Konflikte ausschließlich durch Verhandlungen zu lösen und einen friedlichen Ausgleich ihrer Interessen zu suchen – ohne Gewalt anzudrohen oder gar anzuwenden. (...)"

UN-Charta: Gewaltverbot – Artikel 2

3. Alle Mitglieder legen ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel so bei, dass der Weltfriede, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden.

4. Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit

oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.

UN-Charta: Kapitel VI –

Die friedliche Beilegung von Streitigkeiten

Artikel 33: (1) Die Parteien einer Streitigkeit, deren Fortdauer geeignet ist, die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zu gefährden, bemühen sich zunächst um eine Beilegung durch Verhandlung, Untersuchung, Vermittlung, Vergleich, Schiedsspruch, gerichtliche Entscheidung, Inanspruchnahme regionaler Einrichtungen oder Abmachungen oder durch andere friedliche Mittel eigener Wahl.

Artikel 51: Recht auf Selbstverteidigung

Diese Charta beeinträchtigt im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen keineswegs das naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung, bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen hat.

Alle Resolutionen der UN-Vollversammlung und des UN-Sicherheitsrats (Wikipedia): 80 Jahre UNO – wer stimmt wofür mit wem und warum?

<https://www.monde-diplomatique.fr/resolutions/>

Markus Schall

Regelbasierte Weltordnung und Völkerrecht: Zwischen Anspruch, Realität und Rechtsbruch

5. Januar 2026 - "Verträge als Fundament: Verbindlichkeit entsteht nicht durch schöne Worte; Stabilität beruht vor allem auf internationalen Verträgen. Staaten einigen sich auf Regeln, akzeptieren sie freiwillig und schaffen damit Berechenbarkeit. Das ist die eigentliche Währung einer internationalen Ordnung. Wenn ein Staat weiß, dass der andere Staat sich an Abmachungen hält, kann er planen, deeskalieren, verhandeln."

Anmerkung der SiG-Redaktion: Markus Schall beschreibt in seinem Beitrag anschaulich und übersichtlich, wie das Völkerrecht als klar umrissener Ordnungsrahmen der Völker durch den vagen Begriff der „regelbasierten Weltordnung“, dessen Inhalt und Legitimation nicht definiert werden, in den Hintergrund gerät und seine Verbindlichkeit verliert.

Am Ende werden wiederholte völkerrechtswidrige Handlungen normalisiert, Kritiker stigmatisiert und das Völkerrecht faktisch außer Kraft gesetzt. Wir haben den Beitrag zusammengefasst.

„1. Was ist der Unterschied zwischen Völkerrecht und einer „regelbasierten Weltordnung“?

Völkerrecht ist ein historisch gewachsenes, rechtlich verankertes System aus Verträgen, Konventionen und anerkannten Prinzipien, das auf formaler Zustimmung von Staaten beruht. Eine „regelbasierte Weltordnung“ hingegen ist kein klar definiertes Rechtskonzept, sondern ein politischer Begriff. Er wird oft verwendet, um eine gewünschte Ordnung zu beschreiben, ohne exakt zu benennen, auf welche konkreten Rechtsquellen oder Verträge man sich bezieht. Genau diese Unschärfe macht ihn problematisch.

2. Warum wurde früher weniger von einer regelbasierten Weltordnung gesprochen?

Weil man sich stärker auf konkrete Rechtsgrundlagen bezog.

Internationale Politik argumentierte traditionell mit Verträgen, UN-Resolutionen und völkerrechtlichen Prinzipien. Der Begriff der regelbasierten Weltordnung gewann erst an Bedeutung, als diese klaren Bezüge zunehmend umgangen oder politisch unpraktisch wurden.

3. Ist Völkerrecht überhaupt verbindlich, wenn es keine Weltpolizei gibt?

Ja, aber anders als nationales Recht. Völkerrecht wirkt durch Selbstbindung, internationale Erwartungshaltungen, diplomatischen Druck und langfristige Interessen. Es funktioniert nicht durch unmittelbaren Zwang, sondern durch die Einsicht, dass Regelbrüche langfristig Instabilität erzeugen – auch für die Regelbrecher selbst.

4. Warum halten sich Staaten dann überhaupt an Völkerrecht? Weil berechenbare Regeln günstiger sind als permanente Unsicherheit. Selbst mächtige Staaten profitieren davon, wenn andere wissen, woran sie sind. Völkerrecht reduziert Eskalationsrisiken, Missverständnisse und unkontrollierte Reaktionen – zumindest so lange, wie es ernst genommen wird.

5. Was bedeutet das Gewaltverbot im Völkerrecht genau? Das Gewaltverbot untersagt grundsätzlich militärische Gewalt zwischen Staaten. Ausnahmen gelten nur in eng begrenzten Fällen, etwa bei Selbstverteidigung oder mit einem Mandat des UN-Sicherheitsrates. Alles, was darüber hinausgeht, ist rechtlich zumindest hoch umstritten.

6. Warum sind humanitäre Interventionen völkerrechtlich so problematisch? Weil sie moralisch plausibel wirken, rechtlich aber kein allgemein anerkanntes Fundament haben. Das Völkerrecht kennt kein generelles Recht, militärisch einzugreifen, um Missstände zu beseitigen. Sobald moralische Motive rechtliche Verfahren ersetzen, wird das Gewaltverbot ausgehöhlt.

7. War der NATO-Einsatz gegen Jugoslawien völkerrechtswidrig? Aus juristischer Sicht ja, weil kein UN-Mandat vorlag und keine klassische Selbstverteidigungssituation bestand. Selbst viele westliche Völkerrechtler bewerten den Einsatz als rechtswidrig, auch wenn er politisch oder moralisch verteidigt wurde.

8. Warum ist der Jugoslawien-Krieg ein so wichtiger Präzedenzfall? Weil er gezeigt hat, dass militärische Gewalt auch ohne Mandat eingesetzt werden kann, wenn die politische Unterstützung groß genug ist. Damit wurde eine Tür geöffnet, durch die später viele weitere Ausnahmen gingen.

9. Sind alle westlichen Militäreinsätze automatisch illegal? Nein. Einige Einsätze sind völkerrechtlich gedeckt, etwa durch klare UN-Mandate oder eindeutige Selbstverteidigungslagen. Das Problem liegt nicht in jeder einzelnen Aktion, sondern in der zunehmenden Bereitschaft, rechtliche Grauzonen zu akzeptieren oder zu ignorieren.

10. Warum ist die Situation in Syrien völkerrechtlich so umstritten? Weil westliche Militäraktionen dort teilweise ohne Zustimmung der syrischen Regierung und ohne UN-Mandat erfolgen. Die angeführten Begründungen bewegen sich rechtlich in Graubereichen und sind international nicht einheitlich anerkannt.

11. Warum ist der aktuelle Eingriff gegen Venezuela besonders kritisch? Weil militärische oder polizeiliche Aktionen gegen einen souveränen Staat ohne UN-Mandat, ohne Zustimmung und ohne klare Selbstverteidigungslage nach klassischem Völkerrecht unzulässig sind. Politische Bewertung der Regierung ersetzt keine rechtliche Grundlage.

12. Was bedeutet „selektive Anwendung von Regeln“ konkret? Es bedeutet, dass Regeln von manchen Akteuren strikt eingefordert werden, während man sich selbst Ausnahmen zugesteht. Dadurch verlieren Regeln ihre universelle Geltung und werden zu Machtinstrumenten.

13. Warum ist das für andere Staaten ein Problem? Weil sie daraus lernen, dass Regeln offenbar verhandelbar sind. Wenn mächtige Staaten sie flexibel auslegen, entsteht für andere der Anreiz, dasselbe zu tun. Das beschleunigt die Erosion der Ordnung.

14. Ist die regelbasierte Weltordnung also nur ein Vorwand? Nicht zwingend. Der Begriff kann sinnvoll sein, wenn er ehrlich auf bestehendes Recht verweist. Problematisch wird er dort, wo er als Ersatz für konkrete Rechtsgrundlagen dient und kritische Nachfragen abwehrt.

15. Welche Rolle spielen Medien und Öffentlichkeit dabei? Eine große. Wenn Begriffe unkritisch übernommen werden, ohne ihre rechtliche Bedeutung zu hinterfragen, entsteht eine Atmosphäre, in der politische Narrative das Recht überlagern. Mündigkeit beginnt mit präzisen Fragen.

16. Bedeutet Kritik am Westen automatisch Relativierung anderer Rechtsbrüche? Nein. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Wer Völkerrecht ernst nimmt, muss es universell anwenden. Selektive Kritik untergräbt die Glaubwürdigkeit des Rechts insgesamt.

17. Leben wir heute noch in einer regelgebundenen Weltordnung? Wahrscheinlich in einer Übergangsphase. Die Sprache der Regeln existiert noch, ihre Verbindlichkeit nimmt jedoch sichtbar ab. Ob daraus eine Rückkehr zur offenen Machtordnung wird, ist noch offen.

18. Was wäre der ehrlichste Umgang mit dieser Entwicklung? Entweder Regeln wieder ernst zu nehmen und sich selbst konsequent an sie zu binden – oder offen zu sagen, dass man eine machtbasierte Ordnung akzeptiert. Alles dazwischen schafft Unsicherheit.

19. Warum endet der Artikel ohne klares Fazit? Weil es keine einfachen Antworten gibt. Die zentrale Aufgabe besteht nicht darin, Schuld zu verteilen, sondern Wahrnehmung zu schärfen. Nur wer erkennt, dass sich etwas verschiebt, kann bewusst entscheiden, wie er damit umgehen will.

Völkerrecht oder „regelbasierte Weltordnung“?

NORMAN PAECH, 2.12.2024: Macht oder Völkerrecht – was zählt in der Welt? In Zeiten des immer noch nicht überwundenen Kolonialismus und eines neu entfachten Imperialismus zur Sicherung der Weltherrschaft, der die Militarisierung der Gesellschaften und die Kriegsgefahr zwischen den Staaten vorantreibt, droht das Völkerrecht zu einer leeren Proklamation zu verkommen. - [Hintergrund](#)

Stefan Talmon: Die „freie internationale Ordnung“ Der neue Kampfbegriff der „Nationalen Sicherheitsstrategie“ gegen China, 3. Juli 2023 - [verfassungsblog](#)

Hannah Birkenkötter: Deutschland als Retter der „regelbasierten internationalen Ordnung“? 25. Juli 2018, [Peacelab.blog](#)

Peter Nowak: Wer bestimmt die Regeln der „regelbasierten Weltordnung“? 20. April 2023 - [telepolis](#)

Jouke Huijzer: Die »regelbasierte Weltordnung« ist eine Farce - Die meisten Staats- und Regierungschefs der EU haben ihre Zustimmung oder zumindest eine neutrale Haltung angesichts der »Kollektivbestrafung« der Bevölkerung im Gazastreifen bekundet. 27. Oktober 2023 - [Jacobin.de](#)

Imperiale Macht USA

US-Präsident Donald Trump:

«Nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten von Amerika»

Zu Donald Trumps *National Security Strategy* schreibt **Globalbridge.ch**: „Was sagt man zu seiner nun schriftlich bestätigten Strategie, die – wörtlich! – „tödlichste Armee der Welt“ aufzubauen? Und dafür zu sorgen, dass der US-Dollar die weltweite Leitwährung bleiben wird? Und seiner Absicht, Amerika innert Kürze zum reichsten Land der Welt zu machen? [...] Wir haben das ganze Dokument in die deutsche Sprache übersetzt [...]“ - [Hier die Übersetzung](#)

Werner Rügemer

Gottes mächtigstes Land – wieder und für immer!

10. Dezember 2025, <https://www.nachdenkseiten.de/?p=143409> – In seiner *National Security Strategy* fordert US-Präsident Donald Trump Eingriffe der „gottgegebenen Nation“ auf allen Kontinenten. Gegen Russland und China hält er sich (noch) zurück, aber Vasallen wie die in Europa sollen bluten, noch mehr als jetzt schon.

„Make America Great Again“: Diese seine Wahlkampfparole fasste Trump jetzt in einer umfassenden Strategie zusammen. Er gibt sich als Friedensstifter, aber „Frieden“ wie im Nahen Osten ist vor allem Vorwand für neue Investitionen. Mit seiner jüngeren, aggressiveren, global noch wenig präsenten Kapitalfraktion sucht er Lücken in der bisherigen Globalisierung. Die Großkonflikte werden für später aufgehoben.[1]

Grundsätze für die erneute Weltführung

„Amerika bleibt, mit seinen gottgegebenen natürlichen Rechten ... die größte und erfolgreichste Nation der Menschheitsgeschichte und die Heimat des Friedens auf Erden,“ so beginnt Trumps Denkschrift. Diese Führungsstellung der USA soll nach den Fehlern von Regierungen der Demokraten-Partei – Bill Clinton, Barack Obama, Joe Biden – nicht nur wiederhergestellt werden. Damit „unser Land noch größer wird, als es je war“, stellt Trump folgende Leitlinien auf:

***Militär:** „Um unser nationales Interesse zu schützen, wollen wir das mächtigste, tödlichste und technologisch am höchsten entwickelte Militär der Welt, wir wollen es rekrutieren, trainieren, ausrüsten, einsetzen, Kriege verhindern oder sie notfalls schnell und endgültig gewinnen, mit möglichst geringen Verlusten für unsere eigenen Kräfte.“

***Wirtschaft:** „Wir wollen die stärkste, dynamischste, innovativste, am höchsten entwickelte Wirtschaft der Welt, Grundstein unserer globalen Führung und notwendig für unser Militär, mit der robustesten industriellen Basis, auch für die Militärproduktion.“

***Energie:** „Wir wollen den robustesten, produktivsten, innovativsten Energiesektor der Welt, nicht nur für das amerikanische Wirtschaftswachstum, sondern auch als eine unserer führenden Exportindustrien.“

***Soft power:** „Wir wollen die Vereinigten Staaten weiter erhalten als einzigartige ‘soft power’, mit der wir unseren Einfluss über die ganze Welt ausüben, für unser nationales Interesse. Nur mit geistiger und kultureller Gesundheit ist langfristige nationale Sicherheit möglich, also mit Religion,

Patriotismus, Familie ... Dafür wollen wir unsere Ruhmes-taten und Helden in Ehren halten und aufblicken zu einem neuen goldenen Zeitalter.“

Modernisierung der Monroe-Doktrin

Trump beruft sich auf die Monroe-Doktrin: Er aktualisiert sie für die Gegenwart.

1823 hatte der US-Kongress die „Monroe-Doktrin“ beschlossen, benannt nach dem damaligen Präsidenten James Monroe. Er gehörte zu den US-Gründungsvätern. Die Doktrin legt das „Interventionsverbot für ausländische Kräfte“ fest: Die USA, gegründet mit 13 Bundesstaaten an der Ostküste Nordamerikas, inzwischen erweitert auf 24 Staaten, dürfen, so die Doktrin, bei ihrer weiteren militärisch-wirtschaftlich-politischen Expansion auf dem nordamerikanischen Territorium in Richtung Ostküste nicht durch andere Staaten behindert werden! Das richtete sich vor allem gegen die europäischen Kolonialmächte England und Frankreich.

„Nationales Interesse“ nach US-Verständnis und nach der Monroe-Doktrin besagt also: Der Staat USA darf sich mit allen Mitteln über sein bisheriges Staatsgebiet hinaus ausdehnen, auch mit militärischer Hilfe. Wenn andere Staaten die USA daran hindern wollen, darf gegen sie Krieg geführt werden.

Dazu gehörte auch das Recht, auf eroberten Gebieten die Einwohner zu enteignen, zu vertreiben und notfalls zu töten, also auch Völkermord: Er wurde im Gefolge der Monroe-Doktrin 1830 durch den *Indian Removal Act* eingeleitet (Gesetz zur Entfernung der Indianer).

Dazu gehörte auch das Recht, Krieg zum Beispiel gegen den Staat Mexiko zu führen, ihm Gebiete abzunehmen, daraus neue US-Staaten wie New Mexico, Kalifornien, Utah, Nevada zu bilden und dort auch die Sklaverei wieder einzuführen, die in Mexiko abgeschafft worden war.[2]

Zusammengefasst: „Nationale“ Sicherheit der USA bedeutet Zugriff nicht nur auf den Staat USA, sondern auf die ganze Erde, im Prinzip auf alle anderen Staaten und mit Praktiken, die in den USA selbst gelten.

Verteidigungsministerium heißt wieder Kriegsministerium

[...] Die USA haben seit Beginn als einziger wichtiger Staat kein Außenministerium, sondern bis heute ein *Staats*-Ministerium: Das „nationale Interesse“ des US-Staats bezieht sich auf jedes von den USA selbst definierte Gebiet der Erde.

Deshalb hatten die USA seit der Gründung auch kein Verteidigungsministerium, sondern ein Kriegsministerium (*Department of War*): Es wurde erst 1947 in „Verteidigungs“-Ministerium umbenannt, als Beschönigung für die nach dem Zweiten Weltkrieg geführten Kriege und Regime Changes. Aber mit der aktualisierten Monroe-Doktrin hat die Trump-Regierung das Ministerium wieder in *Department of War* rückbenannt, wie zu Monroes Zeit und wie die längste Zeit überhaupt.

Die jüngere, aggressivere Kapitalisten-Fraktion mit ihrer politischen Führungsfigur Trump macht also nichts grundsätzlich Neues, sondern spricht die traditionelle US-Praxis nur offener aus – zurück zu den Anfängen und zu den Praktiken, die sowieso die längste Zeit galten.

Deshalb auch: Der „Kalte Krieg“ ist endgültig zu Ende, heißt es in der *National Security Strategy* Trumps. Deswegen ist auch Schluss zum Beispiel mit „Entwicklungshilfe“: Jetzt wird investiert! Deswegen ist auch Schluss mit dem Beschönigungsgelaber der „Verteidigung“: Jetzt ist wieder Krieg!

Allerdings: Der „große Krieg“ wird erstmal heruntergeschraubt. Gegen die wichtigsten Gegner Russland und China sollen erstmal die Vasallen in Europa wie in Asien in den nächsten Jahren aufrüsten, aufrüsten und US-Rüstungsgüter kaufen. Sie sollen, wie bisher schon die Ukraine und Israel, zu US-Stellvertreter-Kriegern aufgebaut werden.

Durchdringung der „Westlichen Hemisphäre“

„Was wollen wir in und von der Welt?“, heißt es weiter in Trumps Nationaler Sicherheitsstrategie. Die Antworten sind gegliedert nach den wichtigsten US-Einflussgebieten der Erde und nach der Rangfolge ihrer Wichtigkeit.

An erster Stelle steht die „westliche Hemisphäre“. Das sind die „reichen Staaten“, der traditionell sogenannte „Westen“, der seit Ende des Zweiten Weltkriegs von den USA geführt wird: militärisch, aber auch mit Präsenz von Banken, Konzernen, Stiftungen, Beratern, Agenturen, nicht zuletzt auch Geheimdiensten.

Diese Alliierten bzw. Vasallen sollen die USA beim Kampf gegen „Massenmigration, Drogen-Terroristen und andere kriminelle Organisationen“ unterstützen. Das sind die direkt rechtsradikalen Narrative, die für die Trump-Regierung auch in den USA gelten.

Real aber geht es vor allem darum: Diese „westliche Hemisphäre“ soll frei bleiben vom Zugriff „feindlicher Kräfte“ auf wichtiges Eigentum. Und die US-Alliierten sollen wichtige Lieferketten schützen und sollen den USA den „dauerhaften Zugang zu strategischen Schlüsselstellungen sichern“. Die USA sollen auf dieser Grundlage ihre vielgestaltige, umfassende Führungsposition ausbauen können. Die „feindlichen Kräfte“: Das ist vor allem China, das in

pragmatischer Einsicht allerdings vorsichtig behandelt und nicht beim Namen genannt wird.

Dass Trump nationalistische, reaktionäre bis faschistoide Kräfte unterstützt, das hat er schon bei der rassistischen, nationalistischen, rechtsextremen Truppe um den ukrainischen Präsidenten Selenskyj gezeigt, ebenso in der fundamentalen Unterstützung für die Regierung seines seit drei Jahrzehnten wichtigsten politischen Freundes, seines „Bibi“ Netanjahu in Israel.

Merz & Co. unterwerfen sich dem mächtigsten Rechtsextremisten der Welt

In Deutschland hat Trump sich die AfD geködert, ok. Darüber regen sich unsere kaputten Führungsmedien auf. Aber seine rechtsextreme Realpolitik zieht Trump ja schon längst mit den führenden Politikern Europas durch, mit Friedrich Merz/Deutschland, Macron/Frankreich, Starmer/England, Tusk/Polen und mit Kaja Kallas und Ursula von der Leyen/EU:

- Verdoppelung der Rüstungsbudgets der europäischen NATO-Mitglieder auf fünf Prozent des BIP, mithilfe extremer Staatsverschuldung und mit Sozialkürzungen
- Deindustrialisierung mit Verlagerung von Unternehmensteilen in die USA, mit dortigen hohen Subventionen und niedrigen Energiepreisen
- Zustimmung zu den Zöllen auf Autos, Stahl und Aluminium aus Europa
- noch mehr Käufe von US-Rüstungsgütern und des teuren und zugleich extrem umweltschädlichen US-Frackinggases
- Digitalisierung der EU-Staaten durch die großen US-Digitalkonzerne, die zudem ihre Daten an US-Behörden weitergeben und in den EU-Staaten so gut wie keine Steuern zahlen.

Auch Unterwerfung unter Trumps Israel-Politik

Und nicht zuletzt: Kräftige Unterstützung für den Völkermord und die Enteignungs- und Vertreibungspolitik des rassistischen, nationalistischen, faschistoiden US-Stellvertreter-Kriegers Israel, und jetzt auch Unterstützung für den gefaketen Gaza-„Friedensplan“, unter dem die Vertreibung, Aushungerung, Tötung der Palästinenser weitergeht, im Gaza wie verstärkt in der Westbank.

Europa: Nicht beteiligt an Ukraine-Verhandlungen

Die europäischen US-Vasallen nörgeln daran herum, dass Trump sie an den Waffenstillstandsverhandlungen mit der Ukraine nicht beteiligt. Aber das ist doch die Lage: Die USA haben diesen Krieg seit drei Jahrzehnten vorbereitet, finanziert, 2014 den definitiven Regime Change organisiert und seitdem den Krieg angeführt.

Und dem haben die jetzt nörgelnden Vasallen zugestimmt, haben nach US-Vorgaben immer mehr mitgeholfen. Die USA, mit britischer Hilfe, haben das Militär ausgebildet, haben die meisten Rüstungsgüter geliefert, haben auch darüber entschieden, welche Satelliten geliefert werden und welche nicht. Und die USA führen den Krieg der Ukraine auch operativ über die US-Satelliten im Weltraum, über US-Geheimdienste und über das Military Command in Wiesbaden. Noch nie gehört, Herr Merz?

Auch die asiatischen Vasallen werden hergenommen

Trumps Nationale Sicherheitsstrategie stellt an zweite Stelle den Indopazifik: „Der Indopazifik mit seinen zentralen Seewegen soll offen und frei gehalten werden“ gegen „fremde Akteure, die die amerikanische Wirtschaft schädigen“. „Verlässliche Lieferketten“ sollen ebenso gewährleistet werden wie „der Zugang zu kritischen Materialien“. Dies ist, verhalten formuliert, gegen China gerichtet und verbunden mit Aufrüstungen und Investitionen der alliierten US-Staaten in Asien. [...]

Naher Osten: Groß-Israel mit arabischen Staaten

In der Nationalen Sicherheitsstrategie heißt es an dritter Stelle zum Nahen Osten: „Wir wollen verhindern, dass eine gegnerische Macht im Mittleren Osten eindringt, Zugriffe auf seine Öl- und Gasreserven bekommt und die Engpässe der Seewege blockiert.“ Dazu gehört die Umgestaltung des Nahen Ostens durch Israel, das während des Gaza-Krieges auch seine bisherige Besatzungszone in Syrien ausgebaut hat und ein halbes Dutzend Militärstützpunkte betreibt. Israel bombardiert mit oder ohne US-Zustimmung in Syrien und auch im Libanon, bombardierte den Iran, was die US-Regierung mit der *Operation Midnight Hammer* zuspitzte. Das von Trump eingefädelt Gaza-„Waffenstillstandsabkommen“ bringt nicht einmal einen Waffenstillstand, hat die militärische Besetzung des Gazastreifens durch Israel sogar noch erweitert und erkennt keinerlei palästinensische Vertretung an. Mithilfe der *Abraham Accords* hat Trump seit seiner ersten Amtszeit schrittweise Golf- und weitere arabische und muslimische Staaten mit Israel (irgendwie) versöhnt und die Unterstützung für die Palästinenser beendet. In Fortsetzung und Vollendung dessen, was auch Demokraten-Regierungen der USA, mit EU-Unterstützung, jahrzehntelang vorbereitet haben: Israel übt im Nahen Ost jetzt nach dem Gaza-Krieg eine (stellvertretende) „imperiale Macht“ aus: Das stellt sogar das führende US-Leitmedium fest, die *New York Times*: „'Imperial Israel' in the New Middle East“: „Israels Zugriff reicht schier überall hin, indem es ständig regionale Feinde bombardiert.“[3]

So soll mithilfe des US-Stellvertreter-Kriegers der erweiterte Nahe Osten als neues Investitionsgebiet erschlossen werden: nicht nur zunächst der Gazastreifen und die Westbank. Vor allem sind die führenden US-Digital-, Rüstungs-, Energie- und Tourismuskonzerne in den Golf-Staaten aktiv. Die müssen ohnehin Abschied von Öl und Gas nehmen, investieren aber Hunderte Milliarden Dollar auch in den USA. So vereinbarte die US-Regierung mit dem Prinzen von Saudi-Arabien, dass seine Staatsfonds mindestens eine Billion (in den USA: „trillion“) Dollar in den USA investieren, auch in Rüstung.[4]

Die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) organisierten vom 8. bis 10. Dezember 2025 im Palast des Ölkonzerns Adnoc das nach eigener Aussage „größte Medienereignis der Welt“ mit 60.000 Teilnehmern aus 132 Staaten, mit Medien-

vertretern, PR-Agenturen und Unternehmen in den Bereichen Digitalmedien, Spiele, Musik, Marketing, „um den Journalismus zu transformieren“ – gewiss ein dringlicher Wunsch von Trump, und nicht nur von ihm.[5]

Globaler Süden: USA noch aggressiver

In Trumps Denkschrift heißt es: „Amerika und seine Alliierten haben bis jetzt noch keinen gemeinsamen Plan für den sogenannten Globalen Süden, auch hinsichtlich dessen riesiger Ressourcen.“ Weiter heißt es, dass Europa, Japan, Südkorea und andere dort zwar sieben Billionen Dollar investiert haben, dass „multinationale Banken“ dort Kredite laufen haben – aber vor allem die USA sind kaum präsent, und China ist längst vorgedrungen.

Traditionell liegt für das US-Imperium eigentlich der lateinamerikanische „Hinterhof“ am nächsten. Aber den haben die von der Demokraten-Partei und ihren Regierungen vor allem geförderten Digitalkonzerne bei ihrer Globalisierung sträflich vernachlässigt, so Trump. Das will er jetzt nachholen, möglichst schnell, punktuell, unsicher. Genauer steht in der Strategie-Erklärung nicht.

Panamakanal: Vergleichsweise leicht zu erfüllen war Trumps Wunsch: Wir wollen Panama wiederhaben, das hat uns doch über 100 Jahre lang gehört! Einen ersten Schritt ermöglichte der inzwischen größte US-Investor BlackRock. Er war zwar eng mit den US-Regierungen von Bill Clinton, Barack Obama und Joe Biden verbunden, wurde durch sie groß, hat sich aber schnell zu Trump bekannt. BlackRock kaufte Anfang 2025 die beiden Häfen des Panamakanals: So landen die Gebühren in den USA, und die USA kontrollieren die Durchfahrt.

Argentinien: Milliardenhilfe für Kettensäge-Politiker
Wie auch in Europa und weltweit sucht Trump nationalistische, rechtsextreme, auch faschistoide Medien, Partner, Parteien. So förderte er den Elon-Musk-Imitator, den Kettensäge-Neoliberalen Javier Milei in Argentinien: Obwohl der Staat nach der Ukraine zu den am meisten überschuldeten Staaten gehört, bekam er von der Trump-Regierung eine Extrahilfe von 20 Milliarden Dollar, die er von keiner Bank bekommen hätte.[6]

Venezuela: Militärischer Regime Change

Die Entwicklung Venezuelas zu einem postkolonialen, souveränen Staat, vor allem seit Präsident Hugo Chávez, wurde von allen US-Regierungen bekämpft, mithilfe von NGOs in Venezuela wie auch mit externen Sanktionen, auch etwa mithilfe des US-finanzierten Alternativ-Präsidenten Guaidó, der dann doch keinen Erfolg hatte. Trump will den jetzigen Präsidenten Nicolas Maduro absetzen, hat 50 Millionen Dollar Belohnung für seine Verhaftung ausgeschrieben.[7] Verschwörungspraktischer Vorwand: Maduro ist der Drogenchef Südamerikas und bedroht damit die „nationale Sicherheit“ der USA. Das US-Militär hat inzwischen mehrere Schiffe versenkt und hundert Menschen getötet, auch Überlebende solcher Attacken. Im annektierten US-Gebiet Puerto Rico hat Trump den Militärstützpunkt wiederbelebt und Tausende Soldaten postiert. [...]

Dass die Drogen-Verschwörung nur ein Vorwand ist, wird in aller Öffentlichkeit auch dadurch bestätigt: Trump hat Juan Orlando Hernandez begnadigt. Der Ex-Präsident von Honduras war in die USA verschleppt und wegen Drogenhandels zu 45 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Jetzt, nach vier Jahren, ist er wieder ein freier Mann – und ein erhoffter Mittäter Trumps in Lateinamerika.[8]

Afrika und periphere Regionen

Die Trump-Regierung sucht auch weitere Lücken in der bisherigen Globalisierung, in „peripheren Regionen“ auf allen Kontinenten. Überall geht es auch um das Zurückdrängen Chinas. Die genauen Maßnahmen werden im Strategiekonzept gerade hier überhaupt nicht erwähnt.

In Afrika geht es zunächst um seltene Erden und andere „kritische Mineralien“, die für den von den Trump-Kapitalisten hochbeschleunigten KI-Hype noch mehr benötigt werden als bisher. Der aufsteigende US-Stellvertreter-Krieger Vereinigte Arabische Emirate – sie beherbergen den für die Golfregion zentralen US-Militärstützpunkt Gulf Air Warfare Center – unterstützen deshalb die terroristische Paramilitär-Organisation Rapid Support Forces (RSF) im Sudan.[9] Trump hat wie im bekannten Fall des Gaza-„Friedensabkommens“ die Methode entwickelt, kurzfristig Konfliktparteien zusammenzurufen, „Frieden“ oder „Waffenstillstand“ zu verkünden und dabei für US-Unternehmen aus seinem Umkreis langfristige Investitionen zu sichern – auch wenn die Konflikte weitergehen. Dies gilt etwa für Armenien mit Aserbaidschan, wo Trump den langfristigen Betrieb des Sangesur-Korridors gesichert hat. Ähnliches gilt für Demokratische Republik Kongo mit Ruanda, für Indien mit Pakistan, für Thailand mit Kambodscha, für Ägypten mit Äthiopien, für Serbien mit Kosovo.[10]

Die Grenzen von Trumps nationaler Globalstrategie

Die allermeisten Investoren, Unternehmer, Spekulanten, Immobilienhaie im Umkreis Trumps, die vielfach auch in der Regierung vertreten sind, sind bisher global noch kaum vertreten. Der kurzzeitig in der Regierung mitmischende Elon Musk war eine Ausnahme. Trump und sein Schwiegersohn Jared Kushner haben zwar Golfplätze in Schottland, in den Golfstaaten und Immobilien auch in israelischen Siedlungen im Westjordanland, aber sie wollen eben auch mit großen Unternehmensinvestitionen global nachholen. Deshalb suchen sie die Lücken, und deshalb sind sie aggressiver. Aber sie verschätzen sich – nicht in allen Fällen, aber im Prinzip. Trumps Vorbild an der ungehindert aufsteigenden Großmacht im 19. Jahrhundert, die direkte Kombination von Militär, Enteignung, Investitionen und Regime Changes im lateinamerikanischen und dann auch asiatischen Hinterhof – das ist Nostalgie. Sicher, die UNO, die historisch bisher größte Leistung der Menschheit für eine internationale Ordnung, ist in allen wichtigen Kriegen und Konflikten immer hilfloser geworden – aber ja vor allem durch den Mitgründer USA selbst. Die USA haben von Anfang an immer mehr neben und auch gegen die UNO ihre Kriege und Regime Changes durchge-

zogen, mit jeweils zusammengerufenen „Koalitionen der Willigen“, oder eben auch ohne solche.

Darüber konnte sich Trump bei seinem Auftritt vor der UNO im September 2025 so vordergründig lustig machen, sodass selbst die ansonsten Trump-folgenden deutschen Leitmedien die Fakes erkannten.[11]

Der von Trump in seiner Denkschrift nebenbei mal erwähnte „Rest der Welt“ hat sich aber schon seit etwa drei Jahrzehnten schrittweise immer weiter selbst organisiert, auch neben der UNO. Dass die USA mit dem korrumpierten ersten Regierungschef des nachsozialistischen Russlands, Boris Jelzin, dann doch keinen Erfolg hatten, sondern mit der Nachfolgeregierung unter Putin mit einem zunehmend souveränen, wichtigen, immer weiter global vernetzten Staat konfrontiert sind – das war einer der Anfänge für das Ende der US-Vorherrschaft. Das sollte mit dem US-Stellvertreter-Krieger Ukraine gekippt werden – aber dass das nicht gelungen ist, muss selbst die Trump-Truppe jetzt eingestehen und versucht, daraus noch ein paar Vorteile herauszuholen, zulasten der europäischen „Freunde“.

Vor allem die zudem nicht-militärische, wirtschaftliche, kooperative, global sich schnell erweiternde und vertiefende Multipolarität mit den Formaten BRICS, CELAC (Lateinamerika), FOCAC (Afrika), SCO (Asien), EEF (Ostasien) praktizieren eine Alternativ-Struktur, der die USA nichts mehr entgegenzusetzen haben – was sie aber gerade deshalb umso gefährlicher macht.[12]

Anmerkungen

[<1] National Security Strategy of the United States of America, Washington, The White House, November 2025

[<2] Genaueres auch zum Folgenden siehe Werner Rügemer:

Verhängnisvolle Freundschaft, 4. Auflage, Köln 2024, Seite 12-89

[<3] 'Imperial Israel' in the New Middle East, NY Times 28.11.2025

[<4] Fact Sheet: President Donald J. Trump Solidifies Economic and Defense Partnership with the Kingdom of Saudi-Arabia, The White House November 18, 2025

[<5] Bridge Summit Looks to Become the Largest Cross-Sector Media Event in the World, New York Times 28.11.2025

[<6] Trump unterstützt Milei mit 20 Mrd. Dollar, [amerika21.de](https://www.amerika21.de) 14.10.2025

[<7] USA verdoppeln Belohnung für Festnahme Maduros, tagesschau.de 8.8.2025

[<8] Begnadigung durch Trump – Honduras Ex-Präsident aus Gefängnis entlassen, Der Spiegel 2.12.2025

[<9] Why is the UAE involved in Sudan's bloody war? middleeasteye.net 4.11.2025

[<10] How many wars has President Trump really ended? <https://www.bbc.com/news/articles/c5y3599gx4qo> 15.10.2025

[<11] Trump bei UN-Vollversammlung. Eine Rede voller Falschbehauptungen, [tagesschau.de/faktenfinder/trump-rede-un-100.html](https://www.tagesschau.de/faktenfinder/trump-rede-un-100.html) 24.9.2025

[<12] W. Rügemer: Trump's „America First“ – A Change in US Strategy, World Marxist Review 2/2025, dx.doi.org/10.62834/8j5fth62 <https://www.nachdenkseiten.de/?p=143409> - Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar. [Download](#)

Werner Rügemer: Hitlers Krieg gegen die Sowjetunion - zugleich ein US-Stellvertreter-Krieg
26.1.2026 - Die USA unterstützten die Sowjetunion gegen den Überfall der Hitler-Wehrmacht – das ist weltweit bekannt. Aber vorher rüsteten die USA Hitlers Wehrmacht aus und finanzierten dann auch den Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion – bis 1945, gegen den gemeinsamen Hauptfeind.
- [Weiterlesen](#)

Die Heritage Foundation, Hauptideengeberin der Nationalen Sicherheitsstrategie

Haupt-Ideengeber von *National Security Strategy* soll die Heritage Foundation mit dem **Programm Project 2025** sein. Die **Heritage Foundation** ist eine 1973, während der Nixon-Regierung gegründete Denkfabrik (Think Tank) mit Sitz in Washington. Sie gilt als eine der einflussreichsten Denkfabriken. Dem Motto „Leadership for America“ – „Führung für Amerika“ verbunden, was dem MAGA („Make America Great Again“) entspricht, sollen die USA nach einer radikal-konservativen Politik regiert werden. Grundlage soll die freie Marktwirtschaft à la Milton Friedman oder den „Chicago Boys“ sein, was eine anti-keynesianische Wirtschaftspolitik bedeutet. D.h. ein Minimal-Staat, mit starken Sicherheitsinstrumenten, uneingeschränkte Wirtschaftsfreiheiten, traditionelle gesellschaftliche Werte und traditionelle Familienmodelle sowie Einschränkung vieler bürgerlicher Freiheiten und Rückbau aller Sozialleistungen. Die Organisation setzt sich aktiv für Privatisierung, Deregulierung, sowie militärische Präventivschläge ein. So spielte

sie eine Schlüsselrolle bei der politischen Entwicklung hin zum Irakkrieg.

Sie ist von einem Russlandfeindbild geprägt, verfolgt ein antikommunistisches Programm und unterstützte antikommunistische Bewegungen, so etwa in Afghanistan, Angola, Kambodscha und Nicaragua und allgemein den globalen Antikommunismus besonders bereits während des Kalten Kriegs.

Außenpolitische Experten der Heritage Foundation lieferten politische Ratschläge für Rebellionskräfte und Dissidenten in den Ostblockstaaten und sowjetischen Republiken. Als Bastion der Neokonservativen vertrat die Organisation eine Politik der Abschreckung und militärischen Aufrüstung gegenüber der Sowjetunion., das als „Reich des Bösen“ galt. Das Feindbild wird auf Russland weitergetragen. Russlands Einfluss soll nicht nur eingedämmt werden, Russland muss vielmehr ausgeschaltet werden. (*Zusammenfassung von https://lobbypedia.de/wiki/Heritage_Foundation)*

Die **Donroe-Doktrin** ist eine außenpolitische Strategie des amerikanischen Präsidenten **Donald Trump**, die den Machtanspruch der **Vereinigten Staaten** auf die **westliche Hemisphäre** bekräftigt. Die Wortschöpfung aus Trumps Vornamen „Donald“ und der historischen **Monroe-Doktrin** wurde 2025 erstmals von der Boulevardzeitung **New York Post** geprägt, nachdem Trump begonnen hatte, Mexiko, Panama und andere lateinamerikanische Staaten zu bedrohen. Bei einer Pressekonferenz nach der **Militäraktion in Venezuela** im Januar 2026 nahm Trump diese ursprünglich satirisch gemeinte Formulierung auf und erklärte: „Die amerikanische Dominanz in der westlichen Hemisphäre wird nie mehr infrage gestellt werden“. <https://de.wikipedia.org/wiki/Donroe-Doktrin>

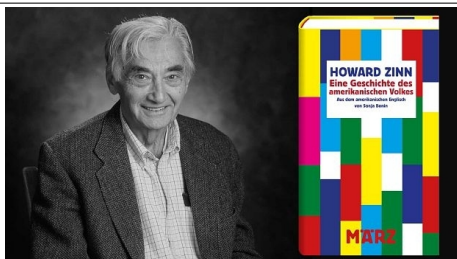
Die globale US-Militärpräsenz wächst ungebremst weiter:

Pascal Derungs / 4.10.2025 „Präsident Donald Trump verneint angeblich die Rolle der USA als Weltpolizei, doch die militärischen Fakten belegen das Gegenteil. In den letzten drei Jahren haben die USA Dutzende neuer Militärstützpunkte in Norwegen, Schweden und Finnland eröffnet.

Weitere US-Basen sind in Westasien, Somalia, Südafrika, Panama, Puerto Rico und Peru neu dazugekommen. Schließlich haben die US-Militärs auch südöstlich von China einige neue Stützpunkte eingerichtet, etwa in Taiwan und den Philippinen, in Guam, Papua-Neuguinea und Australien. Zu diesem Ergebnis kommt eine breit angelegte **Recherche der Friedensorganisation «World beyond War»**.“ Weiterlesen: [infosperber](https://www.infosperber.de)

United States of Palantir - In den USA vollzieht sich ein grundlegender Umbau des Staates.

Die Hauptrolle spielen dabei Tech-Unternehmen wie **Palantir** und **Anduril**, an deren Software wichtige hoheitliche Aufgaben delegiert werden. Dieser Trend zur „Privatisierung der Souveränität“ setzt sich immer mehr auch in Europa durch. <https://monde-diplomatique.de/artikel/!6113232>



Howard Zinn: Eine Geschichte des amerikanischen Volkes (1980)

Versklavte Menschen, Schwarze, Native Americans, Menschen aus der Arbeiterklasse und Geflohene und MigrantInnen erhalten endlich das Wort. Mit diesem Buch prägte Zinn den Begriff der „**Geschichte von unten**“. In der einen Hälfte der USA steht das Buch heute auf dem Lehrplan, in der anderen Hälfte ist es aus den Bibliotheken verbannt.

SiG-Redaktion:

Unsere Hefte im Jahr 2025:

SiG-Sondernummer 6 "GAZA" (10.11.2025)

SiG 159 (7.8.2025): **Völkerrecht verteidigen und stärken**

SiG-Sondernummer 5: "Palästina" (5.5.2025)

SiG 158 (9.4.2025): **Frieden! Was sonst?**

SN4: „Gaza – Waffenstillstand“ (29.01.2025)

SiG 157 (18.12.2024):

"Friedensfähigkeit aufbauen"

Wir haben noch einige Druckexemplare, die wir euch gern gegen Erstattung der Druck- und Versandkosten zusenden. Bestellung an sand-im-getriebe@posteo.de

Weitere Artikel: <https://www.sand-im-getriebe.org/blog>

Nicht nur in Minneapolis: Proteste gegen Trumps Politik

Warum Gewerkschaften die ICE nicht ignorieren können - (von Alex Press, [jacobin](#), 26.1.2026)

Von der Landwirtschaft über die Fleischverarbeitung bis hin zum Dienstleistungssektor fungiert die Durchsetzung der Einwanderungsgesetze als Mittel zur Disziplinierung der Arbeitskräfte. Der Massenstreik in Minnesota gegen die ICE deutet darauf hin, dass die Arbeiterbewegung sich mit dieser Behörde auseinandersetzen muss.

Am 23. Januar schlossen in Minneapolis mehr als siebenhundert Unternehmen ihre Türen, und Tausende von Arbeitnehmern schlossen sich Menschen aus ganz Minnesota an, um zu fordern, dass die Einwanderungs- und Zollbehörde (ICE) den Bundesstaat verlässt. Fast ein Jahrhundert, nachdem die Stadt in einen Generalstreik ausgebrochen war, ist Minneapolis erneut zu einem Zentrum des Widerstands geworden – diesmal gegen die Einwanderungsbehörden des Bundes, die inzwischen zwei Menschen getötet und die Stadt in etwas verwandelt haben, das viele Einwohner als Kriegsgebiet beschreiben.

Protestsong von Bruce Springsteen: [Lied und Text](#); [Streets Of Minneapolis \(Official Lyric Video\)](#)



Allein im Januar 2026 sind sechs weitere Männer, zumeist Lateinamerikaner, in ICE-Haftanstalten ums Leben gekommen (28. Januar 2026, <https://www.npla.de/>)

US-Airline beendet Zusammenarbeit mit ICE:

Die US-Fluggesellschaft Avelo Airlines zieht sich aus dem Geschäft mit Abschiebeflügen für die US-Einwanderungsbehörde (ICE) zurück. Damit endet ein Vertrag von rund 150 Millionen US-Dollar. Der Schritt folgt einer monatelangen Protestkampagne gegen die Abschiebep Praxis der US-Regierung. [Amerika21](#), 22.1.2026 -

11.01.2026 - Demonstration in New York von Gruppen für Palästina, die in den letzten zwei Jahren den Völkermord angeprangert haben; auch „Refuse Fascism“, „Hands Off Venezuela“, die Bewegung „No Kings“, die Basis, die Zohran Mamdani (DSA, Democratic Socialists of America) unterstützt hat, Gewerkschaften," Bericht: [pressenza](#)

Einige Webseiten in den USA:

<https://www.democracynow.org/>

<https://znetwork.org/> <https://jacobin.com/>

<https://www.commondreams.org/>

<https://www.rosalux.de/brennpunkt-usa>

Zohran Mamdani: Ein Sozialist gewinnt in New York

- Fokus auf die Lebenshaltungskosten / Kampf um den Kurs der Demokraten - [Weiterlesen: rosalux](#)

Mit der New Yorker Sektion der [Democratic Socialists of America](#) (NYC-DSA) sowie einer größeren Koalition aus Gewerkschaften und Community-Organisationen gelang es Mamdani, eine mitreißende Kampagne in einen historischen Überraschungssieg zu verwandeln. **Jetzt: Vier große Herausforderungen.** [Weiterlesen: rosalux](#)

Disney löscht Posting, weil Fans antifaschistische Zitate aus Disney-Filmen posten

(...) Die Follower sollten ein Disney-Zitat posten, das beschreibt, wie sie sich gerade fühlen. Zahlreiche Thread-User nutzten die Chance, um Disney daran zu erinnern, dass man aufstrebendem Faschismus und Rassismus einmal ganz anders gegenübergestanden ist. Es wurden zahlreiche antifaschistische und antirassistische Stellen aus Disney-Filmen zitiert, von *Indiana Jones* und *Star Wars* bis zu einem Zitat aus *Pocahontas*, in dem es heißt "Diese weißen Männer sind gefährlich", reichte die Palette. Auch an eine Stelle aus "The Sound of Music", in dem eine Hakenkreuzflagge zerrissen wird, wurde erinnert.

Der Thread wurde kurzerhand gelöscht. Eine an sich schon zweifelhafte Reaktion, die aber nur den Vorteil hat, dass das Unternehmen Bekanntheit mit einem anderen Social-Media-Phänomen machen darf: dem [Streisand-Effekt](#). Denn natürlich hatte jemand zuvor die Postings [als Video für die Nachwelt erhalten](#). (apo, 19.1.2026) - [Der Standard](#)

Henry Giroux

Die entfremdete Gegenwart: Neoliberaler Faschismus und die Politik der Auslöschung

SiG-Redaktion: Zusammenfassung der [Übersetzung](#) aus [counterpunch.org](#)

18.01.2026 - Giroux richtet den Blick auf ein hinter allen Einzelphänomenen der Willkür liegendes systemisches Konzept der Zerstörung der bisherigen demokratischen Ordnung und ruft auf, sich nicht in Empörung, Moralismus und Entrüstung zu verlieren, sondern den Zusammenhang zu begreifen und die Angriffe auf die Möglichkeiten einer rationalen Erkenntnis von Zusammenhängen als solche zu erkennen und zu artikulieren.

Es gilt die Fragmentierung zu erkennen und dass Krisen in einem Zusammenhang stehen und dass die Politik wie auch die Medien den Zusammenhang nicht erkennen lassen.

Es wird der Eindruck erzeugt, dass eine Krise der anderen folge und sie nicht in einem Zusammenhang stünden. So wird Macht undurchsichtig. Die Bürger werden darauf trainiert, auf Phänomenen zu reagieren, statt zu analysieren. Das ist Pädagogik auf der Ebene der Regierungsführung, die den Menschen beibringt, nicht historisch, kritisch und umfassend zu denken. Was dieses Regime der Entpolitisierung sowohl dauerhaft als auch tödlich macht, ist, dass es in einer wirtschaftlichen Ideologie verankert ist. (Anm. der Red: der neoliberalen Wirtschaft). Der ökonomische Hintergrund erst offenbart die eigentlichen Akteure.

German Foreign Policy

Bruch in der Weltordnung

23. Jan. 2026 – (Auszüge)

Regierungen einiger westlicher Länder beginnen mit dem Wiederaufbau engerer Beziehungen zu China und bemühen sich damit um politische und ökonomische Alternativen zur Unterordnung unter die Trump-Administration. Ursache sind die Bestrebungen der Vereinigten Staaten, ihre Verbündeten in Nordamerika und in Europa in die Knie zu zwingen und sie immer stärker auszuplündern.

Kanadas Premierminister Mark Carney [...] räumte ein, die sogenannte regelbasierte internationale Ordnung habe auf doppelten Standards beruht; die Handelsregeln seien „asymmetrisch“ durchgesetzt worden, das Recht habe man „abhängig von der Identität des Angeklagten oder des Opfers“, mit unterschiedlicher Härte angewandt.[1] Für den Westen sei das lange Zeit profitabel gewesen. Heute stelle die Lage sich aber für Staaten wie Kanada anders dar. Großmächte – Carney nannte die USA nicht namentlich – suchten sich andere Staaten mit Wirtschaftskriegen zu unterwerfen. [...] Er ziehe, erklärte er, eine „variable Geometrie“ vor – [...] eine ungebundene Außenpolitik. [...] So ist Mitte Januar [...] eine neue „Strategische Partnerschaft“ mit China geschlossen worden.[2]

Der European Council on Foreign Relations (ECFR) hat im November 2025 eine **Umfrage in 21 Staaten weltweit** durchgeführt. Sie zeigt, dass in den meisten Ländern der Anteil derjenigen, die die USA als Verbündeten mit gleichen Werten und Interessen betrachten, klar gesunken ist, in Brasilien beispielsweise von 29 auf 26 Prozent, in Großbritannien von 37 auf 25 Prozent.[3]

In fast allen Ländern sahen mehr Menschen die Volksrepublik als Verbündeten bzw. Partner an denn als Rivalen oder gar Gegner. Während sich Washingtons Verbündete immer wieder sorgten, „den räuberischen USA zum Opfer zu fallen“, schein „die Welt offener für China“ zu werden, konstatierte der ECFR und überschrieb die Auswertung seiner Umfrage mit „How Trump is making China great again“.

[...] Nach Angaben mehrerer Insider soll die „goldene Ära“ der **britisch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen** wiederbelebt werden, die vor rund einem Jahrzehnt gefeiert wurde. [...] Laut Berichten haben auf britischer Seite Konzerne wie die Großbank HSBC, der Ölkonzern BP, Rolls Royce und der Pharmakonzern AstraZeneca Interesse an einer Teilnahme, auf chinesischer Seite etwa die Bank of China, China Mobile und der Elektroautohersteller BYD. [5]

Unklar ist, wie **Deutschland** und die **EU** sich verhalten. Zum einen nähert Brüssel sich bei Elektroautos Beijing an. Hatte die EU-Kommission im November 2024 Zölle auf den Import chinesischer E-Fahrzeuge verhängt – „im Gleichschritt mit den USA“, wie Beobachter konstatieren [6] –, so hat sie in der vergangenen Woche umgesattelt, die

Zölle beiseite gelegt und Regeln eingeführt, die mit einem Mindestpreis für aus China importierte Elektroautos operieren: „eine unerwartete Annäherung“, heißt es dazu. Andererseits arbeitet die EU-Kommission daran, in einer neuen Cybersicherheitsverordnung sämtliche Komponenten der chinesischen Konzerne Huawei und ZTE zu verbieten, was den Konflikt mit China erneut zuspitzt.[7]

Berichten zufolge wird **Bundeskanzler Friedrich Merz** Ende Februar nach China reisen und sich von einer hochkarätigen Wirtschaftsdelegation begleiten lassen.[8] In der vergangenen Woche hatte Merz die Hoffnung ausgedrückt, „dass wir endlich auch wieder mit unserem größten europäischen Nachbarn, nämlich mit Russland, in der längeren Perspektive einen Ausgleich finden“; Russland sei schließlich „ein europäisches Land“.[9] Eine solche Aussage galt seit Jahren als undenkbar. [...] Auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos beschränkte sich Merz auf die Aussage, man habe „die Schwelle hinein in eine neue Welt der Großmächte überschritten“, die „uns Härten und Gefahren zumuten“ werde.[10] Es gelte deshalb, „Europa“ zu stärken.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte am Dienstag erklärt, „geopolitische Schocks“ wie der jetzige bestätigten die „Notwendigkeit, eine neue Form der europäischen Unabhängigkeit“ aufzubauen.[11] [...] Dabei ließen weder Merz noch von der Leyen Zweifel daran entstehen, dass „Europa“ nicht, wie es früher oft hieß, als „Zivilmacht“ stark werden solle, sondern als hochgerüsteter Militärblock, der fähig sein müsse, nach Belieben Kriege zu führen – auch gegen Großmächte.

[1] “Principled and pragmatic: Canada’s path”. Prime Minister Carney addresses the World Economic Forum . pm.gc.ca 20.01.2026.

[2] Prime Minister Carney forges new strategic partnership with the People’s Republic of China focused on energy, agri-food, and trade. pm.gc.ca 16.01.2026.

[3] Timothy Garton Ash, Ivan Krastev, Mark Leonard: How Trump is making China great again – and what it means for Europe. ecfre.eu 15.01.2026.

[4] Decision to give China its ‘super embassy’ in London was unavoidable. thetimes.com 20.01.2026.

[5] Joe Cash: Britain and China to revive ‘Golden Era’ business dialogue during Starmer visit. reuters.com 21.01.2026.

[6] Georg Blume: Darum verzichtet Brüssel bei chinesischen E-Autos auf Zölle. faz.net 22.01.2026.

[7] Olga Scheer, Dietmar Neuerer, Christof Kerkmann: EU will Huawei endgültig aus 5G-Netzen verbannen. handelsblatt.com 20.01.2026.

[8] Kanzler Merz reist Ende Februar zu erstem Besuch nach China. augsburger-allgemeine.de 17.01.2026.

[9] Mehr Leistung, weniger Bürokratie in Wirtschaft und Mittelstand. Rede des Bundeskanzlers beim Neujahrsempfang der IHK Halle-Desau und der Handwerkskammer Halle. bundesregierung.de 14.01.2026.

[10] Rede von Bundeskanzler Merz beim World Economic Forum am 22. Januar 2026 in Davos. bundesregierung.de 22.01.2026.

[11] Sonderansprache von Präsidentin von der Leyen auf dem Weltwirtschaftsforum. ec.europa.eu 20.01.2026.

<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/10273>

Ben Müller, Informationsstelle Militarisierung Kalaallit Nunaat („Grönland“) im Fokus

Drohende US-Übernahme „auf die eine oder andere Art“

Auszüge aus [IMI-Analyse 2026/01](#) (20.01.2026)

[...] Groll gegen die ehemalige Kolonialmacht

Dänemark ist heute bemüht, seine Kolonialvergangenheit als vorbildlich im Vergleich zu anderen Staaten darzustellen. Aber allein durch die Entnahme von Bodenschätzen wie etwa beim Kohle- und Graphitbergbau in Grönland konnte sich die Kolonialmacht schamlos bereichern. [...]

Die Kolonialzeit endete für Grönland 1953. Beim Versuch, die Insel in das Mutterland zu integrieren, verfolgte Dänemark aber eine kritikwürdige Assimilationsstrategie, durch die viel der indigenen Kultur zerstört wurde. Unter anderem wurden Inuit-Kinder ihren Familien entrissen und auf dem Festland „dänisch“ erzogen, sodass sie sich schließlich nicht mehr mit ihren leiblichen Eltern verständigen konnten.[\[4\]](#) Erst 2020 entschuldigte sich die dänische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen bei den Betroffenen, und auf Drängen der grönländischen Regierung wurde 2022 eine unabhängige Untersuchung der vergangenen dänischen-grönländischen Beziehungen eingeleitet.[\[5\]](#)

[...] Donald Trump versucht unterdessen, den Groll gegen Dänemark für seine Interessen zu instrumentalisieren. Allerdings sprachen sich in einer Umfrage vom Januar 2025 etwa 85% der Grönländer*innen dagegen aus, US-BürgerInnen zu werden, und 45% betrachteten Trumps Interesse an ihrer Insel als Bedrohung.[\[9\]](#)

Das US-Interesse an Grönland

Die USA haben einen beträchtlichen Teil ihres Territoriums durch Kaufgeschäfte erworben. [...] Als sie 1867 Alaska von Russland erworben hatten, führten sie auch Verhandlungen mit Dänemark über den Erwerb von Grönland und Island. Zum Kauf der beiden Inseln kam es damals aber nicht. Die USA unternahmen bereits 1910, 1946 und 1955 weitere erfolglose Versuche, Grönland zu kaufen. Während des Zweiten Weltkriegs, als Dänemark von Nazideutschland besetzt war, überließ ihnen aber der dänische Botschafter einige Souveränitätsrechte, um den Status quo in Grönland aufrecht zu erhalten und zu verhindern, dass Deutschland von der Insel Besitz ergreift. Die USA errichteten daraufhin rund ein Dutzend Militärbasen, Flughäfen und Wetterstationen, von denen sie viele auch im Kalten Krieg weiterbetrieben. 1951 willigte Dänemark in ein Militärabkommen ein, das den USA exklusive Rechte für ihre Stützpunkte in Grönland einräumt.[\[11\]](#)

Nach dem Ende des Kalten Kriegs reduzierten die USA ihre Präsenz in Grönland auf die Thule Air Base (seit 2023 „Pituffik Space Base“) im Nordwesten der Insel. Das Abkommen von 1951 erlaubt ihnen aber, in Abstimmung mit Dänemark und Grönland weitere Militärbasen zu errichten.[\[12\]](#)

Die strategische Bedeutung von Grönland

Kalaallit Nunaat verfügt über reiche, noch unerschlossene Rohstoffvorkommen. [\[13\]](#) [...] Aus geostrategischer Sicht

sind auch die Wasserstraßen zwischen Grönland, Island und Großbritannien, die sogenannte „GIUK-Lücke“, von besonderer Bedeutung. [...] In Übungen wie „Dynamic Mongoose“ bereitet sich die NATO daher regelmäßig auf den Anti-U-Boot-Kampf in diesen Gewässern vor.[\[14\]](#) [...]

Wer bedroht Grönland?

Die Behauptung von Trump, dass Grönland von russischen und chinesischen Schiffen umzingelt sei, lässt sich leicht widerlegen. [...] [\[36\]](#) Und von den Ausführungen zur Bedrohungslage, die JD Vance bei seinem Besuch der Pituffik Space Base geäußert hatte, distanzierte sich sogar Oberst Susannah Meyers, die damalige Chefin der Basis, in einer E-Mail, woraufhin sie allerdings umgehend ihres Postens enthoben wurde.[\[37\]](#) [...] Mia Bennett, Geographin an der Universität Washington, kommentiert: „Während Trump die Furcht vor einem Einfall russischer und chinesischer Schiffe in Grönland schürt, fürchten sich die Inselbewohner vor der viel realeren Möglichkeit eines Einfalls amerikanischer Schiffe auf der größten Insel der Welt.“[\[41\]](#) [...]

Dänemark rüstet auf

[...]Der dänische Militäргеheimdienst, der in den vergangenen Jahren hauptsächlich vor einer wachsenden Bedrohung durch Russland und China gewarnt hat, erwähnt in seinem Bericht für 2025 allerdings erstmals kritische Töne zur Rolle der USA: „die USA setzen ihre wirtschaftliche und technologische Macht jetzt als politisches Druckmittel ein, auch gegen Alliierte und Partner.“[\[47\]](#) [...] Stephen Miller erläuterte derweilen in einem CNN-Interview seine imperialistische Sicht auf die Welt, die nur von Stärke, Kraft und Macht regiert werde: „Wir sind eine Supermacht, und unter Präsident Trump werden wir uns auch wie eine Supermacht verhalten.“ Angesichts der militärischen Stärke der USA bedeute das, dass niemand wegen der Zukunft Grönlands gegen die Vereinigten Staaten kämpfen werde. [\[52\]](#) [...]

Konsequenzen

[...] Im Moment sieht es so aus, als würden die US-Annexionsdrohungen gegen Grönland innerhalb der NATO zu einer Art Wettbewerb führen, wer die Sicherheit Grönlands am Besten schützen kann. Unabhängig von der Frage, ob eine Bedrohung Grönlands durch Russland und China überhaupt existiert, heizen die beteiligten Akteure damit aber den Machtkampf an, auf dem eine am Recht des Stärkeren ausgerichtete Weltordnung beruht. Jede weitere Militarisierung (nicht nur) in der Arktis ist abzulehnen. Die daraus entstehende Gefahr der Eskalation bringt verheerende Folgen für Menschen, Umwelt und Klima mit sich. Kampfflugzeuge hinterlassen große Mengen Kohlenstoffdioxid, Kriegsschiffe beeinträchtigen die Meeresfauna und Militärfahrzeuge zerstören die empfindliche Vegetation an Land.

Der Friedensforscher Egon Spiegel sieht in Kalaallit Nunaat ein erfolgsversprechendes Potential für gewaltfreien Wider-

stand. Gerade die kulturelle Identität und der direkte soziale Kontakt innerhalb der Bevölkerung könne durch konsequente Verweigerung und Ausgrenzung den Preis, den die Besatzungsmacht USA langfristig aufbringen muss, nach oben treiben.[63] Ob dieser Weg angesichts der dünnen Besiedelung Grönlands wirklich zu einem Erfolg führen kann, ist unklar. Als Alternative zu militärischem Widerstand sollte er aber auf jeden Fall berücksichtigt werden.

Und es bleibt zu hoffen, dass das Recht des Stärkeren sich nicht durchsetzt, sondern dass stattdessen Selbstbestimmung und internationale Kooperation zur Grundlage der Weltordnung werden. Den Menschen in Kalaallit Nunaat ist jedenfalls zu wünschen, dass sie und die Insel, auf der sie leben, nicht zu einem Besitzstück oder zu bloßer Handelsware herabgewürdigt werden.

Anmerkungen

[4] Yvette Brend: Failed Danish social experiment haunts Greenlandic survivors taken from families 70 years ago, 15.2.2022 [cbc.ca](https://www.cbc.ca)

[5] Eilís Quinn: Greenland, Denmark initiate investigation into past relations, 9.6.2022 [rcinet.ca](https://www.rcinet.ca)

[9] Greenlanders overwhelmingly oppose becoming part of the United States, poll shows, 29.1.2025 [reuters.com](https://www.reuters.com)

[11] Marc Jacobsen: Das Interesse der USA an Grönland, 12.09.2025 [bpb.de](https://www.bpb.de)

[12] Elías Thorsson: Danish experts baffled: what more does Trump want?, 27.1.2025 [arctictoday.com](https://www.arctictoday.com)

[13] Astri Edvardson: „Greenland Needs the EU, and the EU Needs Greenland“, 9.10.2025 [highnorthnews.com](https://www.highnorthnews.com)

[14] Dynamic Mongoose, 9.7.2020 [bundeswehr.de](https://www.bundeswehr.de)

[36] Ulrik Pram Gad: Don't get Greenland's role in Arctic security wrong, 28.1.2025 [diis.dk](https://www.diis.dk)

[37] Chefin von US-Basis auf Grönland gefeuert, 11.4.2025 [tagesschau.de](https://www.tagesschau.de)

[41] Mia Bennett: After Venezuela, will Greenland be next to fall in the Western Hemisphere?, 8.1.2026 [cryopolitics.com](https://www.cryopolitics.com)

[47] Elías Thorsson: Danish intelligence recasts U.S. as security challenge in 'seismic shift', 19.12.2025 [arctictoday.com](https://www.arctictoday.com)

[52] Stephen Collinson: Trump's new US mission statement: Strength, force, power, 6.1.2026 [edition.cnn.com](https://www.edition.cnn.com)

[63] Egon Spiegel: Wie kann sich Grönland wirksam verteidigen?, 14.1.2026 [gewaltfreieaktion.de](https://www.gewaltfreieaktion.de)

Jens Berger : Trumpverstehen für Anfänger

23.1.2026 - [...] Die USA wollen Grönland ökonomisch ausbeuten. Das ist kein Geheimnis. Dies in direkten Verhandlungen mit Dänemark zu erreichen, wäre schwer gewesen. Also was macht Trump? Er baut die größtmögliche Drohkulisse auf und stellt implizit die Drohung in den Raum, Grönland militärisch zu erobern. Weltuntergang, das Ende der NATO. NATO-Chef Rutte verhandelte gestern Abend – angeblich – mit Trump und nun ist die westliche Politik- und Medienwelt [vor Freude aus dem Häuschen](https://www.vorfreudeausdemhaeuschen.de). Trump will Grönland nicht mehr erobern – wollte er das denn tatsächlich? Noch nicht mal von einem Kauf ist mehr die Rede. Nun haben die USA jedoch – neben anderen Zugeständnissen – laut dem Rutte-Trump-Deal die „Investitionskontrolle“ für Grönland. Sprich: Sie dürfen Grönland ökonomisch ausbeuten. Trump hat also mal wieder genau das erreicht, was er eigentlich wollte und groteskerweise fühlen sich die Europäer auch noch als Gewinner, da sie ihn ja davon abgehalten haben, die NATO zu sprengen und dem kleinen Dänemark die rohstoffreiche Eisinsel mit Gewalt wegzunehmen. <https://www.nachdenkseiten.de/?p=145157>

DFG-VK: Grönland-Konflikt:

Gewaltfrei gegen die US-Aggression!

18.1.2026 - US-Präsident Donald Trump droht Grönland zu annektieren – so ein Kauf des Landes nicht zustande kommt. Gegen europäische Staaten, die Militär nach Grönland entsandt haben, will Trump ab Februar Strafzölle verhängen. Die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) **fordert von der deutschen Regierung Konsequenzen** auf das feindliche Gebaren des US-Präsidenten gegen Grönland:

- **Die Schließung von US-Militärbasen in Deutschland** – die Basen sind ein zunehmender Unsicherheitsfaktor, zumal Deutschland und Europa mit einer friedensfähigen Politik für ihre eigene Sicherheit sorgen können.
- **Den Abzug der US-Atomwaffen vom Fliegerhorst Büchel in Rheinland-Pfalz.**
- **Keine Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland sowie Verhandlungsinitiativen** für ein Europa ohne Mittelstreckenwaffen. (...)

Malfred Gerig

Imperium durch Unterwerfung: Neomerkantilismus, Regimewechsel und die Gefahren für Lateinamerika

Quelle: [links.org.au](https://www.links.org.au) Zusammenfassung des Artikels vom 6. Januar 2026 durch die SiG Redaktion

Um das Konzept der Trumpschen Politik – seine „Sorge um Amerikas GRÖSSE“ – zu verstehen, bezieht sich der Autor auf das Konzept des Merkantilismus wie es Max Weber in seinem grundlegenden Werk „Allgemeine Wirtschaftsgeschichte“ formuliert hat: „Merkantilismus bedeutet die Übertragung des kapitalistischen Gewinnstrebens auf die Politik. Der Staat handelt so, als bestünde er ausschließlich aus kapitalistischen Unternehmern; die Wirtschaftspolitik im Ausland beruht auf dem Prinzip, den Gegner zu übertrumpfen, so billig wie möglich von ihm zu kaufen und so teuer wie möglich an ihn zu verkaufen.“ Bezugnehmend auf die „Liberation Day“-Verordnung vom 4. Februar 2025, mit der die USA Zölle auf Hongkong und

China verhängen und Zölle für Waren aus Kanada und Mexiko androhten, bezeichnet er die Politik Trumps als „neomerkantilistisch“.

„Die zunehmende Abhängigkeit von ausländischen Produzenten für Waren hat die wirtschaftliche Sicherheit der USA beeinträchtigt, da die US-Lieferketten dadurch anfällig für geopolitische Störungen und Versorgungsschocks geworden sind...“ Diese Abhängigkeit habe ferner Arbeitsplätze vernichtet. „Von 1997 bis 2024 gingen in den Vereinigten Staaten rund 5 Millionen Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe verloren, was einen der größten Rückgänge in der Geschichte der Beschäftigung in diesem Sektor darstellt.“ [...]

Der Hegemon ist im Niedergang nicht schwach

Die Kritiker des US-Imperialismus sehen fälschlicherweise den Niedergang als Folge einer integralen Schwäche der Hegemonialmacht. Im Gegensatz dazu meint Immanuel Wallerstein: „In dieser Phase des Niedergangs ist die bisherige Hegemonialmacht nicht schwach. Ganz im Gegenteil.“ In Phasen des Niedergangs „versuchen alle Großmächte, Allianzen zu sichern, die sich auf die Aneignung von Reichtum auswirken, der als Grundlage für militärische Macht dient.“ Es gilt „die Stärkung der Verbündeten einzuschränken und gleichzeitig Verbündete einzusetzen, um Feinde zu stoppen.“ Das Entstehen neuer Machtkonstellationen stört jedoch das Machtgleichgewicht.

Die Logik der territorialen Expansion.

„Folglich sind die Phasen der Krise mit ihren Konflikten in der Regel Zeiten, in denen die Logik der territorialen Expansion und die Logik der Kapitalakkumulation noch enger miteinander verknüpft werden, um die Lieferketten im Dienste der industriellen Produktion neu auszurichten.“

Ein neuer „heißer“ Kalter Krieg in Lateinamerika?

„Die Geschichte des Epos des Kapitalismus, der sich gegen den Kommunismus richtet, ist in Lateinamerika weitaus düsterer und erschreckender.“ Waren Guatemala (1954),

Brasilien (1964), die Dominikanische Republik (1965), Chile (1973) noch Schauplätze unmittelbarer Eingriffe, verlagerte Washington in den 1980er Jahren seine Interventionen hin zur Unterstützung von Bürgerkriegen in Mittelamerika. Der US-Historiker **John Coatsworth** meint zum Kalten Krieg in Lateinamerika, dass die USA zwischen dem Beginn des globalen Kalten Krieges 1948 und seinem Ende 1990 für den Sturz von mindestens vierundzwanzig Regierungen in Lateinamerika sorgten, vier davon durch den direkten Einsatz von US-Streitkräften, drei durch von der CIA gesteuerte Aufstände oder Attentate und siebzehn durch die Ermutigung lokaler militärischer und politischer Kräfte, ohne direkte Beteiligung der USA, in der Regel durch Militärputsche.

„Die menschlichen Kosten dieser Bemühungen waren immens. Zwischen 1960, ...und dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1990 überstieg die Zahl der politischen Gefangenen, Folteropfer und Hinrichtungen gewaltfreier politischer Dissidenten in Lateinamerika bei weitem diejenige in der Sowjetunion und ihren osteuropäischen Satellitenstaaten.“ „Zwischen 1975 und 1991 belief sich die Zahl der Todesopfer allein auf fast 300.000 bei einer Bevölkerung von weniger als 30 Millionen. Mehr als eine Million Flüchtlinge flohen aus der Region – die meisten in die Vereinigten Staaten“.

Gilbert Achcar

Das Regime ändern oder unterjochen

[...] Unter dem Begriff „Lektion aus dem Irak“ wurde in den USA zu hören sein, dass der fatale Fehler in der Zerschlagung des irakischen Staatsapparats gelegen habe, der zum Regieren des Landes hätte erhalten bleiben müssen. [...] Diese Lektion war Herrn Trump nicht entgangen. [...] In seinem Buch zur Vorbereitung auf seine künftige Präsidentschaftskampagne [...] behandelt Trump den Irak in einem Kapitel mit dem Titel „Nehmt das Öl“ und einem Abschnitt mit dem Titel „Dem Sieger gehört die Beute“ (4). Die Vereinigten Staaten müssten sich das irakische Öl sichern, dabei aber einen Prozentsatz dem Irak überlassen, um zu verhindern, dass der Iran es an sich reiße, erklärte er. Das gleiche Argument hat Trump kürzlich verwendet, um seine Absichten gegenüber Venezuela und Grönland zu rechtfertigen, die seiner Meinung nach beide von einer Übernahme durch China und Russland bedroht sind. [...] Entgegen seinem selbst gepflegten Ruf der Unberechenbarkeit ist Trumps imperiale Politik durchaus kohärent. [...] Die Lehre aus dem Irak steht im Mittelpunkt seines Vorgehens, wie es auch bei Venezuela eindeutig der Fall ist: Er gibt nicht einmal mehr vor, dort die Demokratie zu fördern, und hat keine freien Wahlen gefordert. Er hat sogar – vorläufig – María Corina Machado, eine Persönlichkeit der venezolanischen Opposition, die bisher von den westlichen Hauptstädten unterstützt wurde, disqualifiziert.

Trump beruft sich auf die Kontakte, die seine Regierung innerhalb der Regierung von Maduro geknüpft hat, darunter auch zur Vizepräsidentin Delcy Rodríguez, die nun „amtierende“ Präsidentin ist.[...] Wie James Michael Johnson, republikanischer Vorsitzender des Repräsentantenhauses, vor den Fernsehkameras treffend zusammenfasste: „Es geht nicht um einen Regimewechsel, sondern um eine Verhal-

tensänderung eines Regimes (8). Der gleiche Ansatz kennzeichnet Trumps Haltung gegenüber Kuba und dem Iran, die unter Druck gesetzt werden, „ein Abkommen“ mit ihm zu schließen – natürlich unter Androhung von Sanktionen.

Die imperiale Politik der zweiten Amtszeit von Trump verbindet einen Zynismus, den manche für Ehrlichkeit gehalten haben (9), mit roher Gewalt im Dienste einer Weltanschauung, der es weder an Suprematismus („America First“) noch an *Lebensraum* mangelt – die „Donroe-Doktrin“, einer neuen Version der Monroe-Doktrin, die Amerika zum Revier der Vereinigten Staaten macht. Und wenn Trump sich nicht wie seine Vorgänger scheinheilig als Verfechter der Demokratie präsentiert, dann nicht deshalb, weil er sich nicht in die Angelegenheiten anderer Länder einmischen will. Er und die Mitglieder seiner Regierung unter der Führung von James David Vance scheuen sich nicht, ihre Gleichgesinnten überall ganz offen zu unterstützen, angefangen bei Lateinamerika, wie er kürzlich in Argentinien und Brasilien gezeigt hat. [...]

Quelle: [Le Monde Diplomatique, Februar 2026](#)

Übersetzung: SiG-Redaktion

Gilbert Achcar ist emeritierter Professor an der School of Oriental and African Studies (SOAS) der Universität London.

Anmerkungen

(4) Donald J. Trump, *Time to Get Tough: Making America #1 Again*, Regnery Publishing, Washington, DC, 2011, neu aufgelegt 2016 für den Präsidentschaftswahlkampf mit geändertem Untertitel *Making America Great Again*, dann 2024 mit einem Vorwort des rechtsextremen Publizisten Stephen Bannon.(8) „[Dies ist kein Regimewechsel, sondern eine Verhaltensänderung eines Regimes](#)“, Kommentar vom 3. Januar als Antwort auf eine Frage zur Entführung von Nicolás Maduro. (9) „[Die radikale Ehrlichkeit von Donald Trump](#)“, *The Economist*, London, 7. Januar 2026.

Anti-US-Imperialismus als Priorität, Maduros Venezuela und die Komplexität kritischer Solidarität: Ein Interview mit Steve Ellner

SiG-Redaktion: Zusammenfassung eines Artikels, der im [Links International Journal of Socialist Renewal](#) am 1. November 2024 veröffentlicht wurde.

[Steve Ellner](#) ist Mitherausgeber von *Latin American Perspectives* (<https://latinamericanperspectives.com/>) und emeritierter Professor an der Universidad de Oriente in Venezuela, wo er über 40 Jahre lang lebte.

Wenn auch der Grundwiderspruch des Kapitalismus in der Produktion liegt, so muss die Analyse „auf globaler Ebene den US-Imperialismus (einschließlich der NATO) in den Mittelpunkt stellen.“

Verschiedentlich wird „Imperialismus mit der politischen Vorherrschaft des US-Imperiums, natürlich gestützt durch militärische Macht“ gleichgesetzt. Damit wird „die politische Fähigkeit Washingtons überschätzt, Ordnung und Stabilität im Einklang mit den wirtschaftlichen Interessen der USA aufrechtzuerhalten.“

Das andere Extrem ist, die Bedeutung des Nationalstaates herunterzuspielen. „Sie betrachten progressive Regierungen in Lateinamerika als unfähig, sich dem globalen Kapital zu widersetzen, und Washington als Hüter des transnationalen Kapitals und nicht als Verteidiger einer Reihe von Interessen, darunter auch der geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen der USA.“

Geopolitik ist „grundlegendes Element des Imperialismus“. Dies bedeutet, dass in Bezug auf China eine andere Bewertung gilt als für die USA: „Washingtons weltweite Militärpräsenz, sein Einsatz von Sanktionen [...] finden in Pekings Beziehungen zum Rest der Welt und insbesondere zum Süden keine Entsprechung“.

„In der Zukunft könnte eine multipolare Welt durchaus zu einer imperialistischen Rivalität führen, wie sie den Weg zum Ersten Weltkrieg ebnete. Aber in der Gegenwart ist die multipolare Welt darauf ausgelegt, der Hegemonie der USA und dem US-Imperialismus entgegenzuwirken, der weltweit seinesgleichen sucht.“

Im Bereich der US-Innenpolitik muss die Linke den Imperialismus stärker in den Vordergrund stellen. „Die Unterscheidungsmerkmale zwischen den ‚Liberalen‘ oder Mitte-Links-Politikern und den Linken sind außenpolitische Themen.“ Die Botschaft der Linken muss betonen, dass man nicht beides haben kann, Waffen und Butter, und dass das Pentagon der größte Umweltverschmutzer der Welt ist. Wir müssen Slogans entwickeln, die von Politikern (auch liberalen) und

den Mainstream-Medien verlangen, sich mit diesen Themen auseinanderzusetzen.“

„Ein weiterer Grund, warum der Antiimperialismus betont werden muss, ist, dass er den progressiven Regierungen im Globalen Süden Luft zum Atmen verschafft.“

„Von Kuba und Venezuela bis zur Sowjetunion war es stets die Strategie des Pentagons, gegnerische Regierungen dazu zu zwingen, immense Ressourcen für ihre Streitkräfte aufzuwenden, um ihre Konsumwirtschaft zu untergraben, wohl wissend, dass kein Land den USA auf militärischer Ebene das Wasser reichen kann.“

Kritik an antiimperialistischen Regierungen beispielsweise bei Wahlfälschungen wie in Venezuela unter Maduro ist berechtigt. Jedoch: „So hart die Kritik an seiner Innenpolitik auch sein mag, die Behauptung, Maduro sei ein *echter* Neoliberaler, ist unhaltbar“

„Es bedarf vieler offener Diskussionen. [...] Wir können jedoch auf der Grundlage gemeinsamer Annahmen nach gemeinsamen Nennern suchen.“

Eine dieser Annahmen ist, dass der Anti-US-Imperialismus Vorrang haben muss, wenn auch natürlich nicht als einzige Priorität. [...] Einige Linke stellen das Ziel der Multipolarität als langfristige Strategie in Frage. Maduro und viele seiner überzeugten Verteidiger sehen darin ein grundlegendes Instrument für den Weg zum Sozialismus. Das sind Unterschiede, mit denen wir leben können. Aber ich sehe keine einfache Versöhnung mit denen, die die Bedeutung des Slogans der multipolaren Welt völlig leugnen und die Maduro-Regierung als pro-neoliberalen Verräter attackieren. Diese Autoren neigen dazu zu argumentieren, dass der US-Imperialismus nicht der einzige Tyrann in der Nachbarschaft ist. Das mag zwar stimmen, aber er ist mit Abstand der gefährlichste.“

Weitere Artikel von Ellner zum gleichen Thema in [Monthly Review](#), [Science and Society](#) und [Latin American Perspectives](#)

Nach Grönland und der Ukraine nimmt Trump nun die kongolesischen Minen ins Visier

[Reporterre](#), 5.2.2026: Im Dezember 2025 unterzeichnete die Demokratische Republik Kongo in Washington mehrere Abkommen, darunter eines, das US-Unternehmen privilegierten Zugang zum kongolesischen Bergbausektor gewährt. Mit dieser Partnerschaft kehren die Vereinigten Staaten strategisch in eine Schlüsselregion des afrikanischen Kontinents zurück.

Die DRK, ein riesiger Staat in Zentralafrika, verfügt in ihren östlichen Provinzen über einige der bedeutendsten Bodenschätze der Welt. Das Land ist weltweit der größte Kobaltproduzent und der zweitgrößte Kupferproduzent und verfügt außerdem über beträchtliche Vorkommen an Lithium, Tantal – gewonnen aus Coltan – Wolfram

SiG 152 (2023): [Afrika in Aufruhr](#) – SiG 159: [Wer berichtet über Afrika?](#)

Multipolare Welt

Südamerika wählt Deeskalation bei gleichzeitiger klarer Souveränitätsbehauptung.

[...] Staaten des Globalen Südens, insbesondere die Mittelmächte, haben begonnen, ihre Interessen selbstbewusster, strategischer und koordinierter zu vertreten. Nicht durch offene Konfrontation, sondern durch eine Mischung aus Flexibilität, Anpassung, Diversifizierung und punktueller Gegenmacht. Auch wenn bei weitem nicht alle Länder im Globalen Süden den US-Angriff auf Venezuela offen verurteilt haben, äußerten sich alle zumindest besorgt über die Geschehnisse in Südamerika. Denn sie haben klargemacht, wie schnell militärische Macht heute zur Durchsetzung von Interessen eingesetzt wird, ohne fundamentale Prinzipien der internationalen Ordnung zu berücksichtigen, und wie begrenzt zugleich die eigenen, vor allem militärischen, Handlungsspielräume sind.[...]“ - [ipg-journal](#) 19.1.2026

Ankündigung: SiG 161 (April 2026)

Bandung und BRICS-Staaten, u.a. mit Texten aus [Focus on the global South](#):
70th Anniversary of the Bandung Conference

**Will China die Weltherrschaft?
Die Außenpolitik der Volksrepublik China**
[Video des Webinars](#) (3. Dezember 2025)
und [Folien von Michael Brie](#)

Peter Wahl / Erhard Crome / Frank Deppe / Michael Brie: Weltordnung im Umbruch Krieg und Frieden in einer multipolaren Welt

Ein Umbruch von historischer Tragweite: Die 500-jährige Dominanz Europas und der USA über den ›Rest der Welt‹ geht zu Ende. Es entsteht eine multipolare Weltordnung. Neue Akteure aus dem Globalen Süden steigen auf und haben ein weltpolitisches Gewicht wie nie zuvor.

Der Umbruch wirft neue Fragen auf, zu Chancen und Risiken des neuen Systems, zu Krieg und Frieden. Wir haben es mit einer enorm gesteigerten Komplexität zu tun. Der Band analysiert die Umbrüche in der machtpolitischen Struktur und geopolitischen Dynamik des internationalen Systems, die Rolle wichtiger Akteure, darunter die EU und das Deutschland der ›Zeitenwende‹. Thema sind auch jene Kontroversen, die in der Friedensbewegung angesichts der Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten aufgebrochen sind. Dabei gehen die Autoren dem intellektuellen und affektiven ›Betriebssystem‹ von Bellizismus und Militarismus in der gesellschaftlichen Linken nach. Schließlich werden Grundzüge einer Friedenspolitik auf der Höhe unserer Zeit umrissen.



IALANA Deutschland e.V.

Völkerrechtswidrige Totalblockade Kubas durchbrechen – Menschenrechte verteidigen

4.2.2026 – Pressemitteilung: Mit einer am 30. Januar 2026 in Kraft getretenen **Executive Order hat US-Präsident Trump** die „Politiken, Praktiken und Handlungen der Regierung Kubas“ zu einer „ungewöhnlichen und außerordentlichen Bedrohung“ für die nationale Sicherheit und Außenpolitik der USA erklärt. Mit dem Ziel, den Export von Öl und Kraftstoffen nach Kuba zu unterbinden, droht die US-Regierung allen Staaten mit empfindlichen Sonderzöllen, die direkt oder indirekt Ölprodukte an Kuba verkaufen oder auf anderem Weg zur Verfügung stellen.

Zur Begründung dieses Ölembargos werden unhaltbare Behauptungen aufgestellt: Kuba unterstütze Feinde der USA sowie transnationale terroristische Netzwerke, denen es darum ginge, die USA zu zerstören. Ferner stünde das Handeln der kubanischen Regierung im Widerspruch zu „den moralischen und politischen Werten demokratischer und freier Gesellschaften“ und „im Widerspruch zur Außenpolitik der Vereinigten Staaten, die darauf abzielt, einen friedlichen Wandel in Kuba zu fördern und Demokratie, Meinungs- und Pressefreiheit, Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte weltweit zu stärken.“

Die Blockade von Kraftstofflieferungen spitzt die Anfang der 1960er Jahre noch unter Präsident Kennedy begonnene, seit den 1990er Jahren mit dem Torricelli-Act und dem Helms-Burton-Act massiv verschärfte Blockade Kubas extrem zu. Das Embargo verstößt von Beginn an gegen das in der UN-Charta verankerte Prinzip der souveränen Gleichheit der Nationen (Art. 2 Nr. 1), das Verbot der Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten (Art. 2

Nr. 7) sowie die damit verbundenen Grundsätze der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker (Art. 1 Nr. 2) [...] (Die UN-Vollversammlung) hat diese auf die Monroe-Doktrin gestützte US-Politik in jährlichen, stets beinahe einstimmigen Resolutionen verurteilt – zuletzt am 29. Oktober 2025. [...]

Ohne Zugang zu Kraftstoffen [...] stehen nicht nur Krankenversorgung und Zugänge zu Bildungseinrichtungen, sondern auch die gesamte Wirtschaft des Landes, einschließlich der Landwirtschaft vor dem Zusammenbruch. [...] Die bestehende Blockade untergräbt das Recht auf Gesundheit der kubanischen Bevölkerung durch gravierende Einschränkungen beim Zugang zu Medikamenten, medizinischen Geräten, Ersatzteilen und moderner Diagnostik. [...] Ohne gesicherte Energie- und Treibstoffversorgung werden der Betrieb medizinischer Einrichtungen sowie Notfall- und Präventionsdienste massiv beeinträchtigt.

Die Vereinigung für Friedensrecht - Deutsche Sektion der International Association of Lawyers against Nuclear Arms (IALANA Deutschland) [...] ruft die Bundesregierung [...] auf, das Ölembargo der USA zu durchbrechen und Kuba [...] mit Erdöl und den benötigten Derivaten zu beliefern sowie [...] dazu beizutragen, die Abhängigkeit Kubas vom Öl durch Umstellung auf alternative Energien zu überwinden. [...] Sie appelliert an alle Friedens- und Menschenrechtsorganisationen, das neokoloniale Handeln der USA zu verurteilen und sich mit allen zur Verfügung stehenden friedlichen Mitteln für ein Ende des Ölembargos und der Sanktionen insgesamt einzusetzen. [...]

Prof. Jeffrey Sachs

Was die US-Intervention in Venezuela für die Menschheit bedeutet

*Diese Rede hielt US-Ökonom Jeffrey Sachs, **Präsident des UN Sustainable Development Solutions Network** und Direktor des Center for Sustainable Development an der Columbia University in New York, am 5. Januar vor dem **UNO-Sicherheitsrat**. Wir dokumentieren sie im Wortlaut und übersetzt. (Weltwoche)*

Herr Präsident, verehrte Mitglieder des Sicherheitsrats, die Frage, mit der sich der Rat heute befasst, betrifft nicht den Charakter der Regierung Venezuelas.

Die Frage ist, ob ein Mitgliedstaat – durch Gewalt, Zwang oder wirtschaftliche strangulierung – das Recht hat, über die politische Zukunft Venezuelas zu entscheiden oder Kontrolle über dessen Angelegenheiten auszuüben.

Diese Frage betrifft unmittelbar Artikel 2 Absatz 4 der Charta der Vereinten Nationen, der die Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen die territoriale Unversehrtheit oder politische Unabhängigkeit eines Staates verbietet.

Der Rat muss entscheiden, ob dieses Verbot aufrechterhalten oder aufgegeben werden soll. Eine Aufgabe hätte schwerwiegende Folgen.

Hintergrund und Kontext

Seit 1947 hat die Außenpolitik der Vereinigten Staaten wiederholt Gewalt, verdeckte Aktionen und politische Manipulation eingesetzt, um einen Regimewechsel in anderen Ländern herbeizuführen. Dies ist eine sorgfältig dokumentierte historische Tatsache. In ihrem Buch «Covert Regime Change» (2018) dokumentiert die Politikwissenschaftlerin Lindsey O'Rourke allein zwischen 1947 und 1989 siebenzig versuchte Regimewechsel-Operationen der USA.

Diese Praktiken endeten nicht mit dem Kalten Krieg. Seit 1989 gehören zu den wichtigsten Regimewechsel-Operationen der Vereinigten Staaten, die ohne Genehmigung des Sicherheitsrats durchgeführt worden sind, unter anderem: Irak (2003), Libyen (2011), Syrien (ab 2011), Honduras (2009), Ukraine (2014) und Venezuela (ab 2002).

Die angewandten Methoden sind gut etabliert und gut dokumentiert. Dazu gehören offene Kriegsführung, verdeckte Geheimdienstoperationen, Anstiftung zu Unruhen, Unterstützung bewaffneter Gruppen, Manipulation der Massen- und sozialen Medien, Bestechung von Militär- und Zivilbeamten, gezielte Attentate, Operationen unter falscher Flagge und Wirtschaftskrieg mit dem Ziel, das zivile Leben zum Erliegen zu bringen.

Diese Maßnahmen sind gemäß der Uno-Charta illegal und führen in der Regel zu anhaltender Gewalt, tödlichen Konflikten, politischer Instabilität und tiefem Leid der Zivilbevölkerung.

Der Fall Venezuela

Die jüngste Bilanz der Vereinigten Staaten in Bezug auf Venezuela ist eindeutig.

Im April 2002 wussten die Vereinigten Staaten von einem Putschversuch gegen die venezolanische Regierung und billigten diesen.

In den 2010er Jahren finanzierten die Vereinigten Staaten zivilgesellschaftliche Gruppen, die sich aktiv an regierungsfeindlichen Protesten beteiligten, insbesondere im Jahr 2014. Als die Regierung gegen die Proteste vorging, folgten die USA mit einer Reihe von Sanktionen. Im Jahr 2015 erklärte Präsident Barack Obama Venezuela zu einer «ungewöhnlichen und außerordentlichen Bedrohung für die nationale Sicherheit und Außenpolitik der Vereinigten Staaten». Im Jahr 2017 diskutierte Präsident Trump bei einem Abendessen mit lateinamerikanischen Staats- und Regierungschefs am Rande der UNO-Generalversammlung offen die Option einer Invasion der USA in Venezuela, um die Regierung zu stürzen.

Von 2017 bis 2020 verhängten die USA umfassende Sanktionen gegen die staatliche Ölgesellschaft. Die Ölproduktion sank von 2016 bis 2020 um 75 Prozent, und das reale Pro-Kopf-BIP ging um 62 Prozent zurück.

Die Uno-Generalversammlung hat wiederholt mit überwältigender Mehrheit gegen solche einseitigen Zwangsmaßnahmen gestimmt. Nach internationalem Recht ist nur der Sicherheitsrat befugt, solche Sanktionen zu verhängen.

Am 23. Januar 2019 erkannten die Vereinigten Staaten Juan Guaidó einseitig als «Interimspräsidenten» Venezuelas an und froren am 28. Januar 2019 venezolanische Staatsvermögen im Ausland in Höhe von etwa 7 Milliarden US-Dollar ein und übertrugen Guaidó die Verfügungsgewalt über bestimmte Vermögenswerte.

Diese Maßnahmen sind Teil der seit mehr als zwei Jahrzehnten andauernden Bemühungen der Vereinigten Staaten um einen Regimewechsel.

Jüngste globale Eskalation der Vereinigten Staaten

Im vergangenen Jahr haben die Vereinigten Staaten Bombenangriffe in sieben Ländern durchgeführt, von denen keiner vom Sicherheitsrat genehmigt wurde und keiner im Rahmen der Charta als rechtmäßige Selbstverteidigung durchgeführt wurde. Zu den Zielstaaten gehören Iran, Irak, Nigeria, Somalia, Syrien, Jemen und nun auch Venezuela.

Im vergangenen Monat hat Präsident Trump direkte Drohungen gegen mindestens sechs UNO-Mitgliedstaaten ausgesprochen, darunter Kolumbien, Dänemark, Iran, Mexiko, Nigeria und natürlich Venezuela. Diese Drohungen sind in Anhang I dieser Erklärung zusammengefasst.

Was heute auf dem Spiel steht

Die Mitglieder des Rates sind nicht aufgefordert, über Nicolás Maduro zu urteilen.

Sie sind nicht aufgefordert, zu beurteilen, ob der jüngste Angriff der Vereinigten Staaten und die anhaltende Seeblockade Venezuelas zu Freiheit oder Unterwerfung führen.

Die Mitglieder des Rates sind aufgefordert, das Völkerrecht und insbesondere die Charta der Vereinten Nationen zu verteidigen.

Die realistische Schule der internationalen Beziehungen, die von John Mearsheimer am brilliantesten formuliert wurde, beschreibt den Zustand der internationalen Anarchie treffend als «die Tragödie der Großmachtpolitik». Der Realismus ist daher eine Beschreibung der Geopolitik, keine Lösung für den Frieden. Seine eigene Schlussfolgerung lautet, dass internationale Anarchie zu Tragödien führt.

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde der Völkerbund gegründet, um die Tragödie durch die Anwendung des Völkerrechts zu beenden. Doch die führenden Nationen der Welt versäumten es in den 1930er Jahren, das Völkerrecht zu verteidigen, was zu einem erneuten Weltkrieg führte.

Die Vereinten Nationen entstanden aus dieser Katastrophe als zweite große Anstrengung der Menschheit, das Völkerrecht über die Anarchie zu stellen. In den Worten der Charta wurde die Uno gegründet, «um künftige Generationen vor der Geisel des Krieges zu bewahren, die zweimal in unserem Leben unermessliches Leid über die Menschheit gebracht hat».

Angesichts der Tatsache, dass wir uns im Atomzeitalter befinden, darf ein Scheitern nicht wiederholt werden. Die Menschheit würde untergehen. Es gäbe keine dritte Chance.

Forderungen an den Sicherheitsrat

Um seinen Verpflichtungen gemäß der Charta nachzukommen, sollte der Sicherheitsrat unverzüglich die folgenden Maßnahmen beschließen:

1. Die Vereinigten Staaten müssen unverzüglich alle expliziten und impliziten Drohungen oder die Anwendung von Gewalt gegen Venezuela einstellen und unterlassen.
2. Die Vereinigten Staaten müssen ihre Seeblockade und alle damit verbundenen militärischen Zwangsmaßnahmen, die ohne Genehmigung des Sicherheitsrats durchgeführt wurden, beenden.
3. Die Vereinigten Staaten müssen unverzüglich ihre Streitkräfte aus Venezuela und aus dem Umkreis Venezuelas abziehen, einschließlich aller nachrichtendienstlichen, maritimen, luftfahrttechnischen und anderen vor Ort stationierten Ressourcen, die zu Zwangsmaßnahmen eingesetzt werden.
4. Venezuela hält sich an die Charta der Vereinten Nationen und die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte geschützten Menschenrechte.

5. Der Generalsekretär ernennt unverzüglich einen Sonderbeauftragten, der beauftragt ist, mit den relevanten venezolanischen und internationalen Akteuren in Kontakt zu treten und dem Sicherheitsrat innerhalb von vierzehn Tagen Empfehlungen im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen vorzulegen, und der Sicherheitsrat befasst sich weiterhin dringend mit dieser Angelegenheit.

6. Alle Mitgliedstaaten haben in strikter Übereinstimmung mit der Charta von einseitigen Drohungen, Zwangsmaßnahmen oder bewaffneten Aktionen außerhalb der Autorität des Sicherheitsrats abzusehen.

Zum Schluss

Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder, der Frieden und das Überleben der Menschheit hängen davon ab, ob die Charta der Vereinten Nationen ein lebendiges Instrument des Völkerrechts bleibt oder in Bedeutungslosigkeit versinkt.

Das ist die Entscheidung, vor der dieser Rat heute steht. Vielen Dank.

<https://weltwoche.ch/daily/was-die-us-intervention-in-venezuela-fuer-die-menschheit-bedeutet-prof-jeffrey-sachs-rede-vor-dem-uno-sicherheitsrat/>

Norman Paech und Marjorie Cohn: Erklärung zum Überfall der USA auf die Republik Venezuela

6.1.2026 - „[...] Nichts kann all diese Angriffe rechtfertigen. Die UNO-Charta ist klar. In ihrem Art. 2 Ziff. 4 sagt sie: „Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.[...]“

IMI-Standpunkt 2026/001: USA, Venezuela und die Trümmer des Völkerrechts

5.1.2026 - „[...] Nötig ist es besonders die sicherheitspolitische Kooperation zu beenden, also keine militärische und keine geheimdienstliche Unterstützung für das US-Vorgehen zu leisten. Zu einem Ende der Kooperation gehört auch, das Vokabular der Aggressoren nicht zu übernehmen. Maduro wurde nicht „verhaftet“, wie es deutsche Medien teilweise beschreiben, sondern entführt beziehungsweise verschleppt. [...]“

Michael Lüders: US-Angriff auf Venezuela: Was kommt als Nächstes? – Video-Vortrag

6.1.2026 - Vordergründig wird als Beweggrund für den Überfall auf Venezuela der Zugriff auf das Öl genannt, jedoch gibt es auch eine Gefahr für die USA durch die De-dollarisierung. Venezuela hatte angekündigt, Öl nicht mehr in der Währung der USA zu handeln und löste dadurch eine Reaktion aus. Bekannt ist auch, dass die BRICS-Mitglieder das Potenzial für gegenseitigen Handel in ihren Währungen erheblich gesteigert haben.

Christophe Ventura Lateinamerika unter Trump

US-Interventionen in Lateinamerika haben eine lange Geschichte

Le Monde diplomatique vom 08.01.2026, <https://monde-diplomatique.de/artikel/!6127151> - Auszüge -

Chile

[...] „Salvador Allende, die Leitfigur des chilenischen Sozialismus, war im Oktober 1970 zum Präsidenten gewählt worden. Doch keine drei Jahre später, am 1. September 1973, wurde Allende von General Pinochet gestürzt und in den Tod getrieben.

Augusto Pinochet regierte Chile von 1973 bis 1990. In dieser Zeit sind mindestens 3000 Menschen verschwunden oder sie wurden ermordet. Auf Befehl des Diktators wurden über 40 000 Menschen gefoltert; manche leiden immer noch unter den Folgen. [...]

Der Militärputsch 1973 war von den USA unterstützt worden. „Ich sehe nicht ein, warum wir ein Land marxistisch werden lassen sollen, nur weil die Bevölkerung unverantwortlich ist“, erklärte der damalige Außenminister Henry Kissinger.¹ Heute feiert der US-Präsident ganz unverhohlen den Wahlsieg eines Kandidaten, den er zuvor öffentlich unterstützt hatte.²

Wer ist Jose Antonio Kast, der neue Präsident Chiles? [Rls 16.12.2025](#)

[...] 58 Prozent der Wahlberechtigten haben für ihn gestimmt[...]. Für die linke Kandidatin Jeannette Jara stimmten lediglich 42 Prozent. [...] Als Kast 2017 bei der Präsidentschaftswahl kandidierte, sagte er: „Wenn Pinochet noch lebte, würde er für mich stimmen.“ [...] International steht er US-Präsident Donald Trump nahe und ist [...] Teil der sogenannten Neuen Rechten in Lateinamerika. [...] Viele Menschen sind enttäuscht von der Regierung des ehemaligen Studierendenführers Gabriel Boric, einst Hoffnungsträger für viele Linke in Lateinamerika. Seine Koalition konnte im von rechten Parteien dominierten Parlament nur wenige ihrer angekündigten Sozialreformen durchsetzen. Die [Ablehnung des progressiven Verfassungsentwurfs 2022](#) war eine schwere Niederlage für die Regierung, von der sie sich nie erholte.[...]

Argentinien

„Donald Trump erklärte vor den Parlamentswahlen im Argentinien vom 26. Oktober 2025, im Fall eines Wahlsiegs der Partei von Javier Milei wolle er Argentinien mit Krediten und Investitionen unterstützen, andernfalls werde er das Land fallen lassen; konkret: die bilateralen Hilfszahlungen aussetzen, die Zolltarife deutlich anheben und den Zugang zum US-Markt erschweren.

Die Umfragen vor den Wahlen hatten Mileis Partei zunächst nur knapp vorn gesehen, doch am Ende gewann die Partei von Trumps libertärem Verbündeten mit klarem Vorsprung vor der peronistischen Opposition, womit sie ihre Position im Parlament festigen konnte.“



Karikatur „Uncle Sam Straddles the Americas“ von Louis Dalrymple, symbolisch für US-Expansion und Monroe-Doktrin, Quelle: [Wikimedia Commons](#)

Honduras

„Noch massiver war der Druck bei den Wahlen in Honduras. Am 26. November [...] - zu diesem Zeitpunkt war der Wahlkampf bereits seit drei Tagen offiziell beendet - wandte sich Trump direkt an Millionen Wählende in Honduras und empfahl ihnen den konservativen Geschäftsmann Nasry „Tito“ Asfura von der Nationalpartei als „den einzig wahren Freund der Freiheit“.³

Zwei Tage danach wurde er noch deutlicher: Einen Präsidenten Asfura würden die USA „sehr unterstützen“. Sollte der richtige Kandidat jedoch nicht gewinnen, „werden die Vereinigten Staaten nicht gutes Geld schlechtem hinterherwerfen, denn ein falscher Führer wird nur katastrophale Ergebnisse produzieren“.

Die wichtigste ständige Militärbasis der USA in Mittelamerika liegt nordöstlich der honduranischen Hauptstadt Tegucigalpa. Auf dem Luftwaffenstützpunkt Soto Cano ist die Joint Task Force Bravo stationiert, eine gemeinsame Truppe beider Länder. [...] Anfang 2025 drohte die linke Präsiden-

tin Xiomara Castro, diese Zusammenarbeit zu beenden. Sie wollte damit gegen Trumps Politik der verschärften Ausweisung von Migrant:innen protestieren, von der Zehntausende ihrer Landsleute betroffen sind. [...]

Um restlos allen Menschen in Honduras klarzumachen, was Trump wollte, wurden zwischen dem 27. und dem 29. November Nachrichten über Handy an mehr als 90 000 Inhaber:innen honduranischer Bankkonten versandt, auf die regelmäßig Remesas – Geldüberweisungen von Verwandten aus den USA – eingehen. Die Nachrichten enthielten einen Link zu einer Audiodatei, die mitteilte, dass die Kontoinhaber im Fall eines Wahlsiegs von Rixi Moncada, der linken Kandidatin, ab Dezember keine Remesas mehr aus dem USA erhalten würden. Die Überweisungen der etwa zwei Millionen in Nordamerika lebenden Honduraner:innen machen für das Land gut ein Viertel des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus.⁴

Die Wahl ging aus, wie zu erwarten war. Obwohl Trumps Kandidat Asfura in den Umfragen nicht geführt hatte, wurde er nach einigen Verzögerungen zum Sieger über seinen rechtsliberalen Rivalen Nasralla erklärt – mit einem Vorsprung von nur 0,72 Prozentpunkten.“

Mexiko

Die USA drohen Mexiko gelegentlich mit einer Intervention im Namen des Antidrogenkampfs. Auch soll das Land 50 Prozent Zoll auf seine Exporte von Stahl und Aluminium zahlen, dazu 25 Prozent auf alle übrigen Exporte, die nicht unter das United States-Mexico-Canada Agreement (USMCA), das Nachfolge-Abkommen von Nafta, fallen.

Die Regierung von Claudia Sheinbaum ist ständig bemüht, weitere Strafmaßnahmen abzuwenden. Wobei der US-Präsident die unterschiedlichsten Begründungen anführt: Mal geht es um den Kampf gegen illegale Einwanderung, mal um den Drogenhandel, mal um die Forderung, weniger chinesische Produkte im Rahmen des USMCA in die USA zu exportieren oder mehr Süßwasser zu liefern. [...]"

Brasilien

„Im Juli 2025 kündigte Trump einen Zollltarif von 50 Prozent an. Damit wollte er verhindern, dass sein politischer Verbündeter, Ex-Präsident Jair Bolsonaro, seine Haftstrafe wegen seines versuchten Staatsstreichs verbüßen muss. Präsident Lula da Silva knickte jedoch nicht ein. Das Urteil

blieb in Kraft und Bolsonaro in Haft. Nach wochenlangen, harten Verhandlungen konnte Brasília die Aufhebung oder zumindest die Senkung von 40 Prozent der Strafzölle auf Agrarprodukte (wie Rindfleisch, Kaffee, Kakao und Obst) erreichen – auch weil Trump zu hohe Verbraucherpreise in den USA befürchtete.

„Nationale Strategie“ der USA

[...] Laut Strategiepapier verfügt der Subkontinent „über zahlreiche strategisch wichtige Ressourcen“, die die USA benötigen. Rohstoffe wie Öl und Gas, Agrarprodukte, aber auch die Infrastrukturen und geografische Schlüsselzonen könnten zur „Verstärkung der kritischen Lieferketten in dieser Hemisphäre“ beitragen und damit „die Abhängigkeiten verringern und die wirtschaftliche Resilienz Amerikas verbessern“. Deshalb sollten die Regierungen der Region die USA als „Partner erster Wahl“ betrachten. Wer das tut, wird belohnt. Die anderen „werden wir (mit verschiedenen Mitteln) davon abhalten, mit anderen zusammenzuarbeiten“.

Mittlerweile kann sich Washington in Lateinamerika auf zahlreiche Bündnispartner stützen, auch unter den Staaten, deren wichtigster oder zweitwichtigster Handelspartner China ist. Heute regieren konservative, rechtsextreme oder von den USA abhängige Staatschefs in zwölf Ländern: in Argentinien, Bolivien, Chile, Costa Rica, El Salvador, Ecuador, Honduras, Guatemala, Guyana, Panama, Paraguay und in der Dominikanischen Republik.

[...] Die größte Weltmacht verstärkt seit Monaten ihre militärische Präsenz in Lateinamerika; zudem reaktiviert, aktualisiert oder unterzeichnet sie neue Abkommen über militärische Zusammenarbeit.⁸ Ihre Vorherrschaft in der Karibik stützt sich auf Militärbasen in Guantánamo (Kuba), auf Puerto Rico, den Amerikanischen Jungferninseln, Grenada sowie Aruba und Curaçao (80 Kilometer vor der venezolanischen Küste). [...]

1 Zitiert in Grace Livingstone, „America’s Backyard: The United States and Latin America from the Monroe doctrine to the War on Terror“, New York (Zed Books) 2009.

2 Francisco Sánchez, „Donald Trump reacciona al triunfo de José Antonio Kast en Chile y su mensaje ya da la vuelta al mundo“, *chile.as.com*, 15. Dezember 2025.

3 Siehe Maurice Lemoine, „Showdown in Honduras“, *LMd*, November 2025.

4 „Honduras ha recibido más de 11.000 millones de dólares en remesas, un 13,9 % más que 2024“, *La Prensa*, 10. Dezember 2025.

8 Siehe Vincent Ortiz, „Testfall Ecuador“, *LMd*, Dezember 2025.

„Wir Lateinamerikaner sind arm, weil der Boden, auf dem wir gehen, reich ist.“

Eduardo Galeano: Die offenen Adern Lateinamerikas

Die Geschichte eines Kontinents (1971) - 400 Seiten, ISBN: 978-3-7795-0271-5

(*Amerika 21*: Andy Robinson: Gold, Öl und Avocados - Die neuen offenen Adern Lateinamerikas, 2021; s. auch [ila](#))

SiG 121: Schwierige Zeiten in Lateinamerika - Daraus lernen – (30.09.2016)

Analysen der (geo)politischen Situation in Lateinamerika vor 10 Jahren – alte, aber immer noch sehr relevante Artikel.

A. García Linera: Sieben Lektionen für die Linke
Renaud Lambert: Lateinamerika – warum sind die progressiven Kräfte ins Stocken geraten?

E. Gudynas: Notwendige ökologische Ausrichtung
L. B. García: Venezuela: Die sichtbare Hand des Marktes
E. Lander: Die Implosion Petro-Venezuelas
Hector Perla: Fünf Lektionen aus Zentralamerika für den kolumbianischen Friedensprozess
Robert Ojurovic: IWF knackt Argentinien, u. v. m.

Álvaro Verzi Rangel, amerika21 Der koloniale Plan von Trump für Venezuela

13.1.2026 - Donald Trump hat verlangt, dass die venezolanische Regierung unter Delcy Rodríguez die wirtschaftlichen Beziehungen zu Kuba, Russland, China und Iran abbricht, sämtliche Öleinnahmen über von Washington kontrollierte Bankkonten leitet, alle benötigten Produkte in den Vereinigten Staaten erwirbt und das vorhandene eingelagerte Erdöl übergibt.

Die US-Regierung versicherte, dass sie den Verkauf von venezolanischem Erdöl sowie die Einnahmen aus diesen Geschäften auf unbestimmte Zeit kontrollieren werde (Trump sagte, er werde dies persönlich tun). Die Pressesprecherin des Weißen Hauses, Karoline Leavitt erklärte, dass "alle Gewinne aus dem Verkauf zunächst auf US-amerikanische Bankkonten eingezahlt und dann zum Wohle der US-amerikanischen und der venezolanischen Bevölkerung geteilt werden".

Die Zwangsmaßnahmen der Vereinigten Staaten gegen Venezuela beschränken sich nicht nur auf das Erdöl. "Ich wurde gerade darüber informiert, dass Venezuela mit den Geldern aus unserem neuen Erdölabkommen nur Produkte aus den Vereinigten Staaten kaufen wird", verkündete Trump in seinem sozialen Netzwerk Truth Social. "Diese Käufe umfassen Agrarprodukte, Medikamente, medizinische Instrumente und Ausrüstung zur Verbesserung des Stromnetzes und der Energieanlagen" des karibischen Landes.[...]

Während sich die Vereinigten Staaten das bereits geförderte und gelagerte Öl aneignen, teilte Rubio den Gesetzgebern mit, dass Venezuela keine weitere Ölförderung vornehmen darf, bis das Land weitere Forderungen erfüllt hat.

"Zunächst muss das Land China, Russland, den Iran und Kuba herauswerfen und die wirtschaftlichen Beziehungen zu ihnen abbrechen (...) Venezuela muss sich bereit erklären, exklusiver Partner der USA bei der Ölförderung zu werden und sie beim Verkauf von Schweröl zu bevorzu-

gen." Der Präsident, der Außenminister und mehrere Abgeordnete haben die Hoffnung geäußert, dass die Einstellung der Öllieferungen und anderer Unterstützungsleistungen Venezuelas an Kuba zum Zusammenbruch der Regierung dieser Insel führen würde. [...]

Trump präsentiert sich als Verfechter des Friedens durch den Krieg. Seine Aussagen bedeuten eine offensichtliche Rückkehr zum Recht des Stärkeren: Es ist der Triumph der kolonialistischen Logik. "Die Monroe-Doktrin – Amerika für die (Nord-)Amerikaner – ist sehr wichtig, aber wir haben sie bei weitem übertroffen", erklärte der US-Präsident, nachdem er Venezuela illegal angegriffen und Nicolás Maduro entführt hatte. [...]

Trump versucht auch, die "regionalen Champions" – die teils rechtsextremen Regierungen Argentinien, Boliviens, El Salvadors, Paraguays, Costa Ricas, Guatemalas und Ecuadors –, die ihre Nähe zum Trumpismus nicht verbergen, als Verbündete in seine Strategie einzubeziehen. Anders ist die Situation in Kolumbien, Mexiko und Kuba. "Was Maduro passiert ist, kann auch ihnen [den Führern dieser drei Länder] passieren", drohte er erneut.[...] Aus: [amerika21](#)

„Die USA treten in Lateinamerika somit wieder unverblümt imperialistisch auf und drohen damit, Venezuela zum Protektorat zu machen. Für die Zukunft Lateinamerikas ist dieses „Recht des Stärkeren“ brandgefährlich.“ Aus: Tobias Lambert: **Das Imperium kehrt zurück**, [RLS](#), 5.1.2026

4.1.2026 - Wie Trump alte Ölkonflikte zum Kriegsargument gegen Venezuela macht:

Gelöster Ölstreit mit ExxonMobil und ConocoPhillips neu verpackt als Legitimation für die US-Angriffe – [amerika21](#)

16.01.2026 - USA zahlen Teil der Erlöse aus festgesetztem Rohöl an Venezuela

Reaktionen von Regierungen und Parteien in Europa

German Foreign Policy, 5. Januar 2026

[...] Bundeskanzler **Friedrich Merz** [...] stellt folgenden Satz an den Anfang und ins Zentrum seiner Stellungnahme „zur Situation in Venezuela“: „Nicolás Maduro hat sein Land ins Verderben geführt.“ [11] Er habe „mit unseligen Allianzen weltweit“ – gemeint ist Venezuelas souveräne Wahl von Kooperationspartnern wie Russland, China und Iran – „eine problematische Rolle“ gespielt. Den US-Angriffskrieg nennt Merz neutral „Einsatz“; die Verschleppung des venezolanischen Präsidenten erwähnt er nicht. [...]

In Inhalt und Ton sehr ähnlich sind Äußerungen, die Frankreichs Präsident Emmanuel **Macron**, Italiens Ministerpräsidentin Giorgia **Meloni**, Großbritanniens Premierminister Keir **Starmer** und die Außenbeauftragte der EU, **Kaja Kallas**, getätigt haben [12]. Europa billigt damit die US-Gewaltpolitik, gegen die sich Staaten mit eigener kolonialer Leidensgeschichte wie Ghana offen auflehnen. [...]

[11] Bundeskanzler Friedrich Merz. bundesregierung.de 03.01.2026.

[12] Die Reaktionen – China wütend über Angriff, Selenskyj spielt auf Sturz von Putin an. spiegel.de 04.01.2026.

<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/10248>

Hingegen Spanien:

Pedro Sánchez (spanischer Ministerpräsident), 3. 1. 2026

„Spanien hat das Maduro-Regime nicht anerkannt.

Aber es wird auch keine Intervention anerkennen, die gegen das Völkerrecht verstößt und die Region in eine Zukunft voller Unsicherheit und Kriegstreiberei stürzt.“

AfD - Die Partei der neuen Ordnung

07 Jan. 2026 – Führende Außenpolitiker der AfD billigen die US-Gewaltpolitik gegenüber Venezuela. [...] Zuvor hatten sie mit diversen Besuchen bei Repräsentanten der Trump-Administration sowie der MAGA-Bewegung den klaren Willen zu transatlantischer Kooperation gezeigt, der für eine Regierungsbeteiligung in Deutschland als unverzichtbar gilt. [...] Die Einbindung ultrarechter Parteien in Regierungskoalitionen in Europa wird von der Trump-Administration explizit unterstützt.

Die Strangulierung Venezuelas durch US- und auch EU-einseitige Zwangsmaßnahmen

„**Einseitige Zwangsmaßnahmen** (Unilateral coercive measures = UCMs) werden häufig, aber fälschlicherweise als Sanktionen bezeichnet. Auf internationaler Ebene können jedoch nur Maßnahmen, die von den Vereinten Nationen in Übereinstimmung mit der UN-Charta angewendet werden, rechtmäßig als Sanktionen bezeichnet werden. Während Sanktionen dennoch häufig unter Verletzung des in der UN-Charta festgelegten Verfahrens und damit unter Verletzung des Völkerrechts verhängt werden, **sind UCMs per Definition illegal, da sie nicht in der Charta verankert sind.** Die UNO definiert UCMs als „**wirtschaftliche Maßnahmen, die von einem Staat ergriffen werden, um eine Änderung der Politik eines anderen Staates zu erzwingen**“, während ihre Definition von Sanktionen besagt, dass diese als „letztes Mittel zur Bekämpfung massiver Menschenrechtsverletzungen, zur Eindämmung illegaler Schmuggelaktivitäten oder zur Bekämpfung extremistischer Gruppen“ eingesetzt werden sollen (auch wenn wir wissen, dass dies in der Praxis selten der Fall ist) und dass ihre Anwendung einem klaren Genehmigungsverfahren unterliegt. Siehe <https://www.ohchr.org/en/unilateral-coercive-measures> und <https://news.un.org/en/story/2016/05/528382-un-sanctions-what-they-are-how-they-work-and-who-uses-them> „**Quelle:** https://thetricontinental.org/dossier-imperialist-war-and-feminist-resistance-in-the-global-south/#_ednref3“

Andreína Chávez Alava, 2024 - Folgen der US-Sanktionen gegen Venezuela

[...] Im Juli 2019 machte Washington das Aushungern zu einem seiner wichtigsten außenpolitischen Ziele, indem es eine Reihe von Personen und Unternehmen ins Visier nahm, die angeblich mit Venezuelas Lokalen Lebensmittelversorgungs- und -produktionskomitees (Comités Locales de Abastecimiento y Producción, Clap) in Verbindung stehen. Diese wurden 2016 von der Maduro-Regierung gegründet, um kostengünstige Lebensmittelpakete an Arbeiterfamilien zu verteilen. [...] Die Aushungerungstaktik wurde im Juni 2020 noch verschärft, als Trump die Öl-für-Lebensmittel-Swapgeschäfte sanktionierte. Infolgedessen litten schätzungsweise sechs bis sieben Millionen Arbeiterfamilien unter den Folgen von weniger und minderwertigeren Clap-Produkten, und die Ernährungsunsicherheit war angesichts von Knappheit und steigenden Preisen weit verbreitet.

[...] Ein Bericht des Center for Economic and Policy Research (Cepur) vom April 2019, der von den Ökonomen Mark Weisbrot und Jeffrey Sachs verfasst wurde, schätzt, dass die US-Wirtschaftssanktionen zwischen 2017 und 2018 für 40.000 Todesfälle verantwortlich waren und Hunderttausende chronisch Kranke gefährdeten, weil es in den kommenden Jahren nicht möglich war, Medikamente oder Behandlungen zu erhalten.

Michael R. Pompeo, Secretary of State, 11. März 2019:

„Die humanitäre Krise verschärft sich von Stunde zu Stunde. Ich habe gestern Abend um 19 oder 20 Uhr mit unserem leitenden Mitarbeiter vor Ort in Venezuela gesprochen. Man sieht deutlich, wie sehr das venezolanische Volk leidet und wie groß seine Not ist. Die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit und der Interimspräsident Juan Guaidó bieten dem venezolanischen Volk die beste Chance, das Blatt zu wenden und die Größe Venezuelas wiederherzustellen.“

<https://2017-2021.state.gov/remarks-to-the-press-5/index.html>

Im September 2021 berichtete die Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen, Alena Douhan, nach einem Besuch in Venezuela, dass mehr als 2,5 Millionen Venezolaner un-

ter Ernährungsunsicherheit leiden, nachdem die Importe zwischen 2015 und 2019 um 73 Prozent zurückgegangen waren. Zugleich gefährdete die Kraftstoff- und Dieselnknappheit die Nahrungsmittelproduktion und den -transport. Douhan warnte auch, dass der Mangel an Basismedikamenten und deren steigende Preise rund 300.000 Menschen gefährdeten, während Tausende von Krebs-, HIV/AIDS- und Tuberkulosepatienten dringend eine Behandlung benötigten. Chirurgische Eingriffe wurden aus Mangel an Anästhetika und Antibiotika sowie aufgrund der Tatsache, dass nur 20 Prozent der Krankenhausausrüstung funktionstüchtig sind, reduziert. [...] 2,6 Millionen Kinder konnten nicht geimpft werden, weil es keine Impfstoffe gab.

[...] Die venezolanische Menschenrechtsorganisation [Sures](#) berichtete, dass die Citibank und Euroclear Transaktionen zum Kauf von Insulindosen und Dialysebehandlungen ablehnten. Pharmaunternehmen wie Baxter, Abbot und Pfizer weigerten sich wiederholt, Exportzertifikate für Krebsbehandlungen für venezolanische Patienten auszustellen.

Gekürzte und bearbeitete Fassung eines [Artikels](#), der im [Buch](#) "Ein Krieg ohne Bomben: Die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Sanktionen gegen Venezuela" erschienen ist. Quelle: [Amerika21](#)

Vijay Prashad: Die Sanktionen gegen Venezuela haben ihre Vorläufer in der Destabilisierungspolitik der USA gegen Chile, [amerika21](#)

27.05.2025 - „Das gesamte Regime einseitiger Zwangsmaßnahmen hat – trotz Ausnahmeregelungen – der venezolanischen Bevölkerung hohe Kosten auferlegt, wie wir in unserem aktuellen [Dossier](#) "Imperialistischer Krieg und feministischer Widerstand im Globalen Süden" zeigen. Im Gegensatz zur Darstellung von Leuten wie Trump und Pompeo ist es unmöglich, dass Misswirtschaft und Korruption in nur sieben Jahren (2017–2024) eine derart verheerende wirtschaftliche Lage verursacht haben könnten. [...]

„Der [Bericht](#) mit dem Titel "Verdeckte Maßnahmen in Chile, 1963–1973" (vom Sonderausschuss des US-Senats

zur Untersuchung der Regierungsaktivitäten im Bereich der Geheimdienste, April 1976) enthält Dokumente über die Destabilisierung der Regierung von Präsident Salvador Allende. Darunter ist eine handschriftliche Notiz von CIA-Direktor Richard Helms über ein Treffen am 15. September 1970 im Weißen Haus mit Präsident Richard Nixon, Justizminister John Mitchell und dem nationalen Sicherheitsberater Henry Kissinger. [...] Der Aktionsplan: "Make the economy scream" (Die Wirtschaft zum Schreien bringen). Ein paar Wochen nach dem Treffen, am 9. November, reichte Kissinger das National Security Decision Directive Memorandum 93 ein, in dem dieser "Plan" dargelegt wurde. Mit einer "korrekten, aber kühlen" öffentlichen Haltung, so Kissinger, müssten die USA maximalen Druck ausüben, um Chile daran zu hindern, weitere Finanzmittel zu erhalten, einschließlich des Zugangs zu internationalen Banken und multilateralen Finanzinstitutionen sowie zu privaten US-Unternehmen. [...] In unserem Dossier vom September

2023 [Der Putsch gegen die Dritte Welt: Chile 1973](#) zeigen wir, wie der Putsch gegen die Regierung Allende tatsächlich ein Putsch gegen alle Versuche der Länder der Dritten Welt war, die Souveränität über ihre Rohstoffe auszuüben und mit diesen Einnahmen eine sozialistische Wirtschaft aufzubauen.

Die tödlichen Wirkungen der Sanktionen der USA und der EU seit den 70er Jahren:

24.11.2025 - Ein Artikel in **The Lancet Global Health** verbindet die seit den siebziger Jahren verhängten einseitigen Zwangsmaßnahmen der USA und der EU mit rund 38 Millionen Todesfällen. Die Studie unter Leitung des Wirtschaftswissenschaftlers Francisco Rodriguez von der University of Denver liefert neue Ansätze, um die menschlichen Opfer solcher Maßnahmen zu beziffern. [Amerika21](#)

dazu: **DLF-Sendung: „Die humanitären Folgen von Sanktionen“** am 22.1.2026

Friedensnobelpreisträger Adolfo Pérez Esquivel «Vergiss nicht, Corina ...» - Offener Brief an Corina Machado

[...] Ich war überrascht über deine Ernennung zur Friedensnobelpreisträgerin durch das Nobelkomitee. Ich erinnerte mich an die Kämpfe gegen die Diktaturen auf dem Kontinent und in meinem Land, Militärdiktaturen, unter denen wir von 1976 bis 1983 zu leiden hatten. Wir hielten Gefängnissen, Folter und dem Exil stand – mit Tausenden von Verschwundenen, mit entführten und verschwundenen Kindern und den Todesflügen, deren Überlebender ich bin.

[...] Mit meinen 94 Jahren bin ich immer noch ein Lerner des Lebens, und ich bin sehr beunruhigt über deine Haltung und deine gesellschaftlichen und politischen Entscheidungen. Deshalb teile ich dir diese Überlegungen mit.

[...] *Hugo Chávez* hat den Weg für die Freiheit und Souveränität des Volkes geebnet und für die Einheit des Kontinents gekämpft, es war ein Erwachen der *Patria Grande*.

[...] Es erstaunt mich, wie sehr du dich an die Vereinigten Staaten klammerst: Du solltest wissen, dass sie keine Verbündeten und keine Freunde haben, sondern nur Interessen. Die in Lateinamerika errichteten Diktaturen wurden von ihren Herrschaftsinteressen gesteuert und zerstörten das Leben und die soziale, kulturelle und politische Organisation der Völker, die für ihre Freiheit und Selbstbestimmung kämpfen. Wir Völker leisten Widerstand und kämpfen für das Recht, frei und souverän zu sein, und keine Kolonie der Vereinigten Staaten. [...] Man muss sich bewusst machen, dass Friedensarbeit viel Kraft und Mut erfordert, zum Woh-

le deines Volkes, das ich gut kenne und sehr liebe. Wo früher auf den Hügeln Slums standen, in denen Menschen in Armut und Elend lebten, gibt es heute menschenwürdige Wohnungen, Gesundheitsversorgung, Bildung und Kultur. Die Würde des Volkes kann man weder kaufen noch verkaufen.

(..) Öffne deinen Geist und dein Herz für den Dialog, für die Begegnung mit deinem Volk, leere den Krug der Gewalt und schaffe Frieden und Einheit für dein Volk, damit das Licht der Freiheit und Gleichheit einziehen kann.

Übersetzung in [zeit-fragen.ch](#)

Einige Reaktionen auf die Vergabe des Friedensnobelpreises

German Foreign Policy, 13.10.2025: [Der Umsturznobelpreis:](#) „Die Vergabe des sogenannten Friedensnobelpreises an María Corina Machado ist Ergebnis der Entscheidung des Nobelpreiskomitees, die Aggressionspolitik von US-Präsident Donald Trump gegen Venezuela zu fördern.“

6.11.2025 - **Die Friedensnobelpreisträgerin María Corina Machado forderte Sanktionen gegen ihr Land und begrüßte eine Invasion.** Unterdessen erhält ein deutscher Befürworter der Eskalation des Krieges in der Ukraine und somit des Risikos einer nuklearen Apokalypse den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels. - Aus [pressenza.com](#) (Übersetzung aus <https://worldbeyondwar.org>)

Kommune oder nichts!

Tobias Lambert: Venezuela: Die Versammlung entscheidet: Der zentral-westliche Bundesstaat Lara in Venezuela ist reich an Erfahrungen mit Selbstverwaltung (14.07.2024), [amerika21](#)

CECOSESOLA - <https://cecosesola.org/> - Ein regionaler Kooperativen-Verband mit ökonomischem Gewicht in Venezuela, <http://solidarische-oekonomie.de/?p=60>

Kommune oder nichts! Venezuelas Kommunalbewegung und ihr sozialistisches Projekt (2023); Gilberts Bericht dokumentiert die Bemühungen von Basisinitiativen und gibt den

Kommunarden, die in Kommunen wie El Panal, El Maizal, Che Guevara und Luisa Cáceres leben und arbeiten, eine Stimme. Er verbindet diese Berichte mit theoretischen Überlegungen und historischen Einblicken. [monthlyreview](#)

Die Wirtschaft Venezuelas und der Übergang zum Sozialismus (8.1.2026): Die Wirtschaftskrise Venezuelas sei eher das Zusammenspiel von Rentierkapitalismus, externen Währungsbeschränkungen und imperialistischen Sanktionen widerspiegelt als das Scheitern des Sozialismus. [links.org.au](#)

Solidarität

German foreign policy, 5. Januar 2026 „Solidarität mit Venezuela“

[...]Die **Afrikanische Union** erklärte bereits am Samstag in einem Communiqué, sie verfolge die Entwicklung in Venezuela, darunter „die Entführung des Präsidenten“, „mit großer Sorge“. Sie bekräftige „ihr unerschütterliches Bekenntnis zu den Grundprinzipien des internationalen Rechts“, unterstreiche die Bedeutung der „friedlichen Beilegung von Konflikten“ und drücke vor allem „ihre Solidarität mit der venezolanischen Bevölkerung aus“. Innere Konflikte in Venezuela könnten bloß „durch einen inklusiven politischen Dialog zwischen den Venezolanern selbst“ beigelegt werden.[9]

„**Gegen Invasion, Okkupation, Kolonialismus**“
Noch deutlicher drückte sich am Sonntag **das Außenministerium Ghanas** aus. [...] Man registriere im Besonderen „mit großer Sorge“ die Aussage von US-Präsident Trump, die USA würden Venezuela bis auf weiteres „regieren“. „Diese Erklärungen“, so heißt es weiter in der Stellungnahme, „erinnern an die koloniale und imperialistische Ära“; „derlei koloniale Ambitionen sollten in der Ära nach dem Zweiten Weltkrieg keinen Platz mehr haben“. Ghana rufe deshalb „zu einer sofortigen Deeskalation und zur Freilassung von Präsident Maduro und seiner Ehefrau“ auf.[10] Ghanas Regierung, heißt es abschließend, werde ihre grundsätzliche Positionierung gegen „Invasion, Okkupation, Kolonialismus, Apartheid, Missachtung der Souveränität und alle Formen der Verletzung des internationalen Rechts bewahren“.

[9] Communiqué on the Situation in Venezuela. au.int 03.01.2026.

[10] Ministry of Foreign Affairs: Ghana alarmed and deplores military invasion of Venezuela by the USA, Accra, 04.01.2026.

Stellungnahmen aus Lateinamerika auf der UN-Sondersitzung am 5.01.2026

Samuel Moncada (Venezuela) warnte, dass die Duldung der „Entführung eines Staatsoberhauptes“ und von Angriffen auf Zivilisten signalisieren würde, dass „das Recht optional ist“, und argumentierte, dass die Aggression durch die natürlichen Ressourcen und die geopolitische Lage Venezuelas motiviert sei.

Allein **Argentinien** unterstützte den Druck der Vereinigten Staaten auf Venezuela und forderte ein „entschlossenes Bekenntnis“ zur Demokratie. Alle anderen anwesenden Vertreter verurteilten diese Verletzung des Völkerrechts.

Kuba warf den Vereinigten Staaten einseitige Zwangsmaßnahmen, „wirtschaftliche Erstickung“ und sogar maritimen Terrorismus vor und sagte, diese Handlungen zeugten von Missachtung der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts. **Mexiko** warnte vor einem Regimewechsel durch externe Akteure und extraterritoriale Maßnahmen und erklärte, solche Maßnahmen hätten „historisch gesehen“ Konflikte nur verschärft und Gesellschaften geschwächt.

Brasilien lehnt Intervention in Venezuela ab und erklärt: „Südamerika ist eine Zone des Friedens“ und brachte die geschwächte globale Governance mit Rekordkonflikten, steigenden humanitären Bedürfnissen und Militärausgaben in Höhe von fast 2,7 Billionen Dollar in Verbindung.

Bericht: <https://press.un.org/en/2026/sc16271.doc.htm>

Chile betonte, dass Santiago zwar das Maduro-Regime nicht anerkenne, „die schweren Menschenrechtsverletzungen [...] jedoch keine militärische Lösung haben“.

Leonor Zalabata Torres (Kolumbien) verurteilte die Ereignisse vom 3. Januar scharf und warnte, dass die durch die „Angriffe“ verursachte Unsicherheit einen großen Zustrom von Migranten auslösen könnte, was erhebliche Ressourcen zur Unterstützung der Aufnahmegemeinden erfordern würde.

Gabriel Hetland: Solidarität

[...] Zwei Dinge können gleichzeitig wahr sein:

- (1) Die US-Sanktionen haben Venezuela massiv geschädigt.
- (2) Maduros eigene Handlungen und Politik haben den Venezolaner:innen erheblich geschadet. [...]

[...] Linke sollten US-Sanktionen ablehnen, ohne Maduro zu unterstützen. Denn selbst im Kontext betrachtet verdienen seine Handlungen eine deutliche Verurteilung.

Gleichzeitig gilt auch das Gegenteil. So abscheulich Maduros Handeln auch ist, es rechtfertigt keineswegs die verwerflichen Sanktionen, die Zehntausende unnötige Todesopfer forderten und zu unermesslichem Leid für Millionen weiterer Menschen geführt haben.“

Vollständiger Artikel: [amerika21](#), 23.08.2025

Deutschland: Kundgebungen und Solidaritätserklärungen

Die IPPNW verurteilt völkerrechtswidrige Militärintervention: [...] Das US-Vorgehen gegen Venezuela verschärft die Krise des internationalen Rechts. Wenn jetzt nicht gegengesteuert wird, könnte das Ende der Vereinten Nationen und ihrer Charta drohen und der Rückfall in die internationale Ordnung, als Großmächte mit wechselnden Allianzen, militärischen Drohungen und Kriegen ihren Kampf um Einflussphären und Grenzen führten. Das endete bekanntlich in einem Weltkrieg, der heute atomar geführt werden könnte. [...] [Weiterlesen: Erklärung](#), 5.1.2026

DFG-VK: Angriff auf Venezuela: US-Präsident Trump bricht einmal mehr das Völkerrecht 3.1.2026

„Eine glaubwürdige Außen- und Sicherheitspolitik muss alle Gewalttäter und Rechtsbrecher gleichbehandeln: Die Bundesregierung muss den Angriff deutlich verurteilen, Sanktionen gegen die USA erlassen und etwa den Kauf von US-Rüstungsgütern sofort einstellen“. Notwendig seien zudem Schritte zur Deeskalation. „Einmal mehr bringt Donald Trump die Welt in Unruhe“ [Pressemitteilung](#),

Pax Christi: Sofortige Einstellung der Militäraktionen in Venezuela: „Pax Christi International, eine globale Friedensbewegung mit Beraterstatus bei den Vereinten Nationen appelliert an die internationale katholische Gemeinschaft, sich den wiederholten Aufrufen von Papst Leo XIV. zu Gewaltlosigkeit und einem „abgerüsteten und abrüstenden“ Frieden anzuschließen, der die internationale Ordnung wiederherstellt und die Rolle der Charta der Vereinten Nationen und der Proklamation Lateinamerikas und der Karibik als Zone des Friedens wiederherstellt.“

[Weiterlesen: Erklärung](#), 5.1.2026

Helge Buttkereit

Venezuela: „Überflüssiges Volk“?

27. Januar 2025 – Venezuela ist das Land mit den größten [Ölvorkommen](#) weltweit. Es hat mehr Reserven als Saudi Arabien, Kanada, der Iran oder der Irak. Im Vergleich mit den USA sind es gar sechsmal mehr Ölreserven. Der Bezug zu den Vereinigten Staaten ist wichtig, haben sich die USA doch jahrzehntelang den Zugriff auf das venezolanische Öl gesichert. Bis Hugo Chávez kam.[...]

Mit den Öleinnahmen konnte das Land unter der Führung von Chávez seine Sozialprogramme finanzieren. Es wurden neue regionale Bündnisse geschlossen – unter Umgehung der USA.

[...] Für den Niedergang Venezuelas sind neben der Blockade und dem Fall des Ölpreises selbstverständlich auch Fehler der Regierung verantwortlich. Eine gute Übersicht über Geschichte und Gegenwart bietet das neue **Buch von Tobias Lambert**. (2) [...]

Erdöl-Staat mit einem „überflüssigen Volk“

Erdöl spielte seit den 1920er Jahren die zentrale Rolle in Venezuelas Wirtschaft. [...] Die Produktion anderer Güter im Land lohnte sich nicht (4). [...]

Der brasilianische Soziologe Darcy Ribeiro beschrieb in den 1970er Jahren die Sicht der US-Ölkonzerne und der einheimischen Oligarchen zu Beginn des Öl-Booms in den 1920er und 1930er Jahren: „Am besten wäre es gewesen, wenn man das ganze Volk aus Venezuela herausgeschafft hätte, damit nur einige Hunderttausende von Begüterten im Land verblieben wären und dort ein geregeltes Leben hätten führen können. Da dies nicht möglich war, blieb als einzige Alternative der Knüppel, der Kerker und der Terror, um inmitten des venezolanischen Elends den Reichtum der lukrativsten multinationalen Gesellschaften der Welt aufrechterhalten zu können.“ (5) Venezuela erlebte mehrere Diktaturen und später dann eine paktierte Demokratie, in der sich die Parteien abwechselten und das Volk nichts zu sagen hatte.

Venezuela war und ist ein Verteilungsstaat, der die Bürger in „permanenter Unmündigkeit“ hielt und hält. (7) Das hat auch Folgen für das allgemeine vorherrschende Bewusstsein im Land, schließlich bestimmt, Marx' Aussage kann man hier bestätigt sehen, das Sein das Bewusstsein. Lambert spricht auch von einer „Art Rentenmentalität“ im Land [...]

Die „Überflüssigen“ begehren auf

Hugo Chávez hatte bereits in den 1980er Jahren eine klandestine bolivarianische Bewegung im Militär aufgebaut, mit der er sich auf den „Befreier“ Südamerikas Simon Bolívar [bezog](#). Ziel war eine breite zivil-militärische Bewegung, die nach einem gescheiterten Putschversuch 1992 und einem folgenden Gefängnisaufenthalt von Chávez dann Grundlage für den siegreichen Wahlkampf, die Präsidentschaft und den folgenden Aufbruch wurde. „Die politischen Vorstellungen zielen auf den Protagonismus der marginalisierten Bevölke-

rung, mehr Partizipation, direkte Demokratieformen wie Referenden sowie lokale Formen der Selbstverwaltung“ (S. 61).

[...] Wichtigste Forderung der neuen Regierung wurde eine neue Verfassung, die in der Folge durch mehrere Volksabstimmungen sowie durch direkte Konsultationen erstellt wurde. Sie enthielt „sowohl eine Stärkung des Präsidenten als auch einen Ausbau von Partizipationsmöglichkeiten“ (S. 72). Ziel war laut Präambel der Aufbau einer „demokratischen, partizipatorischen und protagonistischen“ Gesellschaft (S. 73).

[...] Mit maßgeblicher Unterstützung der USA versuchten die alten Eliten, im April 2002 den Präsidenten aus dem Amt [zu drängen](#). Chávez wurde verschleppt aber die Putschisten unterschätzten die Mobilisierungsfähigkeit der ärmeren Bevölkerung und der mit Chávez loyalen Militärs. [...] Chávez überstand auch den Versuch, die Erdölindustrie lahmzulegen und seine Regierung übernahm 2003 endgültig die Kontrolle über den staatlichen Konzern. Die Regierung und mit ihr die „Überflüssigen“ hatten nun Zugriff auf das Öl.

Spannungsverhältnis zwischen Regierung und lokaler Selbstorganisation

[...] Die Sozialprogramme sorgten für Verbesserungen für die breite Masse und waren für die eigene Basis erfolgreich. Ökonomisch waren die Erfolge bescheiden. Kooperativen wurden gegründet und der Versuch unternommen, auch in den Betrieben neue Verhältnisse durch Mitbestimmung, Neugründung oder Betriebsübernahmen zu schaffen. All dies war kaum nachhaltig.

Das Erdöl dominierte weiter sowohl die Wirtschaft als auch das Bewusstsein der Menschen, von denen etwa 95 Prozent in den Städten leben. Im Rentenstaat verlief also der Versuch, eine eigene Wirtschaft aufzubauen und die Abhängigkeit von Importen zu verringern, im Sande. Das zeigte sich in der Landwirtschaft[...]: Der Versuch, die Menschen zur Rückkehr auf das Land zu bewegen, [gelang nicht](#). [...] Am Ende setzte der Staat auf große Farmen statt auf Kooperativen in Selbstorganisation. [...]

Damit ist schon das zentrale Spannungsverhältnis beschrieben: Die Regierung förderte und finanzierte basisdemokratische Initiativen. Damit hätten die Bewegungen im Land kein Problem gehabt, schreibt Tobias Lambert, aber die Regierung sollte „die Prozesse unterstützen, nicht kontrollieren und bürokratisieren. Genau dies geschah aber in vielen Fällen“ (S. 202). So wurden und werden die kommunalen Räte immer wieder in die Mobilisierung für die verschiedensten Abstimmungen eingebunden. Und in der schweren Wirtschaftskrise des vergangenen Jahrzehnts spannte die Regierung die Basisorganisationen in die Verteilung von Lebensmitteln ein. „Sie machte sie somit tatsächlich zu einem Anhängsel des Staates, das nur ausführt, was von oben entschieden wird“ (S. 205). [...]

Wirtschaftskrise, Blockade und Opposition

Nach zehn Jahren im Amt war die Regierung Chávez um 2010 auf dem Höhepunkt ihrer Macht, verteilte freigiebig Konsumgüter an die Armen (und auch die Reichen), die Versorgung verbesserte sich stetig und gleichzeitig stieg die Inflation.

[...] Das [Sanktionsregime](#) der USA hatte bereits unter Barack Obama begonnen. Er erklärte Venezuela 2015 zu einer „ungewöhnlichen und außerordentlichen Bedrohung für die nationale Sicherheit und die Außenpolitik der Vereinigten Staaten“. Erste Banken beendeten in der Folge die Zusammenarbeit, was steigende Kreditkosten bedeutete.

Donald Trump begann dann 2017 eine Kampagne des „maximalen Drucks“, die sich insbesondere gegen die Ölindustrie richtete. Zunächst wurden Finanzsanktionen gegen die staatliche Ölgesellschaft verhängt, 2019 folgte ein Exportembargo. Die Rohölproduktion ging zurück, das Bruttoinlandsprodukt sank zwischen 2014 und 2019 dramatisch um mehr als 65 Prozent.

Kraftstoffe wurden knapp – Venezuela ist auf den Import angewiesen – und ohne Diesel fehlte auch der Treibstoff für thermische Generatoren. Die Folge war eine Stromkrise. Außerdem wurden die Goldreserven Venezuelas zurückgehalten, dabei handelt es sich um die zweitgrößten weltweit. Darüber hinaus wurde das Bankensystem sanktioniert und der notwendige Kauf von Lebensmitteln und Medikamenten immer schwieriger. Das Center for Economic and Policy Research (Cepr) [schätzte](#) 2019, dass bereits zu diesem Zeitpunkt die Sanktionen für 40.000 Todesfälle verantwortlich waren und Hunderttausende chronisch Kranke gefährdeten. Auch die Sonderberichterstatterin der UNO kritisierte die Sanktionen, in deren Folge mehr als sieben Millionen Venezolaner auswanderten.

[...] Die Strategie der USA und ihrer Verbündeten vor Ort bestand darin, einen Aufstand der Marginalisierten und des Militärs zu provozieren. Neben der Versorgungskrise gab es eine massive Energiekrise, wobei sich die Opposition durch ihre Unterstützung der Blockadepolitik in den Augen vieler Venezolaner selbst diskreditierte. Stabilitätsfaktor ist laut Tobias Lambert vor allem das Militär, das aus finanziellen und ideologischen Gründen hinter Maduro stehe und mittlerweile weitere Aufgaben im Erdöl-, Import- und Bergbau-sektor übernommen habe. „Das ermöglichte es dem Militär, sich einen Teil formeller und informeller Einnahmen einzuverleiben“ (S. 181).

Patt nach der Wahl 2024

Vor dem Hintergrund der andauernden Wirtschaftskrise, der Blockade durch die USA und die Opposition sollte schließlich Mitte 2024 die nächste Präsidentschaftswahl stattfinden. Zuvor hatten sich Vertreter der Regierung mit der Opposition auf ein Abkommen geeinigt, das transparente Wahlen ermöglichen sollte. Die USA setzten daraufhin die Sanktionen aus. Die Opposition hielt ihre eigenen Vorwahlen ab, die María Corina Machado gewann. Sie ist eine rechte Hardlinerin, die sich offen für eine US-Militärintervention ausgesprochen hatte und lange Zeit Straßenproteste

der Teilnahme an Wahlen vorzog. Machado ist es juristisch untersagt, öffentliche Ämter zu bekleiden. Der Oberste Gerichtshof bestätigte ihr Antrittsverbot bei den Präsidentschaftswahlen und die USA setzten erste Sanktionen wieder ein.

Die Opposition trat schließlich mit dem Ex-Diplomaten Edmundo González Urrutia als Ersatzkandidaten an. [...] Sie setzte darauf, „dass die Unzufriedenheit mit der Regierung und der Wunsch nach irgendeiner Art von Wandel längst bis in ursprünglich chavistische Kreise hineinreichten und die prekäre Lage der letzten Jahre die Angst vor einer rechten Machtübernahme in vielen Bereichen der Gesellschaft abgebaut hat“ (S. 215).

Zu solch einem Wandel kommt es (vorerst) nicht. Der Nationale Wahlrat erklärte Nicolás Maduro zum Wahlsieger, die Opposition aber auch die USA und die EU erkannten das Ergebnis wie schon vier Jahre zuvor nicht an. Der Unterschied zu früheren Wahlen: Der Wahlrat präsentierte keine detaillierten Ergebnisse, „der Regierung ist es nicht gelungen, die Plausibilität des Wahlergebnisses überzeugend darzulegen“, so Tobias Lambert (S. 219). Der Oberste Gerichtshof bestätigte den Wahlsieg, Gegenkandidat González [verließ](#) das Land, wird aber vom Europaparlament und den USA mittlerweile als legitimer Präsident [anerkannt](#). [...]

Ist die verfahrenere Situation in Venezuela also doch ein weiteres Beispiel dafür, dass der Sozialismus nicht funktioniert? Die Gegenfrage dazu ist in Kenntnis der Geschichte alles andere als Whataboutism: Hat denn der Kapitalismus in Venezuela funktioniert?

Anmerkungen

(2) Tobias Lambert, Gescheiterte Utopie? Venezuela ein Jahrzehnt nach Hugo Chávez, Mandelbaum Verlag, 238 Seiten, 23 Euro, alle Seitenzahlen im Text beziehen sich auf dieses Buch.

(4) Stefan Peters, Sozialismus des 21. Jahrhunderts in Venezuela. Aufstieg und Fall der Bolivarischen Revolution von Hugo Chávez, Stuttgart 2019, weitere Überlegungen des Autors zum Rentenstaat in einer ausführlichen [Rezension](#).

(5) Darcy Ribeiro, Amerika und die Zivilisation. Die Ursachen der ungleichen Entwicklung der amerikanischen Völker, Frankfurt am Main 1985, hier S. 375, die folgenden Ausführungen beruhen auf diesem Buch (S. 352ff.)

(9) Vgl. z.B. den Abschnitt „Protagonistischer Sozialismus“ in Helge Buttke: „Wir haben keine Angst mehr“. Interviews, Reportagen und Analysen zum boliviarischen Venezuela, Bonn 2011, S. 127ff.

Quelle: <https://multipolar-magazin.de/artikel/venezuela-uberfluessiges-volk>

Weitere Artikel:

<https://www.sand-im-getriebe.org/blog>

SiG 124: Venezuela von innen: sieben Schlüsselfaktoren zum Verständnis der aktuellen Krise (2017)

Rückblick: Rede von Chavez vor der UNO, 2006: „Die falsche Demokratie der Eliten“, in [SiG 101](#)

Solidarität mit den Kämpfen für Gerechtigkeit und Volkssouveränität im Iran STOPPT die imperialistische Aggression!

Genf, 21. Januar 2026 - CETIM (Centre Europe Tiers Monde)* drückt seine Solidarität mit dem iranischen Volk in seinem Kampf für wirtschaftliche, soziale, kulturelle und politische Rechte aus. Es unterstützt seine legitimen Forderungen nach Würde, Menschenrechten, sozialer Gerechtigkeit und einer demokratischen Transformation auf der Grundlage von Selbstbestimmung und Volkssouveränität.

Seit Jahrzehnten hat sich das iranische Volk gegen verschiedene Formen der Unterdrückung gewehrt, vom inneren Autoritarismus bis hin zum imperialistischen Zwang. Seine jüngsten Aufstände – von den Studentenprotesten 2017–2018 bis zur "Frau, Leben, Freiheit"-Bewegung – sind Ausdruck eines tiefen Strebens nach Emanzipation. Dieses Ziel orientiert nicht nur auf die Befreiung von patriarchalen und repressiven Staatsstrukturen, sondern auch auf die erdrückenden Auswirkungen einseitiger Sanktionen, Wirtschaftskriege und ausländischer Einmischung.

In diesem Zusammenhang bekräftigt CETIM seine kategorische Ablehnung aller Formen imperialistischer Intervention, sei es militärisch, wirtschaftlich oder politisch, einschließlich militärischer Aggression oder verdeckter Operationen zur Installation einer Marionettenregierung. Wir teilen die Überzeugung, die von iranischen Frauenaktivistinnen, die im Evin-Gefängnis inhaftiert sind (1), klar zum Ausdruck gebracht wird, dass Befreiung „durch Massenkämpfe und sich auf soziale Kräfte stützend möglich ist, nicht durch das Festhalten an fremden Mächten“.

Die jüngste Eskalation israelischer und US-amerikanischer Militärationen gegen den Iran, offen unterstützt von einigen externen iranischen Persönlichkeiten, die sich den westlichen Interessen anpassen, zeigt einen gefährlichen Trend. Die Geschichte hat wiederholt gezeigt – vom iranischen Staatsstreich 1953 bis zu Chile 1973 sowie im Irak, in Libyen, Syrien und in vielen anderen Ländern des Globalen Südens –, dass eine extern auferlegte "Befreiung" nicht zur Demokratie führt, sondern zu Chaos und neuen Formen von Unterdrückung und Dominanz. Die Vorstellung, dass Bomben oder Sanktionen Freiheit bringen können, ist ein Mythos, der den geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen imperialistischer Kräfte dient.

CETIM verurteilt daher die Normalisierung ausländischer Einmischung unter dem Deckmantel der "Unterstützung der Demokratie". Unterdrückung im Innern gegen Imperialismus auszuspielen, ist ein falscher Gegensatz. Echte Emanzipation kann nicht von oben herab durchgesetzt werden. Sie muss von innen heraus entstehen, durch breite Kämpfe unabhängiger iranischer politischer Kräfte, durch den Widerstand sozialer Bewegungen und iranischer Arbeitskräfte. Tatsächlich geht der Kampf für soziale Gerechtigkeit trotz

der Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse und der Verweigerung der Gewerkschaftsrechte weiter und richtet sich sowohl gegen das theokratische Regime als auch gegen ein Wirtschaftssystem, das unter anderem wegen Wirtschaftssanktionen zunehmend ungleich wird. Das ist ein System doppelter Unterdrückung, dessen Hauptopfer Frauen, Arbeiter und Jugendliche sind.

CETIM erinnert daran, dass jede Regierung ihre Bevölkerung schützen und die Ausübung ihres Demonstrationsrechts garantieren muss. CETIM verurteilt daher die brutale Repression gegen die Demonstranten durch iranische Sicherheitskräfte und Paramilitärs, die zu Tausenden von Todesfällen und Verhaftungen geführt hat.

Vor diesem Hintergrund fordert CETIM:

- die Verfolgung von Verstößen und Verbrechen, die von iranischen Sicherheitskräften und paramilitärischen Gruppen gegen das iranische Volk begangen wurden;
- Respekt vor Irans Souveränität und vor dem Recht seines Volkes, seine Zukunft ohne äußere Einmischung zu bestimmen;
- die sofortige und bedingungslose Aufhebung aller einseitigen Zwangsmaßnahmen gegen den Iran, die internationales Recht verletzen und insbesondere die Bevölkerung schädigen;
- Widerstand gegen jedes extern gesteuerte politische Projekt, das ausländischen Mächten untergeordnet ist, wie etwa das Projekt zur Wiederherstellung der Monarchie;
- die Verurteilung imperialistischer Handlungen, die Militarisierung und regionale Instabilität anheizen;
- internationalistische Solidarität mit unabhängigen iranischen Sozialbewegungen und Unterstützung für Souveränität, soziale Gerechtigkeit, Geschlechtergleichheit und Selbstbestimmung.

(1) <https://kurdistan-au-feminin.fr/2025/06/25/iran-des-femmes-de-la-prison-devin-mettent-en-garde-contre-les-illusions-de-liberation-imperialistes/>

Quelle: cetim.ch – Übersetzung: SiG-Redaktion

*Das CETIM („Centre Europe Tiers Monde“) ist ein 1970 in Genf gegründetes Zentrum für Studien, Forschung und Information.

„Es gibt keine entwickelte Welt und keine unterentwickelte Welt, sondern nur eine einzige schlecht entwickelte Welt.“

Ein Hauptanliegen des CETIM ist die Suche nach Alternativen, die das Überleben und die Entwicklung der meisten Länder des Südens sichern können.

Das CETIM hat über 150 Bücher veröffentlicht und verfügt über ein öffentlich zugängliches Dokumentationszentrum.

Das CETIM hat beratenden Status beim ECOSOC und unterstützt soziale Bewegungen des Globalen Südens dabei, Zugang zu den Menschenrechtsmechanismen der Vereinten Nationen zu erhalten und an der Ausarbeitung neuer internationaler Menschenrechtsnormen mitzuwirken.

<https://www.cetim.ch/en/>

SiG 159, August 2025: Artikel über den Iran

**Angriff völkerrechtswidrig und höchst gefährlich –
mehrere Stellungnahmen**

**Peter Vlatten: Stimmen der iranischen Opposition
gegen westliche Bomben und Vorherrschaft**

Interessen Israels und der USA an der Region

**Norman Paech: Irans angeblich geplante Nuklearwaffe
ist Vorwand für Regime-Change**

**David Goeßmann: USA, Israel und die Erfindung der
iranischen Bedrohung**

Geschichte der Angriffe gegen den Iran

Atommacht Israel

Iran: Berichte und Interviews: [Labournet](#)

Michael Lüders: Vortrag am 20.1.2026

<https://michael-lueders.de/aufstand-im-iran/>

Jeffrey Sachs und Sybil Fares:

19.1.2026 - **The US-Israel Hybrid War Against Iran**

Understanding the hybrid war tactics helps to explain why Trump's rhetoric oscillates so abruptly between threats of war and phony offers of peace. [Commondreams](#)

24.1.2026 - **'Economic Statecraft' Exposed: A Key Pillar of US Hybrid Warfare for All to See** - [commondreams](#)

PRO ASYL: Bundesregierung stellt Abschiebepolitik über den Schutz von Menschenleben

29.01.2026

In einem [gemeinsamen Statement](#) [...] kritisieren PRO ASYL, medico international und kritnet die Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete wie Syrien, Afghanistan und den Iran sowie die Tatsache, dass auch Jesid*innen in den Irak abgeschoben werden – trotz Massaker, prekärer Sicherheitslage und schwersten Menschenrechtsverletzungen.

In Syrien greifen Truppen der sogenannten Übergangsregierung mit islamistischen Milizen (HTS) die kurdische Selbstverwaltung an, begleitet von Morden, Leichenschändungen und grausamen Hinrichtungen.

Nach dem erzwungenen Rückzug der kurdischen SDF wurden Gefängnisse geöffnet, in denen Mitglieder der Terrormiliz „Islamischer Staat“ saßen: Radikalisierte Kämpfer kamen frei. [...]

Zugleich verhandelt der deutsche Bundeskanzler mit dem ehemaligen HTS-Führer und heutigen Übergangspräsidenten al-Scharaa über Abschiebendeals – statt die Menschenrechte zu verteidigen. Das ist ein menschenrechtlicher Bankrott.

In den Iran [...] haben einige Bundesländer bereits einen Abschiebestopp erlassen (wie Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Brandenburg, Saarland und Nordrhein-Westfalen), jedoch längst nicht alle. Was es braucht, ist ein umfassender bundesweiter Abschiebestopp in den Iran.

Der Genozid an Jesid*innen **im Irak** wurde vom Deutschen Bundestag vor drei Jahren parteiübergreifend anerkannt, doch diese Solidarität bleibt folgenlos, solange sie sich nicht im tatsächlichen Schutz von Jesid*innen in Deutschland widerspiegelt – denn allein im ersten Halbjahr 2025 wurden 328 Menschen, darunter auch Jesid:innen, in den Irak abgeschoben.

Die Bundesregierung [...] bricht auch eigene Aufnahmezusagen, die sie besonders gefährdeten Schutzsuchenden aus **Afghanistan** gegeben hat [...]

PRO ASYL fordert gemeinsam mit medico international und dem Migrationsforschungsnetzwerk kritnet:

- Keine Abschiebungen nach Syrien, Afghanistan und in den Iran sowie keine Abschiebungen von Jesid*innen in den Irak
 - Keine Deals mit gewalttätigen Milizen und autoritären Regimen
 - Die Bundesregierung muss ihre Aufnahmezusagen einhalten und die gefährdeten Menschen aus Afghanistan unverzüglich nach Deutschland einreisen lassen
- Das vollständige Statement ist [online](#) abrufbar.

PRO ASYL fordert Abschiebestopp in den Iran

14.01.2026 - [...] Angesichts der dramatischen Menschenrechtslage im Iran fordert PRO ASYL einen sofortigen Abschiebestopp. [...] Die [neusten Asylzahlen](#) zeigen: Nach der [bereinigten Ablehnungsquote](#) wurden im Jahr 2025 **73 Prozent der Asylanträge aus dem Iran komplett abgelehnt**. Es erhielt also nur rund jede vierte Person, die vor diesem brutalen Regime floh, einen Schutzstatus.

PRO ASYL-Thema: Asylrechtsverschärfung:

Derzeit jagt eine Asylrechtsverschärfung die nächste. Was im Eiltempo auf den Weg gebracht wird, wird dramatische Folgen haben. Das Recht auf Familiennachzug wird eingeschränkt, unfaire Asylschnellverfahren werden eingeführt, Flüchtlinge werden mit Wohnsitzauflagen und anderen Schikanen an der Integration gehindert, auch kranke Menschen sollen künftig abgeschoben werden können. Die Beschneidung der Flüchtlingsrechte zielt auf Abschreckung und Ausgrenzung. Was es stattdessen bräuchte? Ein Integrationsprogramm, das es Schutzsuchenden ermöglicht, hier gut Fuß zu fassen.

<https://www.proasyl.de/thema/asylrechtsverschaeerfung/>

Ein "Dorf des Willkommens und ein Europa des Willkommens": Eine Lesung aus dem **Buch von Mimmo Lucano, Bürgermeister in Riace (Kalabrien)** mit einem Panel "Was können wir von Riace lernen?" in Kassel: [Radio-Sendung von attac Kassel](#), Dez. 2025

IPPNW-Ärztinnen und -Ärzte

Abkehr vom Feindbild Russland – für eine neue Entspannungspolitik!

Berlin, 04.12.25 - [...] Diese Resolution erscheint relativ kurz nach Veröffentlichung des sog. „28-Punkte-Plans“, mit dem erstmals seit über drei Jahren Krieg (und Hunderttausenden von Toten und Verstümmelten) ein Lösungsvorschlag auf dem Tisch liegt, der für die beiden Großmächte hinter dem Konflikt eine realistische Verhandlungsgrundlage sein könnte.

Unsere Resolution bezieht sich jedoch bewusst nicht auf diesen Plan (auch wenn sie überraschende Parallelen zu einigen seiner Inhalte aufweist). Denn sie hat eine weiter reichende Intention: Sie zielt auf das dem Krieg und dem (selbst-)zerstörerischen Rüstungsfieber zugrunde liegende Problem in den Köpfen, das Feindbild Russland, die Russophobie. Diese wird durch eine toxische Mischung aus komplizierter Realität, selektierten Fakten, Halbwahrheiten und Verdrehungen geschürt und hat inzwischen pathologische Züge einer kollektiven Angstpsychose angenommen.

40 Jahre nach dem Friedensnobelpreis für die berufsbezogene Friedensorganisation IPPNW (International Physicians for the Prevention of Nuclear War) sehen wir uns als friedenspolitischer Arbeitskreis ihrer deutschen Sektion daher verpflichtet, diese schwere und gefährliche psychische Störung beim Namen zu nennen, mittels Fakten gegen das Fieber anzugehen und Bundesregierung sowie Gesellschaft dazu aufzurufen, zur Besinnung zu kommen.

Für den IPPNW-AK „Süd-Nord“ (friedenspolitischer Arbeitskreis von IPPNW-Deutschland): Christoph Krämer

Resolution des IPPNW-AK „Süd-Nord“: Abkehr vom Feindbild Russland – für eine neue Entspannungspolitik

Als friedenspolitischer Arbeitskreis der Deutschen Sektion der Internationalen Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) fordern wir von der Bundesregierung eine neue Entspannungspolitik sowie die Förderung auch zivilgesellschaftlicher Aktivitäten zur Völkerverständigung mit Russland.

Und appellieren an die ganze Gesellschaft: Um einen Weg heraus aus der Eskalationsspirale und zur Beendigung des Ukrainekrieges zu eröffnen, greift es zu kurz, im Chor mit Regierung und Medien immer wieder einseitig nur den russischen Einmarsch in die Ukraine von 2022 anzuklagen, den auch wir als Bruch des Völkerrechts sehen. Vielmehr wenden wir uns klar gegen jede Form von Völkerrechtsbruch!

In Wahrnehmung der historischen Mission der IPPNW, der Verhütung des Atomkrieges, und der Kernziele des Leitbilds unserer deutschen Sektion, fordern wir daher:

• Der Ukrainekrieg kann und muss jetzt beendet werden – durch Respektierung nicht nur der ukrainischen, sondern auch der russischen Sicherheitsinteressen. Denn die weitere Eskalation dieses Krieges kann rasch in einen offenen Krieg der NATO mit Russland münden, und damit in einen Welt- und Atomkrieg!

- Dazu gehört zuvorderst die Abkehr von dem Plan, die Ukraine in die NATO aufzunehmen, und die verbindliche und dauerhafte Festschreibung ihrer Neutralität.
- Sowie die Bereitschaft zu Kompromissen von beiden Seiten, auch von westlicher – etwa was den Status der Krim betrifft (als Basis der russischen Schwarzmeerflotte) sowie der Ostukraine mit ihrer überwiegend russischstämmigen Bevölkerung und Kultur.
- Sicherheit lässt sich in unserer von Atomwaffen und zunehmend auch von „künstlicher Intelligenz“ bedrohten Welt nicht durch gewaltsamen Ausbau der westlichen Dominanz, sondern nur gemeinsam herstellen: Sicherheit neu denken!
- „Gemeinsame Sicherheit“ heißt: Rückkehr zum Prinzip der Charta von Paris, in der zur Beendigung des Kalten Krieges 1990 festgeschrieben wurde: „Sicherheit ist unteilbar, und die Sicherheit jedes Teilnehmerstaates ist untrennbar mit der aller anderen verbunden.“
- Dies bedeutet auch die Einsicht, dass Sicherheit in unserer modernen Welt, in der uns die Zerstörungspotenziale der Waffen längst über den Kopf gewachsen sind, nicht durch weitere Vergrößerung dieser Potenziale herstellbar ist, sondern nur durch ein neues Denken, das Kommunikation und Vertrauensbildung an die erste Stelle setzt. Bewährte Formate wie die UN und die OSZE sind hierfür zu reanimieren und zu stärken.
- Rückkehr zum Völkerrecht – die UN-Charta gilt für alle, für Russland wie auch für den Westen!
- Respektierung und Förderung der Multipolarisierung der Welt durch nicht-militärische Bündnisse wie die BRICS statt gewaltsamer Erhaltung der westlichen Hegemonie. Insbesondere hat die NATO nichts in Ostasien zu suchen – schon allein der NATO-Vertrag widerspricht diesen Plänen, denen jetzt eine klare Absage zu erteilen ist. Auch die BRICS-Initiativen zur Beendigung des Ukrainekrieges sind uns willkommen!
- Rückkehr auch zum Rüstungsbegrenzungs- und -kontrollregime, mit dem der Kalte Krieg beendet wurde – vor allem:
 - Rettung des New-Start-Vertrages über die Reduktion der strategischen Atomwaffen, der andernfalls Anfang 2026 ersatzlos ausläuft;
 - Wiederbelebung des 2019 von Trump gekündigten INF-Vertrages, der Mitteleuropa von den atomaren Mittelstreckenwaffen befreit hatte, statt Stationierung neuer US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland 2026;
 - Beitritt Deutschlands zum Atomwaffen-Verbotsvertrag (TPNW), statt die in Deutschland stationierten US-Atomwaffen für Milliarden aus Steuergeldern zu modernisieren.
- Hilfreich für die Vertrauensbildung sind auch zivilgesellschaftliche Aktivitäten wie Städte-, wissenschaftliche und kulturelle Partnerschaften, die durch die „Zeitenwende“ gecancelt wurden – hier ist ein Umdenken und eine schrittweise Wiederherstellung erforderlich.

Das beschriebene Umdenken wird nicht nur die Bedrohung der Welt durch Krieg, Atomkrieg und Völkermord eindämmen, das Klima schützen und Millionen von Menschen vor Flucht und Vertreibung bewahren. Sondern es wird auch unserem eigenen Land ganz direkten Gewinn bringen: Denn der Wegfall der ruinösen Hochrüstung für 5% des BIP, die Mittel in der Höhe von fast 50% des Bundeshaushalts verschlingt und dazu Berge von Zinsen, die für BlackRock & Co. bestimmt sind, wird Geld für Schulen, Universitäten, Krankenhäuser, Eisenbahn und Klimarettung freisetzen, die unser Land so dringend braucht.

Erläuterung dieser Initiative:

Ein ernsthafter Ansatz zur Beendigung des Ukrainekrieges erfordert zuallererst eine Umkehr des Denkens:

Zum einen die Erkenntnis, dass Kriege fast immer am Verhandlungstisch enden.

Sowie die Bereitschaft, unsere eigene, westliche Rolle bei der Herbeiführung des Konflikts zu sehen: Indem wir die Verletzung der russischen Sicherheitsinteressen durch die wortbrüchig seit Jahren vorangetriebene NATO-Ostexpansion erkennen. Und vor allem, indem wir diesen Kurs jetzt korrigieren, indem die NATO und ihre führenden Mitgliedsstaaten incl. Deutschlands, die Aufnahme der Ukraine in die NATO endlich ausschließen, und zwar dauerhaft.

Die Idee, mittels des Putsches von 2014 die westliche Hegemonie auf die Ukraine auszudehnen und die Krim als Standort der russischen Schwarzmeerflotte dem NATO-Territorium einzuverleiben – mit dem Ergebnis, die Ukraine in einen Pro-EU-/NATO-Teil und einen pro-russischen Teil zu spalten – hat sich als katastrophaler Fehler erwiesen.

Hinzu kam der Bruch des Minsk-II-Abkommens durch Präsident Selenskyjs Dekret Nr. 117 von 2021 zur Rückeroberung von Krim und Donbas – was der Westen tolerierte, ja förderte.

Sowie die vertane Chance von Istanbul gleich zu Beginn des Krieges, ihn mit einem Kompromissfrieden zu beenden – dem die NATO bei ihrem Brüsseler Gipfel im März 2022 eine Absage erteilte – bekräftigt durch die Entsendung von Boris Johnson nach Kiew, um Selenskyj von der Unterzeichnung abzuhalten.

Die Wiederherstellung des zerstörten Vertrauens in westliche Zusagen erfordert nun ein Aufgreifen der positiven Signale aus den USA durch ein klares Verständigungsangebot an Russland auch seitens des europäischen Teils der NATO einschließlich Deutschlands.

Und die Abkehr vom Kurs der „Kriegstüchtigkeit“, also der horrenden Vergrößerung der bereits bestehenden konventionellen NATO-Überlegenheit (siehe Greenpeace-Studie 2024) –, der mit der Steigerung der Rüstungsausgaben von 2% auf 5% des BIP verfolgt wird sowie mit der Aufstellung

von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland, die Angriffs- und Erstschlagswaffen sind und Moskau fast keine Vorwarnzeit mehr lassen.

Die Begründung dieser Eskalationsstrategie in hiesigen Medien und Talkshows – Russland plane bis 2029 einen Angriff gegen die NATO – widerspricht allen Fakten:

– Jenseits propagandistischer Phrasen ist kein Interesse Russlands an einem solchen Angriff erkennbar. Sämtliche US-Geheimdienste haben 2024 und 2025 derartige Pläne verneint.

– Zudem ist Russland militärisch nicht annähernd in der Lage, einen Krieg gegen die NATO zu führen. Laut SIPRI-Daten und der darauf basierenden Greenpeace-Studie von 2024 ist Russland konventionell selbst dem europäischen Teil der NATO weit unterlegen.

Beide Fehler – NATO-Ostexpansion samt der immer noch unkorrigierten Parole, der Weg der Ukraine in die NATO sei „unumkehrbar“ (Rutte) sowie die neue NATO-Massivrüstung – befeuern die in Russland zunehmende Befürchtung, westeuropäische Mächte würden – wie schon mehrfach in der Geschichte – erneut einen Angriffskrieg gegen Russland planen.

Hinzu kommt der westliche Völkerrechts-Nihilismus, der sich seit 1999 in den westlichen Angriffskriegen gegen Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien manifestiert. Sowie die Kündigung zentraler Rüstungskontrollabkommen und die Missachtung von Verträgen durch die USA. In Russland wird bereits diskutiert, ob die USA überhaupt vertragsfähig sind.

Aktuelle Beispiele für die Doppelmoral des Westens sind das genozidale Vorgehen in Palästina, der völkerrechtswidrige Angriffskrieg gegen den Iran und die fortgesetzte Unterstützung der rechtsextremen israelischen Regierung mit Geld und Waffen durch die USA und Deutschland. Seine „Drecksarbeit“-Äußerung im deutschen Fernsehen zu Netanjahus Vorgehen offenbart die Geringschätzung des Bundeskanzlers für das Völkerrecht.

Russland zur Einhaltung des Völkerrechts zu bewegen, erfordert die Rückkehr zum Völkerrecht auch durch den Westen – anstatt es durch dessen sogenannte „regelbasierte Ordnung“ zu ersetzen.

Der historische Fehler liegt nicht in der alten Entspannungs- und Verständigungspolitik, die bekanntlich zur Überwindung des Kalten Krieges und der Blockkonfrontation führte. Sondern in der Abkehr davon zugunsten westlichen Vormacht- und Expansionsstrebens wie der NATO-Ostexpansion, das ein Grundprinzip der Charta von Paris ignoriert:

„Sicherheit ist unteilbar, und die Sicherheit jedes Teilnehmerstaates ist untrennbar mit der aller anderen verbunden.“

Daher: **Abkehr vom Feindbild Russland – für eine neue Entspannungspolitik!**

<https://nie-wieder-krieg.org/2025/12/04/resolution-ippnw-aksn/>

17.12.2025 - IMI-Analyse 2025/37:

Sudan – Empörungs-Strohfeuer nach erwartbaren Gräueltaten - Der Genozid im Sudan flammt auf. RSF-Unterstützte Emirate bekommen weiter Waffen gegen Öl und Gas. Von: Pablo Flock

Zahlreiche Demonstrationen für Rojava

Infos: <https://deutsch.anf-news.com/>

Rolf Becker: Einer, der nie aufgab

Am 31. März 2025 wurde **Rolf Becker** 90 und viele waren überzeugt: Wir werden ihn noch viele Jahre sehen und hören bei Aktionen gegen Faschismus und Krieg, für Solidarität mit Unterdrückten.

Am 12. Dezember ist Rolf gestorben.

Gegen Kriegstromein in Deutschland

Wir sind **auf dem Weg in den Krieg**, warnt **German Foreign Policy** (18.12.2025): Merz schließt Einsatz deutscher Soldaten in der Ukraine nicht aus. Berlin und EU beharren auf Truppenstationierung dort; deutsch-ukrainische Rüstungskoooperation wird forciert. Rutte: „Krieg wie zur Zeit der Großeltern oder Urgroßeltern“.

Zum **28-Punkte Plan von Trump** stellt **German Foreign Policy** fest: „Der neue Plan der USA und Russlands für einen Waffenstillstand in der Ukraine stößt in Berlin auf Ablehnung. [...] Zwei Drittel der ukrainischen Bevölkerung fordern Friedensverhandlungen.[...]“ .

23.11.2025 - Die Initiative „**Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder**“ fordert in ihrer **Stellungnahme**: Bundeskanzler Merz muss seine Blockadehaltung aufgeben.

Fotos, Filme und Redebeiträge: <https://nie-wieder-krieg.org/> über die **Bundesweite Demonstrationen in Berlin und in Stuttgart am 3. Oktober 2025**

27.11.2025 - DFG-VK Bayern: **Frieden für die Ukraine – abrüsten und zivil handeln!** Sie plädiert für Verhandlungen und zivilen Widerstand und warnt vor der Gefahr einer Eskalation des Krieges zum Atomkrieg. Sie tritt für eine Gleichbehandlung aller nach Deutschland geflüchteten Menschen ein.

- **Buch von Klaus von Dohnanyi und Dr. Erich Vad** (Brigadegeneral a.D.): „**Krieg oder Frieden. Deutschland vor der Entscheidung**“ (Westend Verlag, 2025)

- **Vortrag von Erich Vad**: „Krieg oder Frieden?“, 13.11.25
- (Westend Verlag): **Erich Vad und Thomas Schwörer im Gespräch über Rückkehr zur Kriegsbegeisterung: Video**

17.12.2025 – Offener Brief von Jeffrey Sachs an den Bundeskanzler Merz: Sicherheit ist unteilbar – und Geschichte zählt – Berliner Zeitung

2026: Friedensratschlag - Appell zum Handeln gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen 2026: <https://friedensratschlag.de/2026-appell-zum-handeln>

2026 ist ein Jahr existenzieller Entscheidungen für die Zukunft unseres Landes, die uns alle angehen. 2026 sollen US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland stationiert werden. Es geht um die Grundentscheidung: Entweder wir setzen uns für ein friedliches, soziales und nachhaltiges Deutschland ein oder wir rutschen ab in eine lähmende und selbstzerstörerische „Kriegstüchtigkeit“.

Wenn es um den Frieden geht, haben wir alle ein Recht uns einzumischen. Wir rufen deshalb auf zur großen Weigerung unserer Gesellschaft gegen die neuen Mittelstreckenwaffen in unserem Land! **Wir sagen Nein zur Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Süddeutschland.** Sie sind Erstschlagwaffen. Sie machen Deutschland zu einem vorrangigen Kriegsziel und setzen einen neuen Rüstungswettlauf in Gang. Die geplanten Hyperschallraketen Dark Eagle steigern die Spannungen und sind insbesondere für Deutschland eine Gefahr, zum Ziel eines Präventivangriffs zu werden. Überdies fördern die geringen Vorwarnzeiten das Risiko von Fehlreaktionen. Die Stationierung wurde ohne jede öffentliche und parlamentarische Diskussion entschieden. Abrüstungsverhandlungen sind nicht vorgesehen. Wir müssen uns entscheiden – unterzeichnen Sie wie bereits über 90.000 weitere Bürgerinnen und Bürger – den **Berliner Appell: Gegen neue Mittelstreckenwaffen und für eine friedliche Welt.** Unterstützen Sie die Kampagne „Friedensfähig statt erstschlagfähig: Für ein Europa ohne Mittelstreckenwaffen!“

Die Orientierung auf eine Kriegswirtschaft freut Konzerne ...

Deutschland: „Eine neue Ära der Führung“ : Wirtschafts- und Verteidigungsministerium beraten mit Vertretern der Rüstungsindustrie und der zivilen Wirtschaft über die Möglichkeiten, Deutschlands industrielle Basis in militärische Stärke zu übersetzen.

Weiterlesen: [German Foreign Policy](https://www.german-foreign-policy.com/) 16.12.2025

Eine Studie enthüllt, wie die EU die Rüstungsindustrie „nachhaltig“ gemacht hat
„Grüne“ Investitionen in Rüstungsunternehmen haben in den letzten Jahren stark zugenommen und werden im Jahr 2025 die Marke von 50 Milliarden Euro überschreiten.
“Der Verteidigungssektor strebt Zugang zu dem wachsenden Kapitalpool an, der als „grüne“ oder „ESG“-Investitionen (die Aktivitäten in den Bereichen Umwelt, Soziales oder gute Unternehmensführung fördern sollen) gehalten wird. Der europäische Teil dieses Marktes hat laut den neuesten **Morningstar-Daten** einen Wert von 7 Billionen Euro. **So flossen auch 50 Milliarden Euro an „grünen“ Geldern in Panzer und Militärdrohnen**

<https://voxeurop.eu/de/eu-ruestungsindustrie-nachhaltig-greenwashing/>

IMI-Studie 2025/06

Jürgen Wagner:

Kriegswirtschaft in Deutschland und Europa“

Inhalt: *Entsicherte Militärausgaben; Europa und die „Ära der Aufrüstung“; Europäische Union; Kriegswirtschaft: Risiken & Nebenwirkungen*

Herausgeberin ist die Europaabgeordnete Özlem Demirel. Ihr Fazit: [...] Ein Selbstläufer ist die anvisierte Militärmacht Europa also in keiner Weise,

doch selbst wenn ihr Aufbau scheitern sollte, allein der Versuch wird irrwitzige Milliardenbeträge verschlingen, während sich die Klima-, Umwelt-, Gesundheits- und Armutskrisen immer weiter verschlimmern. Die sich in Teilen bereits abzeichnende Umstellung in Richtung Kriegswirtschaft ist ein Holzweg, sie trägt nichts dazu bei, die großen Krisen unserer Zeit zu bewältigen – im Gegenteil.



Rückblick: Proteste, Vertiefung der Analysen und konkrete Vereinbarungen

Vom 2. bis 4. Oktober 2025 fand der 24. IPPNW-Weltkongress 2025 in Nagasaki statt.

[...]Die Langzeitfolgen der Atomwaffeneinsätze sind bis heute sichtbar – in den Körpern der Überlebenden, in den genetischen Spuren ihrer Nachkommen und in den psychosozialen Traumata ganzer Generationen. [...] Der Kongress in Nagasaki ist ein eindringlicher Appell an die medizinische Fachwelt, sich *als gesellschaftliche Akteure* zu verstehen, die sich für Prävention, Aufklärung, Abrüstung und politische Verantwortung einsetzen.

Am 26. Mai 2025 wurde in der WHO-Generalversammlung die Resolution „**Effects of Nuclear War on Public Health**“ mit großer Mehrheit angenommen. Die Weltgesundheitsorganisation wird beauftragt, die gesundheitlichen und umweltbezogenen Auswirkungen eines Atomkrieges systematisch zu untersuchen und die Forschung auf diesem Gebiet erheblich auszuweiten. [Presseinformation von IPPNW](#)

Der **New-START-Vertrag von 2010 zwischen den USA und Russland zur Begrenzung strategischer Atomwaffen**, der 2021 verlängert wurde, ist am 5. Februar 2026 ausgelaufen. New START hatte für beide Seiten die Anzahl von Atomsprenköpfen auf 1.550 und die Zahl der Trägersysteme auf 800 festgelegt. Nachdem der **INF-Vertrag** von 1987 zur Beseitigung der Mittelstreckenwaffen von den USA 2019 gekündigt worden war, blieb der New-START-Vertrag das letzte Abkommen zur Begrenzung von Atomwaffen. Mehr: atomwaffenfrei.de

Infoblatt von atomwaffenfrei.de: "5 Jahre UN-Atomwaffenverbot - Für eine Welt ohne Atomwaffen!"

Fabian Scheidler:

Friedenstüchtig – wie wir aufhören können, unsere Feinde selbst zu schaffen“ (ProMedia, 2025)

32. Bundesausschuss Friedensratschlag, 9.11.2025 - [Gesamte Dokumentation der Redebeiträge, Presseveröffentlichungen und Abschlusserklärung](#)

Dokumentation des IMI-Kongresses (Nov. 2025)

„Kriegsbudget: Rüstung & Sozialabbau“ / „Kriegswirtschaft: Neues Industriemodell?“ / „Kriegsgesellschaft: Operationsplan Deutschland“ / „Recht und Öffentlichkeit der Militärrrepublik“/ Abschluss: Widerstand, Kriegsdienstverweigerung



19.12.2025 - Die **britische Eisenbahner- und Transportarbeitergewerkschaft RMT** und die **Campaign for Nuclear Disarmament (CND)** präsentieren Konzepte und konkrete Schritte für Alternativen zur aktuellen Rüstungs- und Kriegspolitik.

Weiterlesen:

[German Foreign Policy](#)

Initiative Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg

Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit!

Der Kampf für höhere Löhne, den Erhalt des Sozialstaats und eines besseren Lebens für alle und der Kampf gegen Hochrüstung und Krieg gehören untrennbar zusammen! Um zu diskutieren, wie wir die politische und gewerkschaftliche Lage einschätzen und wie wir am besten eingreifen können, laden wir ein zu einer **Videokonferenz** der Initiative Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg **am Montag, 16.03.2026, 18 bis 20 Uhr.**

Gewerkschaftsforum.de (mit vielen Hinweisen!)

Frieden - die Charta von Paris und die KSZE

8.11.2025 „Sicherheit ist unteilbar“ – Die Aktualität der „Charta von Paris“ von Leo Ensel, [Globalbridge](#)

Im November 1990 trafen sich die Staats- und Regierungschefs aller europäischen Staaten inklusive der Sowjetunion sowie der USA und Kanada in der französischen Hauptstadt, wo sie am 21. November 1990 gemeinsam die **„Charta von Paris – Für ein neues Europa“** unterzeichneten. Sie verkündete den Beginn eines neuen Zeitalters des Friedens und der Zusammenarbeit: *„In Übereinstimmung mit unseren Verpflichtungen gemäß der Charta der Vereinten Nationen und der Schlußakte von Helsinki erneuern wir unser feierliches Versprechen, uns jeder gegen die territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit eines Staates gerichteten Androhung oder Anwendung von Gewalt zu enthalten. Wir bekräftigen unser Bekenntnis zur friedlichen Beilegung von Streitfällen. Wir beschließen, Mechanismen zur Verhütung und Lösung von Konflikten zwischen den Teilnehmerstaaten zu entwickeln. Nun, da die Teilung Europas zu Ende geht, werden wir unter uneingeschränkter gegenseitiger Achtung der Entscheidungsfreiheit eine neue Qualität in unseren Sicherheitsbeziehungen anstreben.“* Und dann der zentrale Satz: *„Sicherheit ist unteilbar, und die Sicherheit jedes Teilnehmerstaates ist untrennbar mit der aller anderen verbunden.“*

[...]Das brandgefährliche antagonistische Gerangel um die Ukraine, das im Worst Case einen **Dritten Weltkrieg** zu entflammen droht, kann nur in einer **überwölbenden Sicherheitsstruktur** überwunden werden: Der einzige realistische, wenn auch derzeit ‚utopisch‘ erscheinende Ausweg wäre die **Rekonstruktion des Gorbatschow’schen „Gemeinsamen Europäischen Hauses“** unter den aktuellen geopolitischen Rahmenbedingungen **auf Basis des Prinzips der gemeinsamen Sicherheit.** [...] Das würde nichts weniger als eine „Kopernikanische Wende in den Köpfen“ bedeuten. Genauer: *Wir haben jetzt radikal ‚antizyklisch‘ zu denken und zu handeln – und zwar so, als ob ein wiedervereinter europäischer Kontinent, das „Gemeinsame Europäische Haus“ bereits existieren würde!* [...] Diese Lösungsperspektive mental zu kultivieren, sie dauerhaft wach zu halten und immer wieder hartnäckig einzufordern, wäre eine – nein: die – zentrale Aufgabe der Friedensbewegung. [...]Denn eines müssen wir mit allen Kräften verhindern: Einen vereinten eurasischen Kontinent –in Gestalt eines auf Jahrtausende **verstrahlten Trümmerfelds!** Es gibt nur diesen einen Ausweg.

50 Jahre KSZE: Helsinki 2.0 – naive Illusion oder konkrete Utopie? Vortrag von **Andreas Zumach**, 25.10.2025

Aktionen gegen Kriegstromele und Kriegswirtschaft

EU-weite Kampagne Stop Rearm Europe

OPEN LETTER an Abgeordnete des EU-Parlaments

Mehr als 800 Organisationen lehnen die EU-Pläne ab, 800 Milliarden Euro für die Wiederaufrüstung auszugeben. Das Geld wird für soziale, ökologische und gemeinsame Sicherheit für Europa und die Welt benötigt.

<https://stoprearm.org/signatories>.

Wir sagen NEIN zur Wehrpflicht! NEIN zu allen Zwangsdiensten! Bundesweiter Schulstreik gegen die Wehrpflicht, 5. März 2026

<https://schulstreikgegenwehrpflicht.com/>

Der erste Schulstreik am 5. Dezember hat deutlich gezeigt, dass sich bundesweit Tausende von Schüler*innen in über 80 Städten gegen die Wehrpflicht und somit gegen das „Neue Wehrdienstgesetz“ aussprachen. Organisiert wurden die Schulstreiks durch örtliche Schulstreikkomitees. Junge Menschen wollen sich nicht zu Kriegsdiensten verpflichten lassen und streiken wieder im März.

DFG-VK: Immer mehr Milliarden fürs Militär? Nicht mit mir!

<https://dfg-vk.de/nichtmitmir/> (Unterschriftensammlung)

[...] Fünf Prozent ihrer Wirtschaftsleistung sollen die NATO-Staaten künftig für Militär und kriegsrelevante Infrastruktur ausgeben. [...] **Aufrüstung führt in die Sackgasse!** Dass Frieden und Sicherheit durch immer mehr Waffen und Abschreckung erreichbar wären, ist ein Trugschluss. Wir möchten in einem Land leben, das sich mit zivilen Mitteln für eine friedliche Welt stark macht. Diplomatie, Interessensausgleich und Völkerverständigung müssen die Grundpfeiler für Frieden in Europa und in der Welt sein.

Initiatoren des Appells: DFG-VK, www.dfg-vk.de / IPPNW, www.ippnw.de / Friedenskooperative, www.friedenskooperative.de / Ohne Rüstung Leben www.ohne-ruestung-leben.de / Internationale katholische Friedensbewegung, www.paxchristi.de

Erklärung für ein ziviles Gesundheitswesen Menschen aus Gesundheitsberufen gegen die Militarisation

„Die Prävention von Kriegen, ob konventionell oder nuklear, ist die beste Medizin. Ich halte alle Maßnahmen und Vorkehrungen für gefährlich, die auf das Verhalten im Kriegsfall vorbereiten sollen. Nur kriegspräventive Maßnahmen kann ich vertreten. Ich lehne deshalb als Beschäftigte/Beschäftigter im Gesundheitswesen jede Schulung oder Fortbildung in Kriegsmedizin ab und werde mich daran nicht aktiv beteiligen. [...] Das ändert nichts an meiner Verpflichtung und Bereitschaft, in allen Notfällen medizinischer Art meine Hilfe zur Verfügung zu stellen. [...]“

Wir werden Euch im Kriegsfall nicht helfen können!

*Risiken & Nebenwirkungen der Militarisation
des Gesundheitswesens - A4-Flyer*

Anti-SIKO-Protteste

Stoppen wir den Rüstungswahnsinn!
Demonstration und Protestkette
14. Februar 2026 in München

Stoppen wir den
Rüstungswahnsinn!



Die Kriegsangst wird durch Drohnenwarnungen, Falschinformationen und Alarmismus verstärkt. Dies lenkt von sozialen Kürzungen ab und fördert die Militarisation. Trotz fehlender Beweise für einen russischen Angriff wird eine massive Aufrüstung gerechtfertigt, was das Risiko eines Weltkriegs erhöht.

Aufruf und Programm:

<https://www.sicherheitskonferenz.de>

24. Internationale Münchner Friedenskonferenz „Gegen den Strom der Gewalt“



<https://friedenskonferenz.info/>

Aus dem ausführlichen [Programm](#):

Freitag, 13. Februar 2026, 19 – 22 Uhr

„I Refuse!“ - **Weltweiter Widerstand gegen den Krieg**
Simon David Dressler (Political Influencer) Sofia Orr, Mesarvot (israelische Kriegsdienstverweigerin), Timofy Vaskin (Kriegsdienstverweigerer aus Russland), NN, Kriegsdienstverweigerer aus der Ukraine, Franz Nadler (Connection e.V.), Katharina Rotmayr-Czerny (Netzwerk Friedenssteuer), Moderation: Kerem Schamberger (medico international) (Präsenz und Live-Stream)

Samstag, 14. Februar 2026, 19 – 22 Uhr

„Zeit zu reden - Sanktionen und Boykotte als Mittel von Politik und Zivilgesellschaft“ mit Deborah Feldman (Autorin), Dr. Shir Hever, (Political Economist), Khaled El Mahmoud (Jurist und Völkerrechtler), Prof. Dr. Isabel Feichtner, (Rechtswissenschaftlerin), Moderation: Kristen Helberg (Präsenz und Live-Stream)

Sonntag, 15. Februar 2025, 11 – 13 Uhr (Präsenz)

Buchlesung mit **Fabian Scheidler** „Friedenstüchtig“

Attac Österreich: Kampagne ‚Nein zu Aufrüstung und Militarisation - Frieden vor Profite‘

<https://www.attac.at/kampagnen/nein-zu-aufruestung-und-militarisierung>

Aktiv für den Frieden: Einige Web-Seiten

<https://nie-wieder-krieg.org/> <https://friedensratschlag.de/>

<https://www.imi-online.de/> <https://www.ippnw.de>

<https://www.german-foreign-policy.com/>

<https://www.friedenskooperative.de/>

www.atomwaffenfrei.de/

<https://enaat.org/> European Network Against Arms Trade

Palästina

Weiterhin Völkermord, Besatzung und Vertreibung

Gaza

UN-Ochaupt, 28.1.2026 – Seit dem „Waffenstillstand“ wurden 492 Palästinenser getötet und 1.356 verletzt.

4.2.2026 „Wo bleibt der Waffenstillstand?“: Bei israelischen Bombenangriffen auf Gaza kommen 23 Menschen ums Leben, darunter vor allem Frauen und Kinder

30.12.2025 - Die Wetterbedingungen im Gazastreifen haben zu weiteren Opfern und erhöhten Gesundheitsrisiken geführt, darunter Unterkühlung bei Babys und Krankheiten aufgrund von überlaufenden Abwasserkanälen.

Gaza Humanitarian Response | Situation Report No. 57

15.1.2026 - Stürme zerstören Zelte: Nach UN-Angaben haben die starken Regenfälle und Überschwemmungen Tausende von Zelten unbewohnbar gemacht und fast 800.000 Menschen (40 Prozent der Bevölkerung) in hochwassergefährdeten Gebieten einem erhöhten Risiko ausgesetzt – wodurch Familien ohne Decken, Matratzen oder Heizung der Winterkälte ausgesetzt sind. Hunderte von Zelten wurden einfach weggeweht und provisorische Unterkünfte wurden schwer beschädigt. *Mehr: [Artikel und Video](#)*

16.12.2025 - Müll vergiftet Gaza - Da Israel alle wichtigen Deponien in Gaza kontrolliert, wurden 900.000 Tonnen Feststoffabfälle in der Enklave abgelagert, was die Krise im Bereich der öffentlichen Gesundheit verschärft hat - *Weiterlesen /Videos: [dropsitenews.com](#)*

5.12.2025 - Israel blockiert weiterhin Hilfslieferungen in den Gazastreifen, verzögert den Wiederaufbau und lässt Krankenhäuser mit Versorgungsengpässen zurück, während die Menschen täglich Hunger leiden. *[mondoweiss.net](#)*

2.2.2026 - BIP-Aktuell #382: Das Schulsystem in Gaza

Tägliche Berichte von [ochaopt.org](#); ausführliche Berichte: <https://www.palestinemission.at/> und [hier](#)

16.09.2025 - Unabhängige Menschenrechtskommission wirft Israel Völkermord vor - [Übersetzung](#) - [Bericht und Infographik](#); Cartography of Genocide <https://gaza.forensic-architecture.org/database>

20. Dezember 2025 - [dropsitenews](#) - Israel bereitet sich laut Satellitenbildern auf eine dauerhafte Präsenz in Gaza vor. Seit Inkrafttreten des sogenannten Waffenstillstands in Gaza am 10. Oktober konsolidiert Israel seine Kontrolle über 50 % Gazas. Die [Analyse von Forensic Architecture](#) (23 Karten) zeigt eindeutig, dass Israel seine militärische Präsenz auf dem Boden östlich der gelben Linie so konsolidiert, dass keine Absicht auf einen weiteren Rückzug hindeutet. *"Dies ist unbestreitbar eine israelische Kampagne zur Teilung des Gazastreifens und damit zur Förderung des langfristigen Ziels, die palästinensische Bevölkerung anderswohin zu vertreiben"*, sagte Rabbani, Mitherausgeber von Jadaliyya und ehemaliger UN-Beamter." -

Israelische NGO B'Tselem: "No Place Under Heaven": Forced displacement in the Gaza Strip, 2023-2025 - [ausführlicher Bericht](#), 19.12.2025

Der Horror der israelischen Gefängnisse: Massenverhaftungen, Folter, willkürliche Inhaftierungen ohne Anklage oder Gerichtsverfahren, Isolationshaft, erniedrigende Behandlung: Berichte zahlreicher internationaler Organisationen, darunter verschiedene UN-Agenturen und zahlreiche NGOs, dokumentieren die unmenschlichen Bedingungen für palästinensische Häftlinge in israelischen Gefängnissen seit dem 7. Oktober 2023. **Arte, Jan. 2026 – [Video](#)**
B'Tselem, 19.1.2026: [New report: Living Hell - The Israeli Prison System as a Network of Torture Camps](#)

Westjordanland und Ostjerusalem

Januar 2026 - Seit Januar 2025 andauernde **israelische Operation „Eiserne Mauer“ im Westjordanland**: Laut UN-Berichten töteten israelische Streitkräfte zwischen Oktober 2023 und November 2025 über 1.000 Palästinenser im Westjordanland (darunter 223 Kinder) und vertrieben etwa 40.000 Menschen – die Hälfte davon allein aus dem Flüchtlingslager Jenin. *Weiterlesen: [BIP-Aktuell #380](#)*

30.1.2026 - Ein koordinierter Pogrom durch Siedler und Soldaten in mehreren Dörfern in Masafer Yatta: Während Siedler über fünf Stunden lang Häuser in Brand setzten und Vieh in drei Dörfern plünderten, blockierten israelische Soldaten Krankenwagen, verhafteten Opfer und beteiligten sich sogar an Schlägereien. *Mehr: [Artikel von Basel Adra](#)*

22.1.2026 – Humanitäre Situation in der West Bank Seit dem 19. Januar unterliegen rund 25.000 Einwohner des Gebiets H2 in **Hebron** einer Ausgangssperre und strengen Bewegungsbeschränkungen im Rahmen einer groß angelegten israelischen Operation, wodurch der Zugang zu Nahrungsmitteln, Gesundheitsversorgung und Bildung beeinträchtigt wird. [...] Anhaltende Angriffe, Drohungen und Einschüchterungen durch Siedler, die den Zugang zu Häusern, Weideland und Wasser behindern und das Sicherheitsgefühl der Bewohner untergraben, haben in den letzten zwei Wochen **über 100 palästinensische Beduinen- und Hirtenfamilien aus fünf Gemeinden im Westjordanland vertrieben**. *Mehr: [ochaopt](#)*

7.1.2026 – Die israelische Armee stürmt erneut die Birzeit-Universität im Westjordanland und verletzt Dutzende von Studenten. Israel versucht, hart gegen die palästinensische Studentenbewegung vorzugehen. *[people-dispatch](#)*

9.12.2025 - Israel zerstört Hunderte von Olivenbäumen im besetzten Westjordanland - [Video](#)

17.11.2025 - [BIP-Aktuell #373](#): Extrem gewalttätige Siedler im Westjordanland: Hier zeigt sich der Siedlerkolonialismus

UND DOCH: Basel Adra, 2.2.2026: In der stark militarisierten Altstadt von **Hebron** öffnet ein palästinensisches **Kino** seine Türen; Das erste Kino der Stadt seit fast einem Jahrhundert trotz den israelischen Bewegungsbeschränkungen und Angriffen von Siedlern, um politische Filme für Einheimische und Aktivisten zu zeigen. *[+972mag.com](#)*

Kein Arbeitsverbot für Hilfsorganisationen im Gaza-Streifen und im Westjordanland!

UNRWA-Generalkommissar, 20.1.2026: Beispiellose Verletzung der UN-Räumlichkeiten und des Völkerrechts in Ostjerusalem

Am 20. Januar 2026 stürmten israelische Streitkräfte das UNRWA-Hauptquartier in Ostjerusalem.

Philippe Lazzarini, UNRWA-Generalkommissar, schildert die Vorgänge, wie Bulldozer auf das Gelände eindrangen und unter Aufsicht von israelischen Abgeordneten und einem Regierungsmitglied Gebäude abrisen. Er beschreibt weitere Angriffe auf UNRWA und bezeichnet die Vorgänge als beispiellosen Angriff auf eine UN-Organisation und eine neue Ebene der bewussten Missachtung des Völkerrechts durch Israel. Er appelliert: „Das muss ein Weckruf sein. ...

Das Völkerrecht steht viel zu lange zunehmend unter Beschuss und riskiert, ohne eine Reaktion der Mitgliedsstaaten irrelevant zu werden.“ - [unrwa.org](https://www.unrwa.org)

- Elf Regierungen in Europa haben diese Zerstörungen verurteilt – Deutschland ist nicht dabei. *JungeWelt*, 30.1.2026
- Artikel von Karin Leukefeld in den *Nachdenkseiten*

17.12.2025 - Die Vereinten Nationen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) fordern die internationale Gemeinschaft nachdrücklich auf, unverzüglich konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um die israelischen Behörden dazu zu bewegen, alle Hindernisse, einschließlich des neuen Registrierungsverfahrens für internationale NGOs (INGO), aufzuheben, die weiterhin die humanitären Operationen in den besetzten palästinensischen Gebieten untergraben oder zum Zusammenbruch der humanitären Hilfe führen könnten, insbesondere im Gaza-Streifen. [...] Im März 2025 führten die israelischen Behörden ein neues Registrierungssystem für internationale Nichtregierungsorganisationen (INGOs) ein [...]. Das System stützt sich auf vage, willkürliche und stark politisierte Kriterien und stellt Anforderungen, die humanitäre Organisationen nicht erfüllen können, ohne gegen internationale rechtliche Verpflichtungen zu verstoßen oder grundlegende humanitäre Prinzipien zu kompromittieren. Nach den derzeitigen Rahmenbedingungen droht Dutzenden von INGOs bis zum 31. Dezember 2025 die Aufhebung ihrer Registrierung, gefolgt von der erzwungenen Einstellung ihrer Aktivitäten innerhalb von 60 Tagen. [...]

Der laufende Neuregistrierungsprozess und andere willkürliche Hindernisse für humanitäre Maßnahmen haben dazu geführt, dass lebenswichtige Hilfsgüter im Wert von Millionen von Dollar – darunter Lebensmittel, medizinische Artikel, Hygieneartikel und Hilfsgüter für Unterkünfte – außerhalb des Gazastreifens festsitzen und die Menschen in Not nicht erreichen können. [...] Seit der Ankündigung dieses neuen Verfahrens haben die Vereinten Nationen und die internationalen Nichtregierungsorganisationen in gutem Glauben mit den israelischen Behörden zusammengearbeitet, um die Aspekte des Registrierungsverfahrens hervorzuheben, denen die internationalen Nichtregierungsorganisationen nicht nachkommen können, und um nach umsetzbaren und akzeptablen Lösungen zu suchen, die die Kontinuität der lebensrettenden Maßnahmen gewährleisten würden. [...] Die israelischen Behörden haben jedoch keine entsprechenden Anpassungen vorgenommen. [...] UN-Organisationen und NGOs bekräftigen, dass humanitärer Zugang nicht optional, an Bedingungen geknüpft oder politisch motiviert ist. Er ist eine rechtliche Verpflichtung nach dem humanitären Völkerrecht, insbesondere in Gaza, wo Israel es versäumt

hat, eine angemessene Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Die israelischen Behörden [...] müssen unverzüglich ihre Politik, die humanitäre Einsätze behindert, rückgängig machen und sicherstellen, dass humanitäre Organisationen ohne Beeinträchtigung humanitärer Grundsätze arbeiten können. Lebensrettende Hilfe muss ohne weitere Verzögerungen zu den Palästinensern gelangen können. [...] *Vollständiger Text: ochaopt.org; [Liste der betroffenen Organisationen](#)*

2.1.2026 - [Palestinian Centre for Human Rights](#)

„Patienten, Kinder, Frauen, Menschen mit Behinderungen und andere Bevölkerungsgruppen zu einem so kritischen Zeitpunkt von den wesentlichen Dienstleistungen dieser Organisationen zu trennen, ist ein weiterer Beweis für Israels völkermörderische Absicht, die ohnehin katastrophalen humanitären Bedingungen zu verschärfen und das Leid der Palästinenser zu vergrößern. Im Jahr 2024 hat der Internationale Gerichtshof (IGH) ausdrücklich bestätigt, dass Israel eine rechtliche Pflicht hat, humanitäre Hilfe nach Gaza zu ermöglichen und zu erleichtern.“

1.1.2026 - [Gemeinsame Erklärung von israelischen](#)

Organisationen: „[...] Hilfsleistungen von politischer Ausrichtung abhängig zu machen, die Unterstützung der rechtlichen Rechenschaftspflicht zu bestrafen und die Offenlegung sensibler personenbezogener Daten palästinensischer Mitarbeiter und ihrer Familien zu verlangen, stellt eine Verletzung der Fürsorgepflicht dar und setzt die Arbeitnehmer Überwachung und Gefahren aus.“

1.1.2026 - [israelische GISHA:](#) [...] Seit Beginn des Krieges behindert Israel die Arbeit von Organisationen, die im Gaza-Streifen tätig sind und über die katastrophale Lage der dortigen Zivilbevölkerung berichten. Die Schaffung eines unpraktikablen Registrierungsmechanismus mit unangemessenen Anforderungen durch Israel hat nun dazu geführt, dass diesen Organisationen die Arbeitserlaubnis entzogen wurde. Diese Maßnahme wird zusammen mit drakonischen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und des Zugangs zu humanitärer Hilfe und lebenswichtiger Ausrüstung, einschließlich der Annullierung von Visa und der Ausweisung von Hilfs- und medizinischem Personal, beispielsweise zur Schließung jeder dritten Gesundheitseinrichtung in Gaza führen. Darüber hinaus werden lebenswichtige Dienste stark beeinträchtigt werden, [...]

5.1.2026 - Pax Christi Deutschland fordert:

„Kein Arbeitsverbot für Hilfsorganisationen im Gaza-Streifen und im Westjordanland!“
Die Bundesregierung soll entschiedene Maßnahmen gegenüber der israelischen Regierung treffen - [Presseerklärung](#)

Interview mit Mustafa Barghouti - [Übersetzung](#)

1.1.2026 - [...] Warum wagt es Israel, Organisationen anzugreifen, die aus Ländern wie Dänemark, Schweden, Norwegen, Holland, Deutschland und vielen anderen stammen? Das liegt hauptsächlich daran, dass Israel erkennt, dass diese Länder keine Sanktionen gegen Israel verhängt haben, unabhängig von ihrer Überzeugung, dass Israel gegen das Völkerrecht verstößt. [...]

Wir bräuchten keine Hilfe, wenn wir nicht besetzt wären. Das Hauptproblem, das uns von humanitärer Unterstützung und Hilfe abhängig macht, ist die militärische Besatzung durch Israel. Und ohne deren Beendigung wird es keine Lösung für diese Situation hier geben.“

Deutschlands Verantwortung

KoPI-Konferenz, Dezember 2025 in Frankfurt /Main,

Dr. Shir Hever, Geschäftsführer von BIP, referierte „[Zur Verantwortung der Wirtschaft für den Völkermord in Gaza](#)“
Prof. Dr. jur. Ninon Colneric: „[Deutschlands Verantwortung für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel](#)“
[Videomitschnitt der Konferenz](#)

"Keine Waffen für Kriegsverbrechen in Gaza":

[Amnesty-Protest am 5. Dezember 2025](#) in Berlin gegen die Entscheidung der deutschen Bundesregierung, den Genehmigungsstopp für Waffenexporte nach Israel aufzuheben.
19.12.2025 - Amnesty international: [Deutsche Reederei Gerdess muss Rüstungslieferungen an Israel stoppen](#)

Nach der Untersuchung von [counter-investigations](#) haben die Lieferungen aus Deutschland einen Anteil von 28 bis 30% an den gesamten Waffenlieferungen.

Don't Buy into Occupation [Report 2025](#)

<https://www.whoprofits.org/> : ein unabhängiges Forschungszentrum, das sich der Aufdeckung der Rolle des Privatsektors in der israelischen Besatzungswirtschaft widmet

[Bericht \(Dez.2023\): Die Unternehmen, die Waffen für Israels Angriffe auf Gaza liefern](#)

11.12.2025: **Völkerrecht adé: Der Besuch von Kanzler Merz in Israel** "offenbarte eine beunruhigende Kluft zwischen Deutschlands erklärten Verpflichtungen zu Menschenrechten und Völkerrecht auf der einen Seite und seiner Politik gegenüber der offensichtlichen Verletzung dieser Prinzipien durch die israelische Regierung auf der anderen Seite." - Weiterlesen: [IPG-Journal](#)

19.01.2026 – [Interview](#) mit Shir Hever zum deutsch-israelischen Cyberpakt „Deutschland macht sich damit gemein mit israelischen Verbrechen“

22.12.2025 - [BIP-Aktuell #378:](#) [Israels Krieg gegen den Journalismus](#)

17.12.2025 - [Shir Hever](#): Israel – Eine Gesellschaft zwischen Wahnvorstellung und Erwachen daraus – [Video](#); [pdf](#)
nd-aktuell: [Israel: Für viele Bewohner nicht mehr auszuhalten](#)

[BIP-Aktuell #376 \(8.12.2025\): ELNET,](#) [eine israelische Lobbyorganisation,](#) [übt erheblichen Einfluss auf deutsche Politik aus](#)

„Sand im Getriebe“ über Palästina:
Mehrere Artikel in [SIG 159](#); [Hauptquellen](#);
6 [Sondernummern](#) (Okt. 2023 – Okt. 2025);
<https://www.sand-im-getriebe.org/artikel/thema-israel-palastina>

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft:
[Palästina Journal – Ausgabe 24](#): „Völkermord“ –
Schwerpunkt: „Palästinensische Wirtschaft unter Schock; Der Hype um den Trump-Plan

Lemkin-Institut für Völkermordprävention [Erklärung](#) zur Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen bei der Aufrechterhaltung der deutschen Leugnung des Völkermords

13. Januar 2026 - [...] Die historische Verantwortung, nach dem Holocaust für die Sicherheit der Juden zu sorgen, wird in Deutschland zwar allgemein anerkannt, sie wurde jedoch in den letzten Jahren missbraucht, um die bedingungslose Unterstützung eines andauernden Völkermords zu rechtfertigen. [...] Die größten deutschen Medienunternehmen haben ihre journalistische Verantwortung aufgegeben, kritische Stimmen bedroht und sind damit praktisch zum loyalsten Sprachrohr der israelischen Regierung geworden. In einer Zeit, in der sowohl Israel als auch Deutschland vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) stehen – das eine wegen Völkermord, das andere wegen dessen Begünstigung –, prägen leugnende und explizit anti-palästinensische Narrative den politischen Diskurs in Deutschland. [...] Ein Diskurs, in dem die Leugnung des Völkermords normalisiert und strategisch eingesetzt wird, verstößt nicht nur gegen das Völkerrecht, sondern bedroht auch die Grundlagen des demokratischen Staates Deutschland. Ein wachsender Prozentsatz der deutschen Bevölkerung unterstützt die Haltung ihrer Regierung nicht mehr: Rund 60 Prozent der Deutschen meinen, dass Israels Handlungen einen Völkermord darstellen, und zwei Drittel sind der Meinung, dass die Außenpolitik des Landes [...] in erster Linie vom Völkerrecht und den universellen Menschenrechten geleitet werden sollten.
SiG-Redaktion: Das Lemkin-Institut ist eine US-amerikanische NGO. Raphael Lemkin war ein polnisch-jüdischer Jurist, der für die UNO einen Gesetzesentwurf zur Bestrafung von Völkermord ausarbeitete ([1948 verabschiedet](#)).

Internationale Kritik an Repression von pro-palästinensischen Aktivitäten in Deutschland

Das [European law support centre \(ELSC\)](#) hat zusammen mit [Forensic Architecture](#) und [Forensis](#) im Mai 2025 Daten über die systematische institutionelle Repression von pro-palästinensischen Aktivitäten veröffentlicht.
[Pressemitteilung](#); Zusammenfassung: [elsc.support](#);
[Bericht](#) von FIDH, Oktober 2025

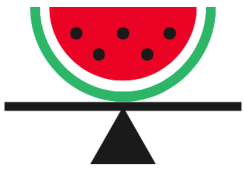
Verteidigung der „Ulm 5“ fordert sofortige Entlassung aus Untersuchungshaft

[Pressemitteilung](#) vom 26. Januar 2026: „[...] Die Mandant:innen befinden sich seit nunmehr fast fünf Monaten ununterbrochen in Untersuchungshaft. Die verschärften Bedingungen gelten weiterhin.[...] Die Vollstreckung von Untersuchungshaft war von Beginn an unverhältnismäßig. Die Tat war offenkundig auf ein legitimes Ziel, das Töten von Zivilist:innen in Gaza zu beenden, gerichtet. Es ist in diesem Rahmen lediglich zu Sachschäden gekommen, Menschen wurden nicht verletzt. Die [Elbit Systems Deutschland GmbH](#) und [Co KG](#) ist eine 100%ige Tochter der israelischen [Elbit Systems Ltd.](#) Diese profitiert erheblich vom Krieg in Gaza und liefert einen Großteil der dort eingesetzten Drohnen. In diese Richtung einer rechtfertigenden Nothilfe wurde jedoch keineswegs ermittelt, eine entsprechende Aufforderung der Verteidigung wurde seitens der Generalstaatsanwaltschaft Stuttgart ignoriert. [...]“

Europäische Bürgerinitiative

Wir fordern angesichts Israels Menschenrechtsverletzungen

die vollständige Aussetzung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel



JUSTICE FOR PALESTINE

STOP EU TRADE WITH CRIMINALS

Laut der Europäischen Kommission ist der Staat Israel für die beispiellose massenhafte Tötung und Verletzung von Zivilistinnen und Zivilisten sowie für die massenhafte Vertreibung der Bevölkerung und die systematische Zerstörung von Krankenhäusern und medizinischen Einrichtungen in Gaza verantwortlich [1].

Israel blockiert zudem die Bereitstellung humanitärer Hilfe; dieses Vorgehen könnte als Aushungern als Methode der Kriegsführung angesehen werden.

Israel bricht mit zahlreichen Regeln und Verpflichtungen des Völkerrechts und leistet der Anordnung des Internationalen Gerichtshofs [2], das Verbrechen des Völkermords zu verhindern, nicht Folge.

Und doch hat die EU ihr Assoziierungsabkommen mit Israel, ein Eckpfeiler der bilateralen Zusammenarbeit zwischen der EU und Israel in den Bereichen Handel, Wirtschaft und Politik, noch immer nicht ausgesetzt.

Die EU-Bürgerinnen und -Bürger dürfen nicht mehr hinnehmen, dass die EU ein Abkommen aufrechterhält, das einen Staat legitimiert und finanziert, der Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen begeht.

Daher fordern wir die Kommission auf, dem Rat einen Vorschlag für die vollständige Aussetzung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel vorzulegen.

[1] Europäischer Auswärtiger Dienst, Vermerk des Büros des EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte, 20. Juni 2025, <https://euobserver.com/eu-and-the-world/ar0246a0da>.

[2] Internationaler Gerichtshof, Anordnung vom 26. Januar 2024, <https://www.icj-cij.org/node/203447>.



<https://eci.ec.europa.eu/055/public/#/screen/home>

[...] (**Pax Christi, 28.1.2026**) Das **Assoziierungsabkommen** bildet seit über 25 Jahren die Basis für eine weitreichende Kooperation der EU mit Israel, bestehend aus einer Freihandelszone und einer engen Zusammenarbeit in den Bereichen Forschung, Industrie und Energie. Gleichzeitig verpflichtet **Artikel 2** die Vertragspartner aber auch zu einer Einhaltung der Menschenrechte als wesentlichem Element des Abkommens. Die Menschenrechte werden von der israelischen Regierung jedoch ständig und in immer härterer Form eklatant verletzt. Damit eine Europäische Bürgerinitiative erfolgreich ist und die EU sich mit ihren Forderungen befasst, muss sie **innerhalb eines Jahres mindestens eine Million gültige Unterschriften** (die EU-Staatsbürgerschaft ist Voraussetzung) erreichen.

<https://eci.ec.europa.eu/055/public/#/screen/home> - **Ausführliche Infos** (auch über den Stand der Unterschriften) hier: https://citizens-initiative.europa.eu/initiatives/details/2025/000005_de und im **DPG-Rundbrief 1/26**

--- **FLYER mit dem Text der Initiative:** [A5-Format, 1 Seite](#); [A5-Format, 4 Seiten](#); [A6-Format](#)--- **Plakat 1**; **Plakat 2**

--- **Frühere Aktionen:** 4.2.2025 - **Offener Brief** von 160 Organisationen an U. von der Leyen; 19.1.2025

- **Offener Brief von Gewerkschaften in der EU: Suspendierung des Assoziierungsabkommens EU-Israel! u. a. m.**

Solidarität

Mit einem **Aktionstag am 6.2.2026** protestierten Arbeiter **in mehr als 20 der größten Häfen am Mittelmeer** gegen die Militarisierungspolitik der EU und **gegen die Nutzung der Häfen für den Waffennachschub im Ukraine-Krieg und in Israel.** [German foreign policy](#),

Karte und mehr: [peoplesdispatch](#)

Gewerkschaftsmitglieder für Frieden und Gerechtigkeit in Palästina: <https://www.gewerkschafter4gaza.de/>
European Trade Union Network for Justice in Palestine
<http://www.etun-palestine.org/site/>

Die flämischen Universitäten von Vrije-Brüssel, Antwerpen und Gent haben gemeinsam entschieden, Francesca Albanese einen Ehrendokortitel zu verleihen.

Es ist keine routinemäßige akademische Geste. Es ist eine Stellungnahme. Es ist eine ethische Bestätigung. Und vor allem ist es eine Erklärung intellektueller Unabhängigkeit in einem globalen Klima, in dem es zu einem riskanten Akt geworden ist, die Wahrheit zu sagen - [pressenza](#)

Soli-Gruppen: <https://www.kopi-online.de/wordpress/>
Kalender von Aktionen: <http://palaestina-solidaritaet.de/>

International: <https://www.eccpalestine.org/>

14.11.2025 - Kairos Palästina – Die palästinensisch-christliche Initiative <https://www.kairos-palestine.ps/>: **Die Stunde der Wahrheit: Glaube in Zeiten des Völkermords** - [Text auf Englisch](#); [Deutsche Übersetzung](#)

15.12.2025 - »Palestine Action« in Großbritannien: »Palestine Action« war im Juli vom Innenministerium als »terroristisch« eingestuft worden. Seither gibt es in ganz Großbritannien regelmäßig Solidaritätsproteste, bei denen bisher mehr als 2.000 Personen verhaftet wurden. »Nach 42 Tagen des Hungerstreiks rufe ich die Welt auf, die acht Personen in ihrem Protest zu unterstützen«, verkündete Greta Thunberg am Sonntag auf Instagram: »Die britische Regierung soll nach einem Jahr ohne Anklage der Betroffenen endlich ihrer Forderung nach Bewährung nachkommen«, betonte die schwedische Aktivistin. [junge Welt](#)

14.01.2026 - Gefangene beenden Hungerstreik: Sie beschlossen, ihren Hungerstreik nicht fortzusetzen, nachdem die Regierung sich geweigert hatte, einen Auftrag im Wert von 2 Milliarden Pfund an das israelische Rüstungsunternehmen Elbit Systems zu vergeben. [middleeasteye](#)

Craig Mokhiber

Eine Resolution aus der Hölle

Am **17. November 2025** verabschiedete der UN-Sicherheitsrat die **Resolution 2803 (2025)** ([deutsche Übersetzung](#); [Video](#)-Übertragung der Sitzung des UN-Sicherheitsrats): Auf der Grundlage des **20-Punkte-Plans von Trump** soll ein Friedensrat gebildet werden, bei dem Trump federführend ist – ausführliche Kritiken an dem 20-Punkte-Plan hatten wir im Heft „[Gaza, November 2025](#)“ veröffentlicht. Craig Mokhiber kritisiert jetzt diese “beschämende Resolution“. Das ‚Bündnis für Gerechtigkeit zwischen Israel und Palästina‘ (<https://bip-jetzt.de>) hat eine [Übersetzung](#) seiner Stellungnahme angefertigt, die am **19. November 2025** erstmal in [Mondoweiss](#) veröffentlicht wurde.

19.11.2025 - [...] Seit die UNO 1947 gegen den Willen der einheimischen Bevölkerung Palästina aufteilte und damit den Grundstein für 80 Jahre Nakba legte, hat die UNO nicht mehr so unverhohlen kolonialistisch (und rechtlich ultra vires) gehandelt und die Rechte eines Volkes so rücksichtslos mit Füßen getreten.

Eine Resolution aus der Hölle

Am Montag, dem 17. November, verabschiedete der UN-Sicherheitsrat einen [Vorschlag](#) der USA, die Kontrolle über Gaza an ein von den USA geführtes Kolonialgremium namens „The Board of Peace“ zu übertragen und gleichzeitig eine ebenfalls von den USA geleitete Besatzungsmacht namens „The International Stabilization Force“ zu stationieren. Beide werden letztlich Donald Trump selbst unterstehen. Und beide werden in Absprache mit dem israelischen Regime agieren.

An diesem Tag, der lange als Tag der Schande für die UNO in Erinnerung bleiben wird, enthielten sich zwar sowohl Russland als auch China der Stimme, sie legten jedoch nicht ihr Veto ein, und kein einziges Mitglied des Sicherheitsrats hatte den Mut, die Prinzipientreue oder den Respekt vor dem Völkerrecht, um gegen etwas zu stimmen, das nur als kolonialistische Ungeheuerlichkeit der USA, als Billigung von Völkermord und als eklatante Missachtung der Grundsätze der UN-Charta angesehen werden kann.

Die Resolution lehnt implizit eine Reihe von [Feststellungen](#) des Internationalen Gerichtshofs (IGH) aus jüngster Zeit ab, verweigert den Palästinensern offen das Selbstbestimmungsrecht und stärkt die Straffreiheit des israelischen Regimes, obwohl der Völkermord weitergeht.

- Trotz der [Feststellung](#) des IGH, dass das palästinensische Volk ein Recht auf Selbstbestimmung auf seinem Land hat, entzieht die Resolution ihm dieses Recht und ermächtigt feindliche ausländische Kräfte, über es zu herrschen.

- Obwohl der Gerichtshof [festgestellt](#) hat, dass Gaza (ebenso wie das Westjordanland und Ostjerusalem) illegal besetzt ist und dass die Besatzung schnell und vollständig beendet werden muss, verlängert die Resolution die israelische Besatzung, billigt die unbefristete Präsenz israelischer Regierungstruppen und überlagert sie mit einer zweiten, von den USA geführten Besatzung.

- Und obwohl das Gericht festgestellt hat, dass die Palästinenser nicht mit ihren Unterdrückern über ihre Rechte [verhandeln](#) müssen und dass kein Abkommen und kein politischer Prozess diese Rechte außer Kraft setzen kann, hebt die Resolution diese Rechte auf und überträgt sie dem Ermessen der USA und ihren israelischen und anderen Partnern.

- Selbst inmitten eines anhaltenden Völkermords, der von

einem Apartheidregime verübt wird, findet sich in der Resolution kein einziger Hinweis auf die Verbrechen des Völkermords, der Apartheid oder der Kolonialisierung, auf die Tausenden von Palästinensern, die immer noch in israelischen Folter- und Todeslagern festgehalten werden, oder auf die Grundsätze der Rechenschaftspflicht für die Täter oder der Wiedergutmachung für die Opfer.

- Israel wird auch nicht verpflichtet, seinen gesetzlichen [Verpflichtungen](#) zur Entschädigung und Wiedergutmachung nachzukommen, da diese Verantwortung stattdessen internationalen Gebern und internationalen Finanzinstitutionen übertragen wird, was einer milliardenschweren Rettungsaktion für das israelische Regime gleichkommt.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Resolution neben der Förderung der Normalisierung des israelischen Regimes auch dessen vollständige Straffreiheit garantiert.



Quelle: 2025, Mondoweiss, [Latuff](#).

Eine Kolonialverwaltung

Die Resolution begrüßt, befürwortet und übernimmt sogar den weithin diskreditierten Trump-Plan (Fassung vom 29. September) und fordert alle Parteien auf, ihn vollständig umzusetzen, auch wenn sie nicht alle seine problematischen Bestimmungen zitiert. Sie ermächtigt den von Trump geleiteten Friedensrat, als Übergangsverwaltung für den gesamten Gazastreifen zu fungieren, alle Dienstleistungen und Hilfsleistungen zu kontrollieren, den Personenverkehr in und aus dem Gazastreifen zu kontrollieren und den Rahmenplan, die Finanzierung und den Wiederaufbau des Gazastreifens zu kontrollieren, und sie enthält die gefährlich

weit gefasste Ermächtigung zu „allen anderen Aufgaben, die erforderlich sein könnten“. Außerdem gewährt es dem Trump-Gremium die Vorabbefugnis, nach eigenem Ermessen undefinierte „operative Einheiten“ und „Transaktionsbehörden“ einzurichten.

Die Resolution sieht sogar eine Kollaborateurs-Gruppe palästinensischer Technokraten vor, die in ihrem eigenen Land Befehle von Trumps Friedensrat entgegennehmen und diesem Bericht erstatten sollen. In klarer Verletzung des Völkerrechts lehnt sie die palästinensische Kontrolle über ihr eigenes Gebiet im Gazastreifen ab, bis Trump und seine Mitarbeiter entscheiden, dass die Palästinensische Autonomiebehörde die von Trump selbst und dem ähnlich abscheulichen „französisch-saudischen [Vorschlag](#)“ festgelegten Reformanforderungen erfüllt hat. Und sie enthält keinerlei Zusicherung hinsichtlich der Unabhängigkeit oder Souveränität Palästinas.

Stattdessen wird in direktem Widerspruch zu den Feststellungen des IGH die Sache der palästinensischen Freiheit und Selbstbestimmung mit einer vagen, an ein Übermaß von Voraussetzungen geknüpften und unverbindlichen Formulierung zurückgeworfen. Sie besagt, NACHDEM die von Trump geführten Gremien entschieden haben, dass die Palästinenser UNDEFINIERT „Reform- und Entwicklungskriterien“ erfüllt haben, „die Bedingungen für einen glaubwürdigen WEG zur palästinensischen Selbstbestimmung und Staatlichkeit endlich gegeben sein KÖNNEN“. Und jeder Funken Hoffnung auf Fortschritte, der unter diesen Bedingungen noch übriggeblieben ist, wird schließlich durch die Gnadenstoßklausel zunichte gemacht, die besagt, dass jeder derartige Prozess zur Erreichung dieser Ziele von den USA selbst kontrolliert werden soll. Mit anderen Worten: **Der UN-Sicherheitsrat hat den USA, dem Hauptponsor des israelischen Regimes und Mitverursacher des Völkermords, ein Veto über die Selbstbestimmung der Palästinenser eingeräumt.**

Die Resolution bietet nicht einmal Hoffnung darauf, dass die systematische Deprivation des palästinensischen Volkes im Gazastreifen ein Ende findet. Während der IGH erklärt hat, dass die Beschränkungen für Hilfslieferungen aufgehoben werden müssen, „unterstreicht“ die Resolution lediglich „die Bedeutung“ humanitärer Hilfe. Sie fordert nicht deren ungehinderte Lieferung und Verteilung.

Eine stellvertretende Besatzungsmacht

Die Resolution sieht auch eine bewaffnete stellvertretende Besatzungsmacht vor, die als „Internationale Stabilisierungstruppe“ bezeichnet wird und unter dem von Trump geleiteten Friedensrat operieren soll. Diese Truppe soll über ein vom Trump-Rat genehmigtes Kommando verfügen und ausdrücklich in Zusammenarbeit mit Israel, dem Täter des Völkermords (sowie mit Ägypten), operieren.

Ihre Mitglieder sollen „in Zusammenarbeit mit“ dem israelischen Regime ausgewählt werden, und sie soll mit dem Regime zusammenarbeiten, um die palästinensischen Überlebenden in Gaza zu kontrollieren.

Sie wird beauftragt werden, die Grenzen zu sichern (d. h. die Palästinenser einzusperren), die Sicherheitslage im Gazastreifen zu stabilisieren (d. h. jeglichen Widerstand ge-

gen Besatzung, Apartheid oder Völkermord zu unterdrücken), Gaza zu entmilitarisieren (aber nicht das israelische Regime), die militärischen Verteidigungskapazitäten Gazas zu zerstören (aber nicht die Israels), die Waffen des palästinensischen Widerstands zu entschärfen (aber nicht die des israelischen Regimes), die palästinensische Polizei auszubilden (um das palästinensische Volk in Gaza zu kontrollieren) und für die (ruchlosen) Ziele des „Umfassenden (Trump-) Plans“ zu arbeiten.

Die Truppe hat außerdem den Auftrag, „Zivilisten zu schützen“ und humanitäre Hilfe zu leisten, soweit dies von den USA erlaubt (oder gewünscht) wird. Dass eine solche Truppe, die mit Israel zusammenarbeiten soll, nichts unternehmen würde, um sich gegen die israelische Aggression und die Angriffe auf Zivilisten zu wehren, sollte mittlerweile offenkundig sein.

Und sie soll den „Waffenstillstand überwachen“ – einen von den USA garantierten Waffenstillstand, der seit seiner Verkündung tägliche israelische Angriffe auf Gaza ermöglicht hat (bei denen hunderte Menschen getötet und zivile Infrastruktur massiv zerstört wurden), aber keine Vergeltungsmaßnahmen seitens des palästinensischen Widerstands duldet. Es ist davon auszugehen, dass sich die Überwachung des Waffenstillstands durch eine solche Truppe in erster Linie auf die palästinensische Seite konzentrieren wird – und nicht auf das israelische Regime als Besatzungsmacht.

Mit anderen Worten: Die Aufgabe dieser stellvertretenden Besatzungstruppe besteht darin, die vom Völkermord betroffene Bevölkerung zu kontrollieren, zu behindern und zu entwaffnen, nicht das Regime, das ihn begeht, und die Sicherheit nicht für die Opfer des Völkermords, sondern für seine Täter zu gewährleisten.

In einem weiteren eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht ermächtigt die Resolution die Streitkräfte des israelischen Regimes, Gaza weiterhin (rechtswidrig) zu besetzen, bis der von den USA geführte Friedensrat und die Streitkräfte des israelischen Regimes gemeinsam etwas anderes beschließen. Und in jedem Fall sieht die Resolution vor, dass die israelischen Streitkräfte (IDF) in Gaza bleiben können, um einen „Sicherheitsgürtel“ auf unbestimmte Zeit zu besetzen. Schließlich erhalten sowohl der koloniale Friedensrat als auch seine stellvertretende Besatzungs-„Stabilisierungstruppe“ ein zweijähriges Mandat und die Möglichkeit einer Verlängerung in Absprache mit Israel (und Ägypten), jedoch nicht mit Palästina.

Der Wahnsinn der Kolonisatoren

Es versteht sich von selbst, dass diese Resolution von der palästinensischen Zivilgesellschaft, fast allen palästinensischen politischen und [Widerstandsgruppen](#) sowie Menschenrechtsverteidigern und Experten für internationales Recht aus aller Welt [abgelehnt](#) wurde.

Nach internationalem Recht ist die Besatzung Palästinas rechtswidrig, das palästinensische Volk hat ein Recht auf Selbstbestimmung, und es hat das Recht, sich gegen ausländische Besatzung, koloniale Herrschaft und rassistische Regime wie Israel zu wehren. Diese Resolution versucht nicht nur, diese Rechte zu verweigern, sondern geht sogar so weit, die illegale israelische Präsenz zu stützen und ihre ei-

genen Mechanismen der ausländischen Besatzung und kolonialen Herrschaft zu legitimieren.

Darüber hinaus leitet der Sicherheitsrat alle seine Befugnisse aus der [Charta](#) der Vereinten Nationen ab. Diese Charta ist als Vertrag Teil des Völkerrechts und steht nicht über diesem. Als solches ist der Rat an die Regeln des Völkerrechts gebunden, einschließlich und insbesondere an die höchsten, sogenannten jus cogens- und erga omnes-Regeln, wie das Selbstbestimmungsrecht und die Unzulässigkeit der gewaltsamen Aneignung von Territorium. Seine eklatante Missachtung der Feststellungen des IGH zu diesen Fragen zeigt das Ausmaß, in dem viele Bestimmungen dieser Resolution tatsächlich rechtswidrig und ultra vires (über die Befugnisse des Rates hinausgehend) sind.

Die Auswirkungen dieser skandalösen Handlung des UN-Sicherheitsrats werden daher weit über Palästina hinausreichen. Wenn der UN-Sicherheitsrat nicht durch das Völkerrecht eingeschränkt wird, wird er zu einem gefährlichen Instrument der Unterdrückung und Ungerechtigkeit. Genau das haben wir in diesem Fall erlebt, als der UN-Sicherheitsrat das Völkerrecht ignorierte und die Überlebenden von Gaza praktisch den Mittätern des Völkermords auslieferte.

Und die Anhänger des Rates wissen sehr wohl, dass das Veto im UN-Sicherheitsrat wiederholt eingesetzt wurde, um die Rechte der Palästinenser zu verweigern. In diesem Fall, als es zum Schutz der Rechte der Palästinenser hätte eingesetzt werden können, war das Veto nirgends zu finden. In einer Minute der Abstimmung hat der Sicherheitsrat seine gesamte Legitimität verloren.

Ein Weg nach vorn

Der Versuch der USA, dem seit langem leidenden palästinensischen Volk im Gazastreifen eine Form des Kolonialismus aus dem 19. Jahrhundert aufzuzwingen, ist ebenso wie das französisch-saudische [Kolonialprojekt](#), das ihm vorausging, zum Scheitern verurteilt. Solche Vorhaben sind von vornherein grundlegend fehlerhaft, da sie Ergebnisse durchsetzen wollen, die weder legal (nach internationalem Recht) noch legitim (da sie die palästinensische Selbstbestimmung ausschließen) sind und für die es keine praktische Aussicht auf Erfolg gibt (da sie sowohl in Palästina als auch weltweit fast einhellig abgelehnt werden).

Die USA mögen in der Lage sein, genügend Staaten zu bedrohen und zu bestechen, damit sie sie bei einer UN-Abstimmung unterstützen, aber es könnte sich als schwierig erweisen, genügend Truppen und anderes Personal zu beschaffen, um die Resolution vor Ort gegen den Willen der einheimischen Bevölkerung umzusetzen. Und es wird noch schwieriger sein, die Unterstützung aufrechtzuerhalten, wenn der Plan (unweigerlich) zu scheitern beginnt.

In der Zwischenzeit ist die Aufgabe für diejenigen, die sich für Gerechtigkeit, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit einsetzen, klar:

Dieser Plan muss in jeder Hauptstadt und zu jedem Zeitpunkt abgelehnt werden.

Die Regierungen müssen dazu gedrängt werden, ihre Komplizenschaft bei den Verstößen Israels, den Exzessen der USA und diesem grausamen Kolonialplan zu beenden.

Das israelische Regime muss isoliert werden. Die Bemühungen um [Boykott, Desinvestition und Sanktionen](#) müssen verdoppelt werden. Es muss ein Embargo für Militär, Treibstoff und Technologie verhängt werden.

Die israelischen Täter müssen vor jedem verfügbaren Gericht strafrechtlich verfolgt werden.

Und auf den Straßen muss der gerechte Ruf nach Freiheit für Millionen Palästinenser durch Demonstrationen, Streiks, zivilen Ungehorsam und direkte Aktionen widerhallen.

Und wenn dieses koloniale Kartenhaus zusammenbricht, steht eine andere, gerechtere Lösung bereit, um seinen Platz einzunehmen. Wenn die globale Mehrheit sich vor dem Kaiser von den Knien erhebt und ihre kollektive Macht geltend macht, indem sie im Rahmen des Mechanismus „[Uniting For Peace](#)“ der UN-Generalversammlung handelt, um das Veto der USA zu umgehen, Maßnahmen zur Rechenschaftspflicht ergreift, um das israelische Regime zu isolieren und zu bestrafen, und Palästina wirklich schützt, dann kann die UNO weiterkämpfen.

Wenn nicht, wird sie mit ziemlicher Sicherheit verkümmern und sterben, ein Opfer ihrer selbst zugefügten Wunden, von denen keine tiefer ist als die beschämende Resolution vom 17. November 2025.

Hinweis der SiG-Red.: Craig Mokhiber (22.1.2026) A world on its knees: Trump's 'Board of Peace' and the darkness it promises

SiG-Redaktion: Reaktionen auf die Resolution

Die Palästinensische Autonomiebehörde begrüßt die Resolution, während **die Hamas sie verurteilt** ([Middleeasteye](#)).

Die Palästinensische Koalition lehnt den „kolonialen“ Plan der USA für Gaza ab ([Middleeasteye](#)), ebenfalls die ‚**Progressive International**‘ ([Erklärung](#)).

„Der Trump-Plan spaltet den Gazastreifen und verstetigt das Elend – und der UN-Sicherheitsrat spielt mit“, urteilt René Wildangel ([IPG-Journal](#))

La Via Campesina „ruft alle Länder auf, insbesondere jene, deren Völker Kolonisation, Besetzung oder auferlegte Treuhänderschaft erlebt haben, diese Resolution in der UN-Generalversammlung abzulehnen und fest zum palästinensischen Recht auf Selbstbestimmung zu stehen.“ ([Erklärung](#))

Die FIDH (International Federation for Human Rights) ist über diese Resolution schockiert: „Indem sie alle Bestimmungen ausschließt, die darauf abzielen, die Rechenschaft für Israels historische Verbrechen zu gewährleisten, und die extreme Brutalität seiner genozidalen Kampagne, das Siedlerkolonial-Apartheid-System und die jahrzehntelange unrechtmäßige Besatzung ignoriert, normalisiert die Resolution diese Verstöße faktisch.“

Unterdessen haben die USA diejenigen sanktioniert, die Gerechtigkeit suchen, darunter Beamte des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH), der UN-Sonderberichterstatterin für die Menschenrechtslage in den besetzten palästinensischen Gebieten und palästinensische Menschenrechtsorganisationen.“

»Friedensrat« **Gaza fremdbestimmt, schreibt die junge Welt am 19.01.2026:** „Trump gibt Details zum »Friedensrat« bekannt; sein Mandat soll über die Enklave hinausgehen – in Konkurrenz zur UNO“ – und: »Friedensrat« = **Business auf Gazas Trümmern**, titelt die **junge Welt am 24.1.2026**

Sybil Fares, Jeffrey Sachs, 22.1.2026: Every Nation in the World Should Reject Trump's Absurd and Dangerous 'Board of Peace' – [commonsdreams.org](#),

Oxfam:

„Milliardär*innen besitzen so viel wie nie zuvor

19.01.2026 - Im letzten Jahr ist ihr Vermögen um weitere 2,5 Billionen US-Dollar gewachsen; dieser Anstieg entspricht fast dem gesamten Vermögen der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung. Der neue [Ungleichheits-Bericht](#) zeigt: Die Macht der Superreichen gefährdet die Demokratie. Wir müssen ihren extremen Reichtum angemessen besteuern, in soziale Gerechtigkeit investieren und Mittel für Entwicklungszusammenarbeit wieder erhöhen.

Make Rich Polluters Pay: Oxfam delivers million-signature 'Make Rich Polluters Pay' petition to Brazil's climate minister at COP30 – [Presseerklärung](#)
(**Stimmen zu den Ergebnissen von COP30:**
<https://www.klimareporter.de/tag/cop-30>)

Paritätischer Verband:

"Sprengstoff für die Demokratie" - Neuer Regierungsbericht: Vermögensverteilung in Deutschland extrem ungleich

02.10.2025 - Jeder 6. Mensch in Deutschland lebt in Armut. Das belegt auch der neue Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Gleichzeitig besitzt das reichste Zehntel über 54% des Vermögens, während die untere Hälfte der Bevölkerung nur 3% des Vermögens besitzt. „Diese soziale Spaltung ist Sprengstoff für unsere Demokratie“, fasst Joachim Rock, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverband, den 683-seitigen Bericht zusammen. [...] Armut bleibt in Deutschland ein Massenphänomen, das sich zunehmend verfestigt. Gleichzeitig wird das Thema Reichtum weitgehend ausgeblendet – das ist ein fatales politisches Signal.
Weiterlesen: der-paritaetische.de

Greenpeace:

Stiftung Familienunternehmen: das geheime Netzwerk der Superreichen

25.09.2025 - [...] Das Ergebnis einer monatelangen Recherche: eine Liste mit 258 Familien und Konzernen, die dem Netzwerk der Stiftung zugeordnet werden können. Darunter die Reichsten der Reichen Deutschlands [...]. Fast 90 Prozent der identifizierten Unternehmen stammen aus besonders klimakritischen Wirtschaftszweigen, darunter Chemie, Automobilbau, Lebensmitteleinzelhandel oder dem Transportwesen.
Weiterlesen: greenpeace

Gesundheit

**15.01.26 – Pressemitteilung von Gemeingut.org
DKG gibt den Widerstand gegen den Krankenhauskahl-
schlag auf!** - Hier sind die Ergebnisse der Untersuchung des Bündnis Klinikrettung visualisiert: „Weiterhin kein ausreichender Ersatz für die stationäre Versorgung“ – [Grafik](#)

29.9.2025 - Detlef Koch: **Christliche Rhetorik, neoliberale Härte** – Friedrich Merz und die Entkernung des Sozialstaats
- <https://www.nachdenkenseiten.de/?p=139746>

Kinderarmut und die Langzeitfolgen

Eine 4-teilige Serie von Detlef Koch zu Kinderarmut in den Nachdenkseiten:

01.11.2025 - **Noch bevor ein Kind atmet – Wie Armut bereits in der Schwangerschaft Spuren hinterlässt.**
Etwa 2,9 Millionen Kinder in Deutschland leben nach EU-Definition in Armut oder Armutsgefährdung. Ihre Kindheit ist geprägt von Unsicherheit: Was in politischen Statistiken „geringes Einkommen“ heißt, bedeutet im Alltag dauerhafte Überforderung der Eltern – eine Überforderung, die sich auf Kinder überträgt. Finanziell schlechter gestellte Kinder sind im Durchschnitt kränker, sterben früher und leben belasteter als Gleichaltrige aus wohlhabenden Familien. Der Unterschied lässt sich messen. [...] <https://www.nachdenkenseiten.de/?p=141366>

08.11.2025 - **Das vererbte Risiko – Wenn Herkunft über Gesundheit entscheidet: Alltag und Schule.**
[...] In der Schule verdichtet sich die soziale Lage eines Kindes zu beobachtbarem Verhalten. Kinder aus ärmeren Haushalten sind häufiger krank, fehlen öfter, haben geringere Konzentrationsspannen und mehr psychosomatische Beschwerden – das zeigen alle großen Kinder- und Jugendgesundheitsstudien in Deutschland. [...] <https://www.nachdenkenseiten.de/?p=141705>

15.11.2025 - **Versorgung, Prävention und Systemfehler – Wie Armut das Gesundheitssystem spiegelt.**
[...] Armut verzögert nicht nur den Zugang zur Versorgung – sie beeinflusst auch ihre Qualität. Untersuchungen zeigen, dass arme Kinder häufiger in Praxen behandelt werden, die über weniger Personal, geringere Ausstattung und schlechtere räumliche Bedingungen verfügen. Medizinische Versorgung ist damit Teil des sozialen Gefälles, nicht dessen Korrektiv. [...] <https://www.nachdenkenseiten.de/?p=142104>

22.11.2025 - **Langzeitfolgen, Epigenetik und Sozialbiologie – Wie Armut sich in den Körper einbrennt**
In der modernen Gesundheitsforschung hat sich der Begriff der „biologischen Einprägung“ (biological embedding) etabliert. Er beschreibt, wie soziale Erfahrungen, insbesondere in der frühen Kindheit, sich in molekularen Prozessen des Körpers niederschlagen.
Armut, Gewalt, chronischer Stress, Mangelernährung – all das führt nicht nur zu kurzfristigen Symptomen, sondern zu dauerhaften Veränderungen im Stoffwechsel und Immunsystem.
Epigenetische Studien zeigen: Anhaltender Stress kann Methylgruppen an bestimmte DNA-Abschnitte anlagern, wodurch Gene abgeschaltet oder überaktiviert werden. Diese Prozesse beeinflussen, wie der Körper auf Entzündungen, Fette oder Stresshormone reagiert. Das Ergebnis ist eine Art biologisches Gedächtnis sozialer Erfahrung.
[...] <https://www.nachdenkenseiten.de/?p=142454>

Attac Österreich: 470 Organisationen warnen: EU plant beispiellosen Angriff auf soziale und ökologische Schutzvorschriften

09.09.2025 - Attac Österreich (...) Unter dem Vorwand des „Bürokratieabbaus“ will die EU-Kommission in den nächsten vier Jahren rund ein Drittel der EU-Regeln, die Konzerne betreffen, abschaffen oder verwässern – gebündelt unter anderem in großen Gesetzespaketen namens „Omnibus“. Dazu zählen beispielsweise schwächere Klimaschutz- und Chemikaliengesetze oder die Schwächung der Lieferkettenrichtlinie und der Nachhaltigkeitsberichterstattung.

Weiterlesen: attac.at

Erwan Manac'h, Reporterre 10 wichtige Informationen über künstliche Intelligenz

20. Dezember 2025 - Künstliche Intelligenz verbraucht viel Strom, Fläche, Wasser ... Sie entwickelt sich ungebremst und hat erhebliche ökologische und menschliche Auswirkungen. Reporterre hat zehn wichtige Informationen über ihre verheerenden Auswirkungen zusammengestellt. [...]

1 — KI verbraucht bereits viel Strom

Um zu funktionieren, benötigt künstliche Intelligenz leistungsstarke Chips und Server, die in immer größeren und immer mehr Strom verbrauchenden Rechenzentren installiert sind. Da diese Zentren sowohl für KI als auch für andere Anwendungen im Zusammenhang mit der *Cloud* und Kryptowährungen genutzt werden, ist es schwierig, den Stromverbrauch der KI genau zu schätzen.

Das Thinktank [Shift Project](#) und Schneider Electric haben dennoch ihre Berechnungen angestellt, wobei sie unterschiedliche Methoden angewandt haben, und sind zu vergleichbaren Ergebnissen gekommen: KI verbraucht heute weltweit zwischen 77 Terawattstunden (TWh) Strom pro Jahr (Shift Project) und 100 TWh (Schneider Electric).

2 – Die Stromnetze werden mit dem exponentiellen Wachstum der KI nicht Schritt halten können

[...] Um eine Prognose für die nächsten fünf oder zehn Jahre zu erstellen, muss man den Wachstumskurs der generativen KI (die Texte verfasst und Videos erstellt) betrachten. Noch nie gab es einen so schnellen und massiven technologischen Umbruch wie diesen. Die für die immer komplexer werdenden Modelle der generativen KI erforderliche Leistung dürfte sich laut dem Shift-Projekt zwischen 2025 und 2030 verzehnfachen.

Wenn sich dieser Trend fortsetzt, wird die künstliche Intelligenz laut dem Shift-Projekt im Jahr 2030 einen jährlichen Stromverbrauch von 774 TWh verursachen, was dem 1,7-fachen des Verbrauchs Frankreichs im Jahr 2024 entspricht. Ein untragbares Tempo ... es sei denn, man greift massiv auf fossile Energien zurück. ([S. 57 des IEA-Berichts](#), <https://www.iea.org/topics/artificial-intelligence>)

3 – Bereits jetzt Stromknappheit

Die Region Dublin hat [aus Angst vor Stromausfällen](#) ein Moratorium für die Einrichtung von Rechenzentren verhängt. Der Verbrauch der Rechenzentren (20 % des verfügbaren Stroms) überstieg dort im Jahr 2024 den des Wohnsektors. Ein ähnliches Moratorium wurde in Amsterdam verhängt.

„Die Lage ist so kritisch, dass einige Unternehmen gezwungen sind, Flugzeugtriebwerke zu recyceln, um den fehlenden Strom zu produzieren“, schreibt Georges Nahon, Analyst und ehemaliger Manager von Orange in den USA, in [einem Gastbeitrag, der am 16. Dezember](#) in *Les Échos* veröffentlicht wurde.

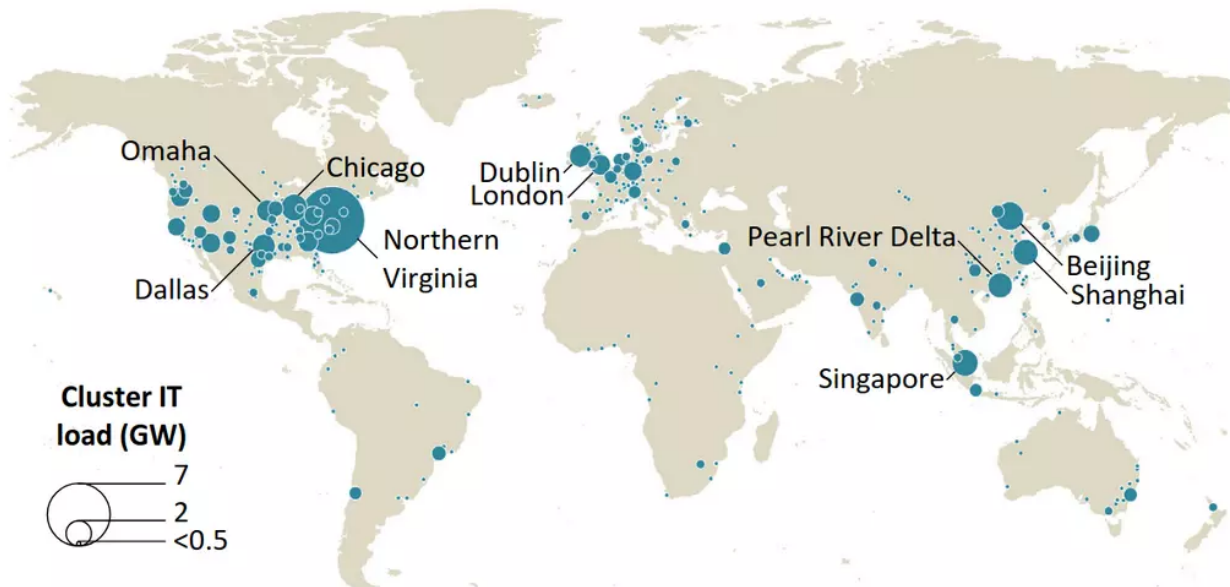
Er spielt [auf Belgien](#) an, das während mehrerer kurzer Zeiträume mit Kerosin betriebene Turbostrahltriebwerke von Boeing 707 laufen ließ, um Strom zu erzeugen und einen allgemeinen Stromausfall zu vermeiden. Die Schwierigkeiten des belgischen Stromnetzes haben vielfältige Ursachen, aber der Druck durch die Rechenzentren ist ein bedeutender Faktor (4 % des nationalen Verbrauchs im Jahr 2024) fasst Steve Tumson von der NGO Tech4Good gegenüber den Kollegen von [Lecho](#) zusammen. <https://multimedia.lecho.-be/datacenter-consommation-electricite-belgique/>

4 – Rechenzentren werden mit Gas betrieben

Die Betreiber stürzen sich auf Gasgeneratoren, um ihre Rechenzentren mit Strom zu versorgen. Dies gilt insbesondere für Meta (die Muttergesellschaft von Facebook) und Elon Musk für das Rechenzentrum seines „xAI“. Gas hat den Vorteil, dass es im Gegensatz zu Solar- und Windenergie auf Abruf verfügbar ist, was dem kontinuierlichen Strombedarf von Rechenzentren entspricht.

„Gas wächst heute tatsächlich schneller als je zuvor“, [stellte im Januar](#) Corianna Mah, Analytikerin bei der Energieberatung Enverus, fest. Ihre Studie, die von den Medien [Next](#) veröffentlicht wurde, (<https://next.ink/165467/laccele-ration-de-lia-pose-deja-des-questions-de-penuries-deau-et-energie/>) zählt mindestens 80 geplante Gaskraftwerke in den Vereinigten Staaten bis 2030 für den Bedarf der KI. Das entspreche der Stromkapazität der gesamten Stromerzeugung Norwegens (46 Gigawatt).

Da dies noch nicht ausreicht, investiert das US-Energieministerium Hunderte Millionen Dollar in die Modernisierung veralteter Kohlekraftwerke, „um das Rennen um künstliche Intelligenz zu gewinnen“, [so die Worte seines Ministers, Chris Wright](#). (<https://reporterre.net/Gouvernement-Trump-trois-nominations-qui-sentent-le-petrole>) Diese Realität wird durch die umfangreiche Kommunikation der KI-Giganten über ihre Investitionen in erneuerbare Energien, Kernenergie oder... [intergalaktische](#) Energie verschleiert, die frühestens in zehn Jahren verfügbar sein werden.



Rechenzentren sind oft in großen Clustern zusammengefasst, was für die lokalen Stromnetze eine Herausforderung darstellen kann. [Bericht S. 39](#) Diese Rechenzentren sind geografisch konzentriert. [...] An bestimmten neuralgischen Punkten des Stromnetzes kann der Druck daher extrem hoch werden.

5 — In fünf Jahren könnte die KI genauso viel CO₂ ausstoßen wie Spanien

Es ist nicht einfach, den CO₂-Fußabdruck der KI zu ermitteln. Man muss untersuchen, wie der von ihr verbrauchte Strom erzeugt wurde und wie viel fossile Energien dabei zum Einsatz kommen. [Die Internationale Energieagentur](#) schätzt, dass die Emissionen aufgrund des Stromverbrauchs von Rechenzentren – also nicht nur im Zusammenhang mit KI – heute 180 Millionen Tonnen (Mt) betragen. Das ist [genauso viel wie in Ländern](#) wie die Ukraine, Venezuela oder Äthiopien. Dieser CO₂-Fußabdruck könnte sich bis 2035 auf 300 Mt fast verdoppeln und im Falle einer massiven Einführung von KI sogar auf 500 Mt ansteigen. Das Shift-Projekt hat seinerseits eine Studie durchgeführt, um die ausschließlich mit künstlicher Intelligenz verbundenen CO₂-Emissionen zu ermitteln: Im Jahr 2030 könnten diese 255 Millionen Tonnen CO₂ erreichen. Diese Zahl entspricht in etwa dem CO₂-Fußabdruck Spaniens.



Die antikapitalistische Gruppe Slí Eile vor dem Dubliner Hauptsitz von Facebook, 2021

6 – KI gefährdet Programme zum Ausstieg aus fossilen Energien

[...] Die meisten Energieplanungsszenarien, die von den Regierungen unter Schwierigkeiten ausgearbeitet wurden, berücksichtigen noch nicht diese neuen Bedarfe. „Wie glaubwürdig wären beispielsweise Maßnahmen zur Förderung der Energieeffizienz im Wohnungsbau, wenn der eingesparte Strom stattdessen für Rechenzentren verwendet würde?“, fragt auch das Shift-Projekt in seinem Bericht. Befürworter der KI betonen, dass ihre außergewöhnlichen Fähigkeiten eine entscheidende Rolle bei der Begleitung des ökologischen Wandels spielen können und dass technische Fortschritte zu einer „sparsamen KI“ führen werden. Ihr Optimismus hält jedoch der Realität des Energiebedarfs kaum stand, wie insbesondere [eine aktuelle Studie](#) des Centre for Economic Policy Research (CEPR) hervorhebt.

7 – Eine generative KI-Abfrage verbraucht viel mehr Energie als eine Internetsuche

KI-Unternehmen geben keine wesentlichen Informationen über ihre Funktionsweise preis. [...] Zahlreiche Studien haben dennoch versucht, die Größenordnungen zu schätzen, und die Regierung hat eine Plattform ins Leben gerufen, auf der verschiedene KI-Systeme insbesondere hinsichtlich ihres Energiebedarfs verglichen werden können. Eine Anfrage an ChatGPT-5 verbraucht laut Schätzungen der Universitäten von Rhode Island (USA) und Tunis 100 Mal mehr Energie – 18 bis 20 Wh – als eine Google-Anfrage. Die Unternehmen der Branche geben in ihrer Kommunikation hingegen Zahlen an, die 100-mal niedriger sind. Bei der Analyse „offener“ KI-Modelle, die auf eigenen Servern betrieben werden können, schätzte die Forscherin Sasha Luccioni im Jahr 2023, dass die Erzeugung eines Bildes im Durchschnitt 60-mal mehr Energie verbraucht als die Erzeugung von Text, wie [Bon pote](#) berichtet. Ein 6-Sekunden-Video mit 8 Bildern pro Sekunde benötigt laut dem [neuesten Bericht der IEA](#) etwa 115 Wh, was dem Aufladen von zwei Laptops entspricht.

8 — Rechenzentren verbrauchen viel Wasser

Die Kühlung der Server in Rechenzentren kann auf verschiedene Weise erfolgen. Eine der am häufigsten verwendeten Methoden erfordert große Mengen an Wasser. [Laut einer Studie der University of California in Riverside](#), die auf GPT-3 basiert, 2023 veröffentlicht und in diesem Jahr aktualisiert wurde, wird die KI bis 2027 voraussichtlich zwischen [4,2 und 6,6 Milliarden Kubikmeter Wasser](#) verbrauchen, was der Hälfte des Jahresverbrauchs des Vereinigten Königreichs entspricht.

Allerdings befinden sich 45 % der Rechenzentren weltweit in Flussgebieten, in denen Wasserknappheit droht, [schätzt die Schweizer NGO Nature Finance](#). Die Bauherren wählen nämlich Gebiete mit geringer Luftfeuchtigkeit, [um das Korrosionsrisiko](#) der Anlagen zu verringern.

9 – Landversiegelung

Das von einem Fonds aus den Vereinigten Arabischen Emiraten mitfinanzierte Megaprojekt [„Campus IA“](#) soll in Fonju, einer kleinen Gemeinde im Departement Seine-et-Marne, 60 km von Paris entfernt, entstehen. Allein dieses Projekt wird 70 Hektar Land beanspruchen. Laut [Politico](#) würden die 63 neuen Rechenzentren, die von der Regierung angekündigt wurden und von denen zwei Drittel noch keinen genauen Standort haben, insgesamt 1.100 Hektar Land in ganz Frankreich einnehmen, davon 827 Hektar nicht bebaut Land. [...]

10 – „Superintelligenz“ in den Händen privater Unternehmen

Der rasante Aufstieg der KI wirft schließlich ein demokratisches Problem auf. [Es sind private Unternehmen, die diesen Wandel vorantreiben](#) – denn sie allein verfügen über die finanzielle Kraft für solche Investitionen – und gesellschaftliche Entscheidungen durchsetzen, ohne dabei auch nur ansatzweise transparent zu sein. Gleichzeitig positionieren sie sich als unverzichtbare Akteure auf dem Energiemarkt, was ihnen ermöglicht, [kleine Akteure, die mit ihnen konkurrieren](#) möchten, zu behindern und [Einfluss auf die Wirtschaft und die Gesellschaft insgesamt auszuüben](#).

Im Oktober forderten 900 Forscher – wie andere vor ihnen im Jahr [2023](#) und bereits [im Jahr 2015](#) – in einem offenen Brief [ein Moratorium für KI](#). (<https://superintelligence-statement.org/en>). Sie leugnen nicht die Vorzüge der durch KI ermöglichten Innovationen, sind jedoch besorgt darüber, dass diese „Superintelligenz“ privaten Unternehmen gehört. Sie schließen sich der Position zahlreicher zivilgesellschaftlicher Vereinigungen an: [Amnesty International und der Liga für Menschenrechte](#) im Februar; Greenpeace, Friends of the Earth und Food & Water Watch am [9. Dezember](#). Alle fordern eine demokratische Pause.

<https://reporterre.net/10-infos-cles-pour-survivre-aux-debats-de-Noel-sur-l-intelligence-artificielle>; Übersetzung: SiG-Redaktion

Widerstände gegen Datacenter und Künstliche Intelligenz

Werner Rügemer: Wachsender Widerstand gegen die neuen Daten-Center in den USA

Die Trump-Regierung hat am 23. Juli 2025 den „KI-Aktionsplan“ veröffentlicht: Auf Druck der Digitalkonzerne sollen noch mehr Daten-Center noch schneller gebaut werden als bisher, zusammen mit neuen Kraftwerken. Es geht nicht zuletzt um die militärische Vorherrschaft. So schwärmt Energie-Minister Chris Wright vom „nächsten Manhattan-Projekt“: Mit dem Manhattan-Projekt hatten die USA im Zweiten Weltkrieg die ersten Atombomben gebaut und dann über Zivilisten in Hiroshima und Nagasaki abgeworfen. Für das neue Manhattan-Projekt gibt es hohe staatliche Subventionen, und es wird auch kräftig „entbürokratisiert“: Die Gesetze zur Luftreinhaltung, zur Wasserreinhaltung (Clean Air Act, Clean Water Act) und weitere Umweltgesetze werden aufgeweicht, der Zugang der Digital-Giganten zu den für die Daten-Center benötigten Landflächen wird vereinfacht. ([energy.gov](#), 24.07.2025) -

Dagegen sind **124 Widerstandsorganisationen in 24 US-Bundesstaaten gegründet worden**; Anlässe waren Strompreiserhöhungen. [Wasserverbrauch](#), Baulärm, Zugriff auf Grundstücke. (<https://www.datacenterwatch.org/>)

Die Initiative <https://algorithmwatch.org/de/> in Europa hat die bisher schon aktiven Initiativen in einigen EU-Staaten aufgelistet und berät Initiativen bei Gründung, Strategieentwicklung, internationaler Vernetzung, auch wie etwa die häufigen Geheimverträge aufgedeckt werden können.

24.12.2025

Weiterlesen: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=144017>

<https://www.telepolis.de/thema/Künstliche-Intelligenz>

FiFF-Kommunikation 3/2025: KI, Arbeit, Bildung, Frieden <https://www.fiff.de/fiff-kommunikation/2025/3/>

Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FiFF e.V.):

Cyberpeace (<https://www.fiff.de/themen/cyberpeace/>)
Der Begriff verweist auf ein Gegenkonzept zum Cyber- und Informationskrieg im engeren Sinne und allgemeiner auf alle Anstrengungen gegen Krieg und seine Digitalisierung.

(August 2025) **Militarisierung über KI-Sprachmodelle und ‚soziale‘ Medien - Vortrag von Christian Heck**

Digitalcourage: Nein, wir sind nicht auf Instagram, TikTok & Co: Wir sind ausgestiegen – und bauen im Fediverse Öffentlichkeit ohne Hassverstärker. [Themenseite](#)

FiFF – Pressemitteilung, 13.11.2025: 127 Organisationen, und Gewerkschaften wollen mit einem Brief ihre große Besorgnis über die bevorstehenden Vorschläge zum **Digital Omnibus der EU** zum Ausdruck bringen, der Teil einer umfassenden Deregulierungsagenda ist.

Lobbycontrol, 14. Januar 2026: Wie Big Tech in Brüssel Datenschutz- und KI-Regeln beeinflusst:

Die aktuellen Pläne der EU-Kommission zur Schwächung von Datenschutz- und KI-Regeln entsprechen in weiten Teilen den Lobbyforderungen von Big Tech. Das zeigt unsere neue **Untersuchung**. Dabei werden die Konzerne von Trump und der europäischen extremen Rechten unterstützt.